

# ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

## Der dritte Anlauf

Am 22. Juni vor 85 Jahren marschierten mehr als drei Millionen Soldaten der Wehrmacht und ihrer Verbündeten in die Sowjetunion ein – der „Fall Barbarossa“. 4000 Panzer wälzten sich über die Grenze, 2500 deutsche Flugzeuge zerstörten in wenigen Stunden Tausende sowjetischer Maschinen. Der Krieg, der in Europa am 1. September 1939 mit dem Überfall auf Polen begonnen hatte und ab 1940 zum kontinentalen Krieg geworden war, erhielt globalen Charakter. Die Grundidee dafür hatte Adolf Hitler 16 Jahre zuvor in „Mein Kampf“ veröffentlicht, 1933 begannen die Planungen für die Ausdehnung Deutschlands. Mit dem Münchener Abkommen 1938 konnte sich Hitler von den Westmächten ermutigt fühlen, den Feldzug gegen die Sowjetunion von seinen Generälen konkret vorbereiten zu lassen. Der deutsche Imperialismus griff wie 25 Jahre zuvor nach der Weltmacht.

Seine Planer bereiteten den größten Völkermord der Geschichte vor – weit über alles hinaus, was es an Vernichtungsstreben bis dahin in kolonialen Eroberungen oder im Ersten Weltkrieg gegeben hatte. 30 bis 40 Millionen Sowjetbürger sollten bis Ende 1941 durch Ermordung und Aushungerung tot sein, Millionen sollten versklavt und in die deutsche Kriegswirtschaft gezwungen werden. Der „Hungerplan“, der nach dem Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft Herbert Backe benannt war, wurde nach einer Besprechung von Staatssekretären am 2. Mai 1941 in einer Aktennotiz so zusammengefasst: „1.) Der Krieg ist nur weiterzuführen, wenn die gesamte Wehrmacht im 3. Kriegsjahr aus Rußland ernährt wird. 2.) Hierbei werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird.“ Der Krieg gegen die Sowjetunion war kein gewöhnlicher imperialistischer Krieg. Ihr europäischer Teil sollte für deutsche Siedler freigemacht werden. Heinrich Himmler phantasierte von 400 bis 500 Jahren deutscher Siedlung mit bis zu 600 Millionen „Germanen“ dort. Sie sollten die „Spartiaten“

sein, Letten, Esten usw. die Mittelschicht der „Periöken“ bilden, die Russen dagegen die Stellung der „Heloten“ einnehmen: sesshaft, aber ohne Rechte. Die Juden sollten ausgerottet, sämtliche Führungskräfte der Sowjetmacht beseitigt, alle gefangenen politischen Kommissare der Roten Armee sofort ermordet werden. An sowjetischen Kriegsgefangenen fand ein Völkermord im Völkermord statt: Von weit über fünf Millionen Gefangenen fanden 3,3 Millionen den Tod, davon mehr als zwei Millionen bis zum Frühjahr 1942.

Bereits sechs bis sieben Wochen nach dem 22. Juni liefen aber die deutschen Pläne aus dem Ruder. Sie zerbrachen am sowjetischen Widerstand, die Träume von einer Weltvorrherrschaft platzten. Der DDR-Historiker Dietrich Eichholtz (1930–2016) schrieb dazu: „Niemals haben sich bis dahin Politiker und Generäle derart katastrophal verkalkuliert wie Hitler und die deutsche Generalität bei ihrem Entschluß, die UdSSR ‚in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen‘ (Weisung 21 vom 18. 12. 1940).“ Diese Fehlrechnung entsprang nicht der wirren Gedankenwelt Hitlers, wie bis heute weisgemacht werden soll. Wie der Erste Weltkrieg war auch der Zweite ein Resultat wachsender Gegensätze zwischen den imperialistischen Hauptmächten, war er ein Kampf um die Neuaufteilung der Welt. Die entscheidende Frage für alle Friedenskräfte 85 Jahre nach dem 22. Juni 1941 lautet: Kann sich dieser Tag wiederholen? Die gesamte sowjetische und russische Politik seit 1945 ordnete sich dem Ziel unter, das zu verhindern. Die Antwort in diesem Jahr lautet: Eine Wiederholung ist wahrscheinlich geworden. Und erneut steht der deutsche Imperialismus mit an der Spitze, will „Führungsmacht“ in Westeuropa werden. Er wagt es nicht, einen Alleingang gegen die Atommacht Rußland zu beginnen, will den Krieg nur zusammen mit anderen führen, ohne uns allerdings soll der Krieg auf keinen Fall stattfinden. Beim Aufteilen der Beute will Deutschland dabei sein. Also hat der dritte Anlauf zum „Platz an der Sonne“ Fahrt aufgenommen. Zahlreiche

Äußerungen von Kanzler, Außen- und Kriegsminister zu Rußland besagen: Sie arbeiten an der nächsten gigantischen Fehlkalkulation.

Und müssen daher gestoppt werden – es ist höchste Zeit! In diesem Jahr wird bundesweit an vielen Orten an den 22. Juni 1941 erinnert, u. a. am 20. Juni ab 13 Uhr vor dem Brandenburger Tor in Berlin.

Arnold Schölzel

### Aus dem Inhalt



Am 22. Juni 1941 überfiel Hitlers Armee die Sowjetunion	2
Die entscheidende Front	5
Auf einer Erde ohne Kriege leben	6
Es geht gen Osten	7
Für die EU ist Rußland der Hauptfeind	7
Der Kampf gegen Rußland hat Tradition	8
Der persönliche Einsatz des Friedrich Merz für die Ukraine	9
Die aktuellen Konflikte und die Interessen der Großmächte	10
Trump zu Gast in China	13
Chaos und Konstanz	13
Kolonialismus und anticolonialistischer Widerstand in Lateinamerika	14
Wird der Sudan nochmals geteilt?	16
Interview mit Peter Mertens (PVDA-PTB) zur Lage in Belgien	18
Pistorius' neue Militärstrategie	20
Erklärung zur Nichtstationierung von MS-Raketen in Deutschland	21
Kein Burgfrieden nach innen!	22
Dritter Schulstreik: Jugend trotzt Einschüchterung	23
Nation und Kulturaustausch	24
Gefährliche Intelligenz?	26
Wem nützt diese Regierung?	26
„Sozialismus ist die beste Prophylaxe“	28
„RotFuchs“-Archiv: Die Blinden	30
Kriegsende-Verbrechen in Kassel	32

## Am 22. Juni 1941 überfiel Hitlers Armee die Sowjetunion

### „ГОВОРИТ МОСКВА“

**„Achtung! Es spricht Moskau. Wir bringen eine wichtige Mitteilung der Regierung.**

**Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion!**

**Heute um 4 Uhr morgens griffen deutsche Streitkräfte ohne jegliche Kriegserklärung die Grenzen der Sowjetunion an. Es beginnt der Große Vaterländische Krieg des Sowjetvolkes gegen die deutsch-faschistischen Eroberer!**

**Unsere Sache ist gerecht! Der Feind wird zerschlagen! Der Sieg wird unser sein!“**

Juri B. Lewitan, stammend aus einer jüdischen Familie, der wohl berühmteste Sprecher in der sowjetischen Öffentlichkeitsarbeit jahrzehntelang, war es, der am 22. Juni 1941 um 12.15 Uhr Moskauer Zeit mit seiner markanten Stimme über alle Sender des Landes den Menschen zwischen Brest und Wladiwostok den Beginn der schließlich schlimmsten Tragödie für die Völker der UdSSR verkünden mußte (<https://www.youtube.com/watch?v=ziaH3gDwfrU>).

Am Ende aber war es ein welthistorischer Sieg der Armenier, Aserbaidshaner, Esten, Georgier, Kasachen, Kirgisen, Letten, Litauer, Moldawier, Russen, Tadshiken, Turkmenen, Ukrainer, Usbeken und Weißrussen, aller damals etwa 210 Millionen Menschen des größten Landes der Erde, gehörend zu weit mehr als 100 Nationalitäten und Völkerschaften, über den grausamsten Feind der Menschheit, über den deutschen Faschismus und den mit ihm verbündeten japanischen Militarismus.

Die überlieferten Filmaufnahmen von damals zeigen erschütterte Menschen, als sie die Nachricht vernahmen. Aus ihren Gesichtern sprach aber gerade auch die entschiedene Entschlossenheit, sich mit aller Kraft, mit allem Mut, der aus dem Westen vordringenden scheinbar überwältigenden Macht der Aggressoren entgegenzustellen. Sie wußten: Es ging um Leben oder Tod, es ging um das Schicksal ihrer sozialistischen Heimat.

Was sie nicht einmal ahnen konnten: Es würde 1418 Tage dauern, bis die Militärmaschinerie und das mörderische Regime des Hitlerfaschismus zerschlagen waren. Und viel, viel schlimmer: Es würde 26,6 Millionen Männern, Frauen und Kindern dieses großen Landes das Leben kosten – an der Front, im Hinterland, durch die Massenmorde an Unschuldigen, durch das Kriechenlassen von Hunderttausenden sowjetischer Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter. Nur die wichtigsten Zahlen: Mehr als 8,7 Millionen Rotarmisten fielen auf den Schlachtfeldern oder starben in den Lazaretten, 1,9 Millionen

starben in der Kriegsgefangenschaft. Unzählige trugen schwerste Verletzungen davon, noch mehr wurden traumatisiert. 7,42 Millionen Zivilisten wurden von den Nazis in den besetzten Gebieten ermordet. 5,27 Millionen Menschen deportierten sie nach Deutschland, 2,2 Millionen davon starben dort durch Zwangsarbeit. 4,1 Millionen, verursacht durch faschistischen Krieg, starben in der UdSSR an Hunger, Krankheiten und mangelnder medizinischer Versorgung.



Roman Karmen im Mai 1945 am Brandenburger Tor

Etwa 1 Million sowjetischer Soldaten verloren ihr Leben bei der Befreiung Europas. Wehrmacht und Waffen-SS zerstörten in der UdSSR über 1700 Städte und Gemeinden sowie über 70 000 Dörfer und Siedlungen ganz oder teilweise.

Das alles bis zu dem Tag, als auf dem Reichstag, in der Höhle der faschistischen Bestie, das rote Banner des Sieges gehißt werden konnte. Nicht zuletzt: Bis nach den heroischen Siegen der Roten Armee vor Moskau Ende 1941, vor allem bei Stalingrad im Winter 1942/43, und bei Kursk im Juli 1943 die Westalliierten im Juni 1944 die Voraussetzungen dafür geschaffen sahen, in den Krieg einzutreten und gemeinsam mit der UdSSR und den heldenhaften Widerstandsbewegungen in den von den Faschisten okkupierten Ländern die Befreiung Europas zu vollenden. Der Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR am 22. Juni 1941, tatsächlich schon

um 3.30 Uhr in Gang gesetzt, brach auf der gesamten 3500 km langen Front los, und dies auch mit Luftschlägen bis in eine Tiefe von 250 bis 300 km. Die faschistischen Aggressoren setzten 5,5 Millionen Mann, hauptsächlich in 153 Heeresdivisionen, in Marsch mit über 47000 Geschützen und Granatwerfern, rund 4300 Panzern und Sturmgeschützen und bis zu 5000 Kampfflugzeugen. Ihnen gegenüber standen die Kräfte der sowjetischen westlichen Grenzmilitärbezirke und

Marineeinheiten: 2,9 Millionen Soldaten, 37500 Geschütze und Granatwerfer, 1475 Panzer, 1540 Kampfflugzeuge und 182 Schiffe der Seekriegsflotte. Die Rote Armee schlug große Abwehrschlachten, von denen die berühmteste die Verteidigung der Festung Brest vom 22. bis 30. Juni 1941 war. Über Monate jedoch mußte sie bei der Übermacht des Gegners unter riesigen Verlusten zurückweichen. Bis in der Schlacht vor Moskau die Wende im Großen Vaterländischen Krieg eingeleitet wurde. Bei Stalingrad wurde diese Wende erreicht, und in der Schlacht bei Kursk wurde

sie vollendet.

Die deutsch-faschistischen Aggressoren hatten Verbündete. Das waren die faschistischen bzw. semifaschistischen Staaten Finnland, Italien, Rumänien, die Slowakei, Spanien und Ungarn, die mit starken Truppenkontingenten den Vernichtungsfeldzug Hitlerdeutschlands gegen die UdSSR mittrugen. Dazu gesellten sich Mordbrenner aus den vormaligen Baltenrepubliken Estland, Lettland und Litauen (von denen geistige und sogar physische Nachkommen heute in verantwortlichen Positionen in ihren Heimatländern und in der EU sitzen), aber auch aus der Ukraine sowie Kontingente sogenannter Freiwilliger vor allem aus Belgien, Frankreich, den Niederlanden und Norwegen. Und nicht zu vergessen: Verräter an der Heimat um die so bezeichnete Russische Befreiungsarmee (ROA) des am 12. Juli 1942 in deutsche

Kriegsgefangenschaft geratenen Befehlshabers der sowjetischen 2. Stoßarmee, Generalleutnant Wlassow.

Hat die sowjetische Führung vor und bei dem Überfall Nazideutschlands am 22. Juni 1941 gravierendste Fehler gemacht?

Ja und Nein.

In Moskau wußte man genau, daß die Aggression des Todfeindes der UdSSR und des Sozialismus kommen würde. Doch man vertraute darauf, daß nach dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 wohl noch etwas Zeit vergehen würde. Und so rollten z.B. noch in der Nacht zum 22. Juni 1941 Getreidezüge nach Deutschland. All das ein Versäumnis tragischster Dimension. Es sollte sich in gewisser Weise wiederholen, als sich die sowjetische Führung am Ende des Kalten Krieges auf die Zusage des Westens verließ, daß sich die NATO keinen Zoll nach Osten ausdehnen würde – ein Vertrauensbruch durch den Westen kosmischen Ausmaßes und der Vertrauensseligkeit Moskaus gleicher Größenordnung. Auch gingen über verschiedene Quellen im Kreml immer wieder Nachrichten ein, der Überfall stünde kurz bevor. Die Führung um Stalin war aber davon offenbar in einer Weise überfordert, daß sie nicht mehr einordnen konnte, womit wirklich wann zu rechnen sein würde.

Dennoch: Am Abend des 21. Juni 1941 gingen den Stäben der westlichen Militärbezirke eine Direktive des Volkskommissars für Verteidigung, Marschall Semjon K. Timoschenko, und des Chefs des Generalstabes, Armeegeneral Georgi K. Shukow zu, daß mit einem Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion im Laufe des 22. oder 23. Juni zu rechnen sei und daß entsprechende unmittelbare Vorbereitungen darauf zu treffen seien. Diese wurden in der Direktive auch detailliert aufgeführt. Die Ursachen für die schweren und verlustreichen Niederlagen der Roten Armee, besonders in den ersten anderthalb Jahren des Großen Vaterländischen Krieges – sie lagen nur teilweise in der Vertrauensseligkeit Moskaus und den unzureichenden Vorkehrungen für die Abwehr und Zerschlagung der erwarteten Aggression. Die Hauptursachen finden sich im „Großen Terror“ Ende der 30er Jahre. Er führte nicht nur zur völlig grundlosen Ermordung tausender ehrlicher und unbescholtener Sowjet- und treu ergebener ausländischer Mitbürger im Lande. Nicht nur dazu, daß der Sache des Sozialismus ein unermeßlicher, nicht wieder gut zu machender Schaden zugefügt wurde, der bis in unsere Tage wirkt. Der „Große Terror“ brachte auch das Ergebnis der physischen Liquidierung einer ganzen Generation hoch befähigter und bewährter Militärs. Stellvertretend für sie steht der Name von Marschall der Sowjetunion Michail N. Tuchatschewski. Zusammen mit sieben anderen Spitzenmilitärs wurde er zum Tode verurteilt und hingerichtet. 13 Generale und Tausende weitere Offiziere folgten. Das war ein hoher Prozentsatz des Offiziersbestandes der Roten Armee. Insgesamt waren nach heutigen

offiziösen russischen Angaben 1937/38 etwa 15 500 Angehörige der Streitkräfte von Verfolgungen und Bestrafungen betroffen, Amnestierte und Freigesprochene nicht mitgerechnet. 1937 fehlten der Roten Armee schon 34 000 Berufsoffiziere, 1938 waren es dann 39 000. Ein quantitativer und qualitativer Aderlaß unfaßbaren Ausmaßes! Aus den schweren Defiziten bei der Vorbereitung von Staat, Streitkräften und Gesellschaft auf die faschistische Aggression hat Moskau Lehren gezogen. Am 24. Februar 2022, dem Tag, als Rußland in den Ukrainekrieg eingriff, den die ukrainischen Nationalisten und Faschisten mit ihrem als „Antiterroroperation“ camouflierten Überfall auf die Donbassgebiete in der Nacht vom 13. zum 14. April 2014 entfesselt hatten, erklärte Präsident Putin unter Benennung des damals aus verschiedenen Komponenten zusammengesetzten Grundfehlers der Sowjetunion: „Ein zweites Mal dürfen und werden wir einen solchen Fehler nicht begehen.“

Dennoch gelang es den Völkern der Sowjetunion und ihren Streitkräften, den Faschismus in Deutschland zu besiegen und überragend dazu beizutragen, daß dem japanischen Militarismus dasselbe widerfuhr. Und es bleibt die historische Wahrheit: Die UdSSR und die Rote Armee hatten den alles entscheidenden Anteil am Sieg über die Aggressoren im Zweiten Weltkrieg. Unwiderlegbare, schlagkräftige Beweise dafür liegen in breitem Umfang vor. Nur eine Zahl sei herausgegriffen: An der sowjetisch-deutschen Front wurden 607 feindliche Heeresdivisionen und der größte Teil der Militärtechnik des Aggressors vernichtet; an der Front im Westen waren es etwa 176 derartige Verbände.

Der 85. Jahrestag des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion gibt allen Anlaß, den Befreiern der Völker Europas, kamen sie aus Ost oder West, aus Nord oder Süd, zu danken. Und uns vor ihnen zu verneigen. Denn sie haben auch dem deutschen Volk die Befreiung gebracht. Von der Hitler Tyrannie, die die meisten selbst gewählt hatten und die dann unermeßliches Leid auch über unser Volk gebracht hat. Der 22. Juni 2026 sollte von uns allen aber auch als höchste Gelegenheit genutzt werden, denjenigen unseren tiefsten Respekt zu erweisen, die die Hauptlast des Krieges und für unsere Befreiung getragen haben – den Völkern der UdSSR und der Sowjetarmee. Wir sollten alles dafür tun, daß den scheinbar immer mehr Oberwasser bekommenden Verfälschern der geschichtlichen Wahrheit gerade auch in unserem Land, dem Land der Aggressoren von damals, in den Arm gefallen wird. Es sind jene, die in ihrer Russophobie und ihrer Kriegstreiberei heute offenbar jegliches Maß verloren haben. „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ Das war der Schwur der Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald. Er ist heute aktueller denn je! Es ist nur zu richtig, daß wir Deutschen, in der untildbaren Schuld für die Ermordung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden

stehend, eine besondere Schutzverantwortung für die jüdischen Menschen in aller Welt übernehmen (das genozidale Wüten derjenigen, die in Israel die politische Macht ausüben, steht auf einem anderen Blatt). Dieselbe Verantwortung muß für uns Deutsche und die hiesige Staatsführung aber endlich auch für jene Völker gelten, die in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion leben, einem Land mit fast 27 Millionen Kriegstoten, das dazu auch noch unserem Land die Befreiung geschenkt und diese für ganz Europa erst ermöglicht hat. Auch für Polen im übrigen, das mit sechs Millionen Toten mit den höchsten Blutzoll im Zweiten Weltkrieg zahlen mußte. Selbst dann, wenn die heute in Warschau Herrschenden an Russenhaß kaum zu überbieten sind. Die vergessen haben, daß sie ohne die Befreiungstat der Roten Armee noch heute unter der mörderischen Knute der Nazifaschisten leben müßten. Und die bei ihrem unsäglichen Schleifen der Denkmäler für die gefallenen Rotarmisten darauf speien, daß es die UdSSR war, die den Polen die halbfaschistische russophobe und nazifreundliche Piłsudski-Diktatur der Zwischenkriegszeit, die mit Hitlerdeutschland sogar einen gemeinsamen Waffengang gegen die UdSSR geplant hatte, verzieh und die den Menschen in unserer östlichen Nachbarschaft erstmals in der langen und leidvollen Geschichte des Landes sichere Grenzen gegeben hat.

Auf unser Land können wir dann stolz sein, wenn wir das Andenken an unsere Befreier von 1945 für immer in Ehren halten. Wenn wir das Erbe wirkmächtig und allesbestimmend werden lassen: Des Anführers der Bauern aus Stolberg im Harz, des Philosophen vom ewigen Frieden aus Königsberg, des Militärreformers aus Bordenau bei Hannover und seiner Getreuen, des Heroen der Musik aus Bonn, der Dichterriesen von Weimar, der Geistesgrößen aus Trier und Wuppertal-Barmen, der wahren Sozial-Demokraten aus Gießen und Deutz bei Köln, der Revolutionärin aus Zamość und ihres mutigen Mitstreiters aus Leipzig, der Vorkämpferin für die Gleichberechtigung der Frauen aus dem sächsischen Wiederau, des Arbeiterführers und unbeugsamen Antifaschisten aus Hamburg und des Arbeiterpräsidenten aus Guben.

**Doz. Dr.sc.phil. Lothar Schröter**  
Major der NVA der DDR

*P.S.: Diesen Text hat jemand verfaßt, dessen Onkel als 19-jähriger einfacher Soldat in der 71. Infanteriedivision am 30. September 1942 nach viertägigem Fronteinsatz im unmittelbaren Zentrum von Stalingrad gefallen ist. Wenn der Autor von Menschen gefragt wird, deren Land Opfer des faschistischen Überfalls vom 22. Juni 1941 geworden war (aber auch nur dann, wenn er wirklich gefragt wird!), wie es denn um seine Familie während des Krieges stand, dann folgt die Antwort: Nein, die Vorfahren waren keine Widerstandskämpfer. Überhaupt nicht. Als wohl Wähler der rechtskonservativen DNVP mochten sie die Nazis*

aber nicht. Einen polnischen Zwangsarbeiter hatten sie auf ihrem Hof in dem kleinen anhaltischen Dorf nahe dem damals preußischen Wittenberg. Er saß mit am Esstisch, wenn nicht gerade Nazibesuch ins Haus stand. Die bäuerlichen Großeltern – sie hintertrieben den schon zum Befehl reifenden Marsch zur Inbesitznahme ukrainischer Schwarzerdefelder im eroberten „Lebensraum im Osten“. Die Großmutter hat den Tod ihres Ältesten in Stalingrad nie verwunden. Das kann eine Mutter niemals. Und zu den Fragen zu Onkel Walter sage ich dann: Schuld waren nicht

die Splitter einer sowjetischen Granate, die ihm den Rücken aufrissen. Schuld an seinem Tod waren die deutschen Faschisten, die ihn in diesen verbrecherischen Krieg geschickt haben. Und dann zeigen sich Züge des Verständnisses auf den Gesichtern der Fragesteller und die völlige Übereinstimmung darin: Nie wieder Krieg, erst recht nicht gegen Rußland! Von der Zugspitze bis zum Kap Arkona, von der altehrwürdigen Kaiserstadt Aachen bis nach Frankfurt/O., das nach der Befreiung 45 Jahre einmal an der Oder-Neiße-Grenze des Friedens und der Freundschaft lag: Von

Deutschland darf nie wieder Krieg, sondern darf nur noch Frieden ausgehen! Die Reaktionen, Militaristen und Kriegstreiber in unserer Heimat mit ihren Apologeten in den Mainstream-Medien, deren defizitäre Bildung nur noch durch ihre mangelnde intellektuelle Kraft und ihre nachhaltige Charakter-, Scham- und Ehrlosigkeit übertrifft wird – sie dürfen nicht die Stellung unseres Landes in der Welt, das Bild, das die Völker von ihm haben, bestimmen. Um mit Bertolt Brecht zu sprechen: Von der See bis zu den Alpen, von der Oder bis zum Rhein.

## Deutschland will Revanche

Fast täglich wird von der „russischen Bedrohung“ gefaselt, weshalb deutsche Politiker und Militärs Pläne für die sogenannte Vorverteidigung schmieden und die gesamte Bevölkerung auf ihren Kriegskurs gegen Rußland einschwören wollen. Wieder einmal.

Ich erinnere mich an meinen Onkel, der 1943 in Rakovo, nordwestlich von Belgorod, fiel. Im Gebiet Orjol existiert ein Friedhof, auf dem ca. 3000 deutsche Soldaten bestattet sind. Orjol gehörte damals zum Oblast Kursk, wo die größte Panzerschlacht des 2. Weltkrieges stattfand.

Der damalige Kompanie-Chef meinte, mein Onkel hätte „für die Größe und den Bestand von Volk und Vaterland sein Leben gegeben“. Was er nicht sagte, war, daß mein Onkel in

einem fremden Land für die Interessen des deutschen Kapitals sein Leben lassen mußte. Ein weiterer Onkel kam in ein KZ im Emsland zu den Moorsoldaten, später zur Strafkompagnie 999 und in Albanien zu Tode, wahrscheinlich auf der Flucht von der SS erschossen. Mein Vater entkam einer Einberufung zur faschistischen Wehrmacht nur deshalb, weil er als verurteilter Kommunist und somit wehrunwürdiger Deutscher zur Organisation Todt einberufen wurde. Er erlebte die Verwüstungen der faschistischen deutschen Wehrmacht auf der Insel Krim in Sewastopol und Kertsch. Anschließend geriet er in die berüchtigte amerikanische Gefangenschaft auf den Rheinwiesen, worüber in der Alt-BRD der Mantel des Schweigens gehängt wurde.

Deutschland will Revanche für den verlorenen 2. Weltkrieg. Welche Gefühle muß das bei der russischen Bevölkerung auslösen! Dieser Revanchegeanke existiert im Westen Deutschlands übergangslos seit der deutschen Niederlage 1945.

80 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges geht es deutschen „Führungspersönlichkeiten“ fern von Gewissen und Verantwortung wieder darum, Krieg zu führen – gegen Rußland. Die Masse der Menschen steht dem noch teilnahmslos gegenüber, aber es formiert sich auch in Deutschland bei jungen Menschen langsam Widerstand gegen Wehrpflicht, Aufrüstung und Kriegsvorbereitung.

Reiner Neubert

## 22. Juni 1941

Vor 85 Jahren hat Deutschland die Sowjetunion überfallen, was 27 Millionen Menschen den Tod brachte. Reicht Euch das nicht?, fragen heute russische Bürger angesichts der deutschen Beteiligung am Ukraine-Krieg.

Das Jahr 1941 ist für mich persönlich bedeutend, weil es mein Geburtsjahr ist. Krieg gehört somit zu meinen ersten Lebenseindrücken. Flucht, Bombennächte, Flüchtlingslager in der Kampfzone an der Elbe mit Artilleriebeschuß und vor allem der Tod des Vaters haben sich 1945 in den Kopf des damals Vierjährigen tief eingegraben. In den Ländern der früheren Sowjetunion ist der 22. Juni bis heute unvergessen. Es ist ein Tag, an dem in jeder Familie ihrer Angehörigen gedacht wird, die im Großen Vaterländischen Krieg ihr Leben ließen. Kaum eine Familie war verschont geblieben. Der faschistische Angriffskrieg richtete sich von Anfang an nicht nur gegen militärische Ziele, sondern war auf die Ausrottung von Millionen Bürgern der

Sowjetunion ausgerichtet, was dokumentiert ist. Wer sich mit der Geschichte beschäftigt, wird das in den Unterlagen finden.

Doch in der Geschichte kennen sich die gegenwärtigen Machthaber kaum aus. Sie benennen Rußland erneut als Feind und beteiligen sich intensiv am Ukraine-Krieg, wenn offiziell auch noch nicht mit eigenen Truppen. Das könnte sich bis 2029 ändern. Bis dahin will Deutschland kriegstüchtig werden, wieder einmal.

Rußland ist nicht unser Feind. Warum können deutsche Verantwortungsträger nicht lernen, friedensfähig zu werden? Dabei wäre das lebenswichtig. Militärs und Politiker sollten eigentlich wissen, daß ein Krieg der NATO gegen Rußland ein Nuklearkrieg sein würde, der das Leben in Europa beendet und die Existenz der gesamten Menschheit bedroht.

Dieses Risiko wird in Kauf genommen, da der Rüstungsindustrie enorme Gewinne gesichert werden. Deutschland allein hat

500 Milliarden Euro für die Kriegsvorbereitung eingeplant. Geld, das fehlt für Schulen, Gesundheit, Kultur und Sport.

Deutschland und die NATO unterstellen Rußland Angriffsabsichten, obwohl es dafür keinerlei Grundlagen gibt. Doch die Machteliten sehen im Krieg immer noch das beste Mittel, ihre ökonomischen und politischen Interessen durchzusetzen.

Aufrüstung verhindert keine Kriege, schafft keine Sicherheit, sondern bereitet das Gegenteil vor.

Der 85. Jahrestag am 22. Juni sollte Anlaß sein, sich auf die UN-Charta zu besinnen, die 1945 erstellt wurde, damit sich eine Katastrophe wie der 2. Weltkrieg nie wiederholt. Die gegenwärtigen Kriege und Kriegsvorbereitungen machen das dringend notwendig. Um die Existenz der Menschheit, den Reichtum und die Schönheit unserer Erde zu erhalten; sind in allen Ländern Massenbewegungen notwendig.

Horst Neumann

Bad Kleinen

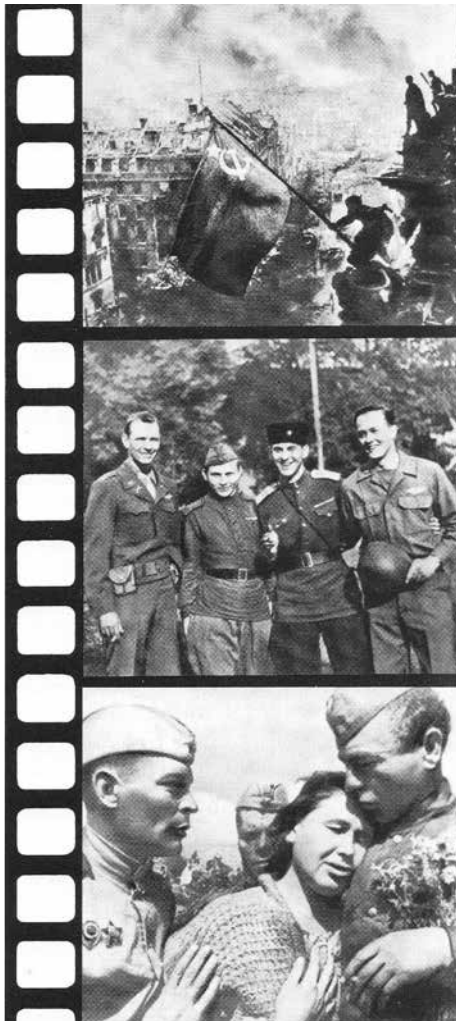
## Im Rückblick: Die entscheidende Front

*E*in aufsehenerregendes Filmwerk ergriff 1979 international Millionen von Fernsehzuschauern: der sowjetisch-amerikanische Filmzyklus über den Großen Vaterländischen Krieg. 20 Stunden Wahrheit über den Krieg, 20 Stunden erschütternder Filmdokumente: der Weg der größten Tragödien und der größten Siege des sowjetischen Volkes. Aus Anlaß des 85. Jahrestags des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion erinnern wir mit Worten des DDR-Schriftstellers Otto Gotsche an dieses unvergessene TV-Ereignis

Bilder, die aufrütteln. Erinnerung. Lehre. Mahnung. Stalingrad hatte die große Wende herbeigeführt. Die Schlacht am Kursker Bogen entriß der faschistischen Wehrmacht im zweiten Weltkrieg endgültig die Initiative. An den entscheidenden Fronten des Sommers 1943 bestimmte von nun an die Rote Armee das Geschehen. Längst war auch der übrigen Welt sichtbar geworden, daß die Blitzkriegsstrategie des „Führers“ im Winter 1941 vor Moskau gescheitert war. Die von der Parade auf dem Roten Platz an die Front marschierenden Regimenter zerschlugen die bis an das Vorfeld der Hauptstadt des ersten Arbeiter- und Bauern-Staates herangekommenen Eliteteameen des Feindes. Sie verwiesen auch das überhebliche Geschwätz Hitlers: „Die Hauptmacht des Gegners ist gebrochen!“ in das Reich seiner Zweckpropaganda. Das hysterische Geschrei Hitlers „Stalingrad muß fallen! Stalingrad muß fallen!“ hatte ebensowenig an der Vernichtung der 6. Armee des Generalfeldmarschalls Paulus ändern können, wie der Hinweis in Görings Rundfunk-Trauerrede auf den heroischen Untergang der Spartaner in der Schlacht an den Thermopylen das deutsche Volk über den Tod und die Gefangenschaft der 330 000 Soldaten zwischen Don und Wolga zu trösten vermochte ...

Die Rote Armee stürmte auf Kiew, erreichte den Dnepr, überwand ihn aus der Bewegung und baute am Westufer ausge-dehnte Brückenköpfe aus. Die Befreiung der Ukraine war nur noch eine Frage der Umgruppierung der Kräfte und der Sicherung des Nachschubs für die Armeen der Generale Konew, Malinowski, Rokossovski, Tolbuchin und Watutin. Das Hauptquartier des Oberkommandierenden, J. W. Stalin, schickte die fähigsten und erfahrensten Heerführer der Sowjetunion an die Hauptfronten, die Marschälle Shukow und Wassiljewski. Am 6. November 1943 wurde die Mutter der russischen Städte, Kiew, nach 778 Tagen der Pogrome, der Erschießungen, Folterungen und Zerstörungen zurückerobert. Unter den Schlägen der Roten Armee brachen der Übermut der

Nazigenerale, ihre provokatorische Vorstellung von der Unüberwindbarkeit der faschistischen deutschen Wehrmacht und der eigenen Feldherrnkunst, zusammen. Das Gerede von den Frontbegradigungen, der beweglichen Kriegsführung, den strategischen Maßnahmen zur Täuschung des Feindes und der Bluff von den ver-zuckenden Angststößen der Russen, die zu keiner echten Offensive fähig seien, wurde



zum Geschwätz. Noch kamen die ungeheuerlichen Greuel-taten der Faschisten, auch der Soldaten der faschistischen Wehrmacht, der deutschen Bevölkerung nicht voll zur Kenntnis. Doch eine schreckliche Ahnung begann die Tatkraft und den Willen der Menschen zu lähmen. Es war nicht der Bombenkrieg der Anglo-Amerikaner, der zur Ernüchterung großer Teile des Volkes führte. Es war die Angst. Was in Babi Jar geschehen war, wie die zehn Millionen Bewohner der Ukraine während der Besatzungszeit gemeuchelt, gemordet, gehängt, erschlagen wurden, konnte noch kaum jemand erfahren. Noch überdröhnten die Fanfaren die Wahrheit. Nur eines wurde bekannt: Die Wochenschauen zeigten, wie

die „Schienenreißer“ die Gleise der Eisenbahnen verbogen, wie der bald zur Flucht und zur Gefangenschaft ausartende Rückzug der Wehrmacht den angreifenden Sowjetsoldaten nur verbrannte Erde hinterließ, wie Sprengkommandos alles sinnlos in die Luft jagten, wie aus gräßlichen Verbrechen Heldentaten gemacht wurden und welche riesenhaften Opfer die Völker der Sowjetunion noch bringen mußten, um ihre Heimat zu befreien.

„Großdeutschland“? – Das „Tausendjährige Reich“? Unsere Heimat? – Die Menschen begannen darüber nachzudenken. Doch der Terrorapparat der Nazis spürte jeder Regung nach. Am 25. Juli 1943 erhoben sich die Werktätigen Italiens. Die Achse Berlin-Rom zerbrach. Der Große Faschistische Rat enthob Mussolini seines Amtes, der Duce wurde verhaftet, die Herren wollten sich in den Nachkrieg retten, es ging ihnen nicht um die Divisionen, die an der langen Nordflanke von Woronesh bis zur Wolga in den Eiswüsten erfroren. Das italienische Volk stürzte die faschistische Diktatur. Ich erinnere mich dieses Julitages aus zwei Gründen sehr genau. An dem Julitage, an dem Mussolini Marschall Badoglio im Auftrage seines Königs die Führung in Rom übergab, zerstörte ein mehr als 1000 Bomber starker Verband anglo-amerikanischer Flugzeuge in mehrmaligen Tag- und Nachtangriffen Hamburg, die Stadt, in der mich die Nazis 1933 verhaftet hatten. An diesem Tage legten auch die 3000 italienischen Zivilarbeiter im Treibstoffwerk Lützkendorf, in dem ich während des Krieges untergekommen war, die Arbeit nieder, streikten, sangen die Bandiera Rossa, wurden aus den Baracken geprügelt, und ich wurde in meiner Werkstatt von der Gestapo und den Agenten des SD verhört. Der Ausstand der Italiener war von meinem Betrieb ausgegangen, die Recherchen hatten das Vorhandensein einer illegalen Organisation ergeben. Die „Führungskräfte“ – in Lützkendorf waren das die noch im Werk vorhandenen 800 deutschen Arbeiter – gingen unter den 7000 Ausländern, Italienern, zwangsverschleppten Holländern, Polen, Franzosen, sowjetischen Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen, unter. Sie wurden in einer Alarmkompanie zusammengefaßt und mit Beutegewehren bewaffnet. In Lützkendorf floß wenig Öl, es tröpfelte kaum. Doch es tröpfelte, und unter den 800 Arbeitern gab es noch sehr viele übervorsichtige Leute. War das notwendig, und wie lange noch mußten wir vorsichtige Zurückhaltung üben? Zum Strick um den Hals genügte eine kleine Unvorsichtigkeit. Noch sah die Bevölkerung zu, als ein junger Pole auf freiem Felde gehängt wurde. Sein Mädchen, eine

Deutsche aus Mücheln, wurde, ein Schild mit einem Faden um den Hals gebunden, kahlgeschoren durch die Straßen getrieben. Noch duckten sich die Menschen, fürchteten sich, liefen mit. Und nicht nur.

Da brach die Riesenoffensive am Mittelabschnitt der Front los. Wieder saßen wir um Mitternacht am Radioapparat, atemlos, und doch vor Aufregung nur die Fäuste geballt und hörten Moskau. Die Sowjetsoldaten zerbrachen Stück um Stück die Militärmaschine der deutschen Großbourgeoisie. Die von den Monopolen finanzierte, noch immer den Generalen hörige, zur Eroberung der Weltherrschaft formierte Naziwehrmacht ging im Granathagel Zehntausender Geschütze, Katjuschas und in den Bombenteppichen der sowjetischen Fliegerkräfte zugrunde.

Die Rote Armee erreichte die Grenzen Polens und die Karpaten. Die letzten Gebiete des blutenden Sowjetlandes wurden befreit. Die Sowjettruppen zogen durch Rumänien und erreichten Bukarest. Sie zogen durch Bulgarien, Jugoslawien, Ungarn und stürmten

Wien. Kämpfend brachen sie zur Weichsel vor und drangen in Ostpreußen ein. Die Nazi-bestie wurde in ihre Höhle zurückgetrieben. Die Anglo-Amerikaner gingen in der Normandie an Land und eröffneten die zweite Front. Unter dem Geheul von 15 000 fanatisierten Amtswaltern, SS- und Gestapohenkern, ihren KZ-Megären und Folterknechten fragte Goebbels im Berliner Sportpalast geifernd und mit sich überschlagender Stimme: „Wollt ihr den totalen Krieg?“ Sie wollten ihn, sie bekamen ihn. Ungezählte dieser Mordbanditen begingen dann Selbstmord, brachten vorher ihre Familien um, entzogen sich der Verantwortung ...

Die Völker haben dem sowjetischen Filmdokumentaristen Roman Karmen und dem US-Kommentator Burt Lancaster für die 20 Folgen ihres gewaltigen Filmwerkes zu danken. Es ist Lehre und Mahnung. Was sie und 500 sowjetische Regisseure, Kameramänner, Publizisten, Militärwissenschaftler und eine große Gruppe amerikanischer Experten

in eineinhalbjähriger Arbeit unter den 3 Millionen Metern Materialien aus sowjetischen, englischen, amerikanischen und japanischen Filmarchiven und nazistischen Wochenschauen sichtigten und auswählten, gibt der Welt ein Bild von der entscheidenden Front. Die Sowjetarmee entschied den zweiten Weltkrieg und sicherte den Völkern einen nun schon länger als 30 Jahre währenden Frieden. An der riesigen Front vom Eismeer bis zum Kaukasus, zum Balkan und im Fernen Osten in der Mandschurei wurde der faschistische Block, die Achse Berlin-Rom-Tokio vernichtet. Es ist kaum zu glauben, aber dieser in den USA fast „unbekannte Krieg“, der 27 Millionen Sowjetmenschen das Leben kostete, der die Wirtschaft des Landes zur Hälfte zerstörte, der insgesamt 50 Millionen Menschenleben forderte, steht nun in grausigen Bildern vor unseren Augen. Mögen sich alle erinnern!

**Otto Gotsche**

Aus „FFdabei“, Berlin, Nr. 36/1979

## „Die entscheidende Front“ – Offener Brief an Burt Lancaster „Auf einer Erde ohne Kriege leben ...“

**D**er sowjetische Schauspieler Wassili Lanowoi wandte sich 1979 an seinen US-amerikanischen Kollegen Burt Lancaster, der als Kommentator durch den sowjetisch-amerikanischen Dokumentarfilmzyklus über den Großen Vaterländischen Krieg (Titel der amerikanischen Fassung „The Unknown War“; Titel in Westdeutschland: „Der unvergessene Krieg“) führt. Seinen offenen Brief entnahmen wir der sowjetischen Wochenzeitschrift „Literaturnaja Gaseta“.

Lieber Burt!

Ich erlaube mir, mich ohne Umschweife an Sie zu wenden, einfach als Freund, obwohl ich Sie nur aus Filmen kenne. Mir waren das große Glück und die Ehre beschieden, am Entstehen des 20teiligen Filmwerks über den Großen Vaterländischen Krieg teilzuhaben und meinen Landsleuten Ihren Kommentar „übersetzen“ zu dürfen.

In unserem Lande sind Sie heute einer der populärsten Amerikaner. Böte sich Ihnen Gelegenheit, die Sowjetunion erneut zu besuchen, so würden Tausende von Menschen Sie auf offener Straße erkennen. Drei Monate lang waren die Kinos überfüllt, und jetzt hören Abermillionen von Fernsehzuschauern allwöchentlich zu Beginn jeder Folge Ihre Stimme. Und wie viele Menschen – bekannte und unbekannt – senden uns Briefe ins Filmstudio, knüpfen mitten auf der Straße ein Gespräch an, suchen auf dem Bildschirm ihre Lieben – die Großväter, die Väter, die Ehemänner. Besonders erfreulich

ist der Umstand, daß so viele junge Leute ins Kino gehen, daß auch sie bewegt sind – denn das ist eine gemeinsame Erinnerung derer, die den Weg der größten Tragödien und der größten Siege gegangen sind, und für diejenigen, die geboren wurden, nachdem die Kanonen schwiegen.

Einer meiner liebsten Filme der Serie trägt den bescheidenen und doch so gehaltvollen Titel „Die Verbündeten“. Hier sind denkwürdige und ungewöhnliche Dokumente zusammengetragen: Solidarität der arbeitenden Menschen verschiedener Länder mit dem kämpfenden Sowjetland, Teheran und Jalta, ein Kinderchor singt „Weit ist mein Heimatland ...“ auf englisch, der weißhaarige Stokowski dirigiert Schostakowitschs Siebente, das Blut der amerikanischen Spender für Leningrad zur Zeit der Blockade und der Mut der Seeleute, die die Geleitzüge nach Murmansk und Archangelsk gebracht haben.

Es gibt in diesem Film Szenen, die – das kann ich bezeugen – niemanden gleichgültig lassen. Es sind dies die letzten Aufnahmen von Franklin D. Roosevelt, seine Worte über jene Welt, in der die Kinder und die Enkel leben sollen – die Kinder und Enkel überall auf Erden.

Ich weiß, wie sehr Sie Ihre Kinder lieben, wie sehr Sie ihnen wünschen, daß sie glücklich werden mögen und ihre Schöpferkraft entfalten können. Bei mir zu Hause wachen meine zwei Söhne heran. Ich halte es für richtig, ihnen die Chronik eines in der

Geschichte nie dagewesenen Krieges zu zeigen. Sollen sie sie sehen, die schrecklichen und bewegenden Filmszenen. Denn ich glaube daran: Sie werden auf einer Erde ohne Kriege leben, schaffen, lehren und heilen, in die Galaxien vorstoßen und mit ihren Altersgenossen überall in der Welt in freundschaftlicher Zusammenarbeit verbunden sein.

Ich habe beschlossen, Ihnen diesen Brief just in den Tagen zu übersenden, da die führenden Persönlichkeiten unserer Länder, Leonid Iljitsch Breshnew und James E. Carter, in Wien ihre Unterschriften unter ein wahrhaft historisches Dokument, den Vertrag über die Begrenzung der strategischen Rüstung, gesetzt haben. Ich weiß, daß die meisten Amerikaner besagtes Dokument wie auch die Politik der Entspannung und die Politik der Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten bejahen. Ich denke, der unvergleichliche Roman Karmen hat recht gehabt, als er sagte: „20 Stunden unvorstellbarer Wahrheit über den Krieg auf Rußlands Feldern, 20 Stunden unglaublicher Filmdokumente – das ist unser Beitrag zum Kampf um Frieden und Abrüstung, zum Kampf um die Zukunft ...“ Alle, die mit Ihnen zusammenwirken durften, übermitteln Ihnen ihre besten Wünsche.

In aufrichtiger Verehrung

**Wassili Lanowoi**

Volkskünstler der RSFSR

## Es geht gen Osten ...

Kein Tag vergeht, an dem deutsche Medien uns nicht begreifbar machen wollen, wie bedroht wir seien, wie nahe ein Überfall Rußlands ist und wie wir kriegsfähig, -bereit und natürlich -willig werden müssen. Bundeswehr an den Schulen, Werben fürs Sterben in den Gazetten mit begeisternder Waffen- und Mordtechnik, dient das dem Frieden? Ist es die berühmte „historische Verantwortung“ Deutschlands, wenn deutsche Politiker Rußland zu unserem Feind erklären, wenn sie alles unternehmen, um die Ukraine mit Waffenlieferungen und Geld „bedingungslos“ „bis zum letzten Ukrainer“ zu unterstützen, mit aggressiver Kriegsrhetorik und waffenstarrten Stützpunkten, die Rußland bedrohen, Deutschland wissentlich zum Ziel machen? Was hindert viele Menschen, die unmittelbare Bedrohung für das eigene Leben und die Interessen derer zu erkennen, denen Kriege immer eine „Badekur“ gewesen sind?

„Lieb Vaterland, magst ruhig sein“, 1840 gedichtet, ist es gelungen, das deutsche Volk mehrfach ruhig zu stellen und für das „Vaterland“ auf die Schlachtfelder zu treiben. Das „Vaterland“ scheint ruhig, um nicht zu sagen, gleichgültig zu sein. Doch das Kriegsgeschehen ist dem „Vaterland“ näher denn je, das Kriegsgeschrei wird lauter und lauter und fordernder, fürs „Vaterland“, für die Ukraine versteht sich, die

angeblich uns verteidigt, in die Schlacht zu ziehen. Die uns Regierenden, der Wertewesten, NATO und alle Russenhasser sagen ganz offen, wen sie gedenken, an die Front zu schicken. Wird nicht schon genug vorbereitet für diesen Fall? Hat nicht ein deutscher Minister schon deutlich genug ausgesprochen, daß der Russe unser Hauptfeind sei? Wie immer. „Wir unterstützen die Ukraine bedingungslos“, hören wir schon stereotyp. Mit Waffen und Rüstung versteht sich, mit dem Ziel, die Ukraine möge doch den Russen endlich besiegen und uns die leichte Beute machen lassen. Warum schlägt die Bundesregierung jede Warnung Rußlands in den Wind? Von Bedrohungen Rußlands, den Russen, die angeblich Deutschland und Europa erobern wollten, schon bald vor Berlin ständen usw., davon hören wir fortwährend. Warum werden Warnungen Rußlands meist verschwiegen, die auf russische Reaktionen aufmerksam machen, wenn sich Deutschland immer direkter in den Krieg der Ukraine gegen Rußland begibt und auf deutschem Boden Bedrohungen für Rußland unterstützt und schafft? Die Muster sind immer die gleichen, wie sie schon in Kriegen davor gewesen sind: Rußland provozieren wie seit 2014, bis es mit dem Einmarsch in die Ukraine seine Interessen an Sicherheit seiner Grenzen deutlich machte. Wird jetzt

darauf gewartet, daß Rußland wieder angeblich ganz „überraschend“ reagiert? „Wir wollten das alles nicht, aber der Feind hat uns angegriffen“, höre ich schon rufen. Das Lied kennen wir doch. Die Provokationen mehren sich an der gesamten Grenze zu Rußland. „Lieb Vaterland magst ruhig sein“, und es scheint noch ruhig zu sein. Wann wird das „Vaterland“ sein Volk zu den Waffen gegen den Feind rufen? Heinrich Mann geißelte vor dem 1. Weltkrieg den „sklavischen Untertanenhabitus, das „brutale Knechtsein ...“, jede Sauerei der Obrigkeit mitzumachen“, sich mit „treudoofem Kadavergehorsam ... zum nächsten Rußlandfeldzug“ hetzen zu lassen. Halten wir uns an alle, denen zunehmend bewußt wird, was um sie herum geschieht, um wessen Klasseninteressen es sich dreht. Es gibt sie überall. Sie kommen in den Kriegsmedien nicht vor. Wir müssen sie sicht- und hörbar machen.

Roland Winkler  
Aue

## Für die EU ist Rußland der Hauptfeind!

Das ist die unumstößliche Wahrheit und hat zu russischen Reaktionen geführt, die hätten vielleicht anders ausfallen können, die man aber im Angesicht der Fakten verstehen sollte. Die mit der „Wiedervereinigung“ gemachten Zusagen und Versprechen der Westmächte wurden samt und sonders zum strategischen Nachteil der Sowjetunion/Rußlands vorsätzlich und hinterlistig gebrochen. Die EU und die NATO haben Europa zu einem Brückenkopf gegen Rußland umgebaut und alle diplomatischen Wege bewußt abgebrochen. Die USA haben einseitig wichtige Verträge zum Nachteil Rußlands gekündigt, stabile wirtschaftliche Beziehungen torpediert oder in die Luft gesprengt. Die Exzesse auf dem Maidan, der faschistische Überfall auf das Gewerkschaftshaus in Odessa und die Ausgrenzung russischen Lebens und seiner Kultur sowie der Krieg in der Ostukraine wurden vom Westen verbal oder finanziell gefördert bzw. unterstützt. Weitere Fakten? Die westliche Seite hat

nichts, aber auch gar nichts unternommen, um auf diplomatischem Wege eine Konfliktlösung zu suchen. Hier sei nur an die Rede Putins im Deutschen Bundestag 2001 für ein gemeinsames Europa erinnert, die zu einem Brückenschlag hätte führen können. Ganz im Gegenteil, die Konfrontation wurde zugunsten eines Verehrers des Faschisten Bandera und dessen Nachfolgern von ASOW-Kriegern in unverantwortlicher Weise vorangetrieben. Selbst ein SPD-Bundeskanzler gebrauchte im Deutschen Bundestag den Faschistengruß „Slawa Ukraini“. Und der SPD-Bundespräsident blieb untätig, als das Minsker Abkommen, von ihm initiiert, vorsätzlich gebrochen wurde.

Und da soll Rußland, wie von der EU und der NATO gefordert, nicht Vorkehrungen gegen diese aggressive und kriegslüsterne EU zu seiner Sicherheit treffen? Welch Schizophrenie bundesdeutscher und europäischer Forderungen!

Raimon Brete  
Chemnitz

### Kriegsdrohung vor Rußlands Grenzen

„Die Toten bleiben jung“.  
Der Titel ist gelieh'n.  
Doch währt in der Erinnerung:  
Nichts wird dem Krieg verzieh'n.

Wer war es, ist es wieder heut,  
Der mit der Lüge tanzt,  
Medial sie zeitlos wiederkaut,  
Im Angriff verschanzt?

So treu teutsch, wie die Lüge ist  
Mit NATO-Garnisonen,  
Träumt heimisch jetzt die Gleiwitz-List,  
Sich neuerlich zu klonen?

Vor Rußlands Grenzen aber nun,  
Denn Polen, längst gefall'n,  
Mag als ein Rammbock solches tun  
Nebst baltischen Vasall'n.

Doch ein Inferno dieses Mal  
Kennt nimmer seinesgleichen.  
Vergessen hat dann bloß die Wahl.  
Erinnern sich denn Leichen?

E. Rasmus (6.1.2017)

Anna Seghers, Band 1 der Romantrilogie

Aus: E. Rasmus, „Nicht wirklich? Doch!“,  
Chronologisch Gereimtes wie Ungereimtes,  
Berlin, 2021

# Der Kampf gegen Rußland hat Tradition

**G**laubt man den aktuellen Umfragen, so billigt eine Mehrheit die bundesdeutsche Ukraine-Politik. Doch auch das relativiert sich. Immer mehr sprechen sich für eine Beendigung der Kampfhandlungen und eine diplomatische Lösung aus. Die deutsche Russophobie ist an sich nicht verwunderlich, wurde sie doch seit den letzten Kaiserjahren nun schon seit über hundert Jahren staatlich verordnet und in der BRD ebenfalls zur Staatsdoktrin erhoben. Daran konnte die kurzzeitige Rapallo-Politik der Neutralität und guten Wirtschaftsbeziehungen, der Gorbi-Heuchelei sowie das katastrophale Scheitern antisowjetischer imperialistischer Höhenflüge kaum etwas ändern.

Heute überschlagen sich Medien und Politiker aller couleur mit einem politischen Vokabular, das schon 1914 zur Begründung der Kriegskredite diente und bis zum Durchhalten im Frühjahr 1945 reichte. Erfreulicherweise gibt es aus dem bürgerlichen Lager aber auch Stimmen, die der geballten Kraft der Kartellmedien ein realistisches Bild der Lage entgegensetzen. Dazu zählen hohe kompetente emeritierte Militärs, Wissenschaftler, unabhängige Journalisten und Blogger, Wirtschaftsfachleute u.a. Doch sie beleuchten in aller Regel nur Teilaspekte der Auseinandersetzungen im Ukraine-Konflikt. Aber ohne den historischen Kontext kann dieser Konflikt nicht eingeordnet werden und führt oft zu verwirrenden Fehlinterpretationen.

Der Ukraine-Krieg bildet historisch den achten Versuch, Rußland in die Knie zu zwingen, zu annektieren oder als Staat zu vernichten. Es waren die Deutschen mit Unterstützung estnischer Hilfstruppen, die hier den ersten Versuch unternahmen und 1242 auf dem Peipussee von Alexander Newski vernichtend geschlagen worden waren.

Zu jener Zeit gab es noch keinen russischen Zentralstaat, so daß Polen und Litauer mehrfach über russische, ukrainische und weißrussische Gebiete herfielen, sie annektierten und sogar Moskau besetzten. Ein Volksaufstand 1611 warf die Polen-Litauer hinaus und setzte mit Pausen und den Ukrainern den Befreiungsfeldzug gegen die Polen fort. 1795 waren alle ostslawischen Gebiete in russischer Hand.

Den dritten Versuch unternahm Napoleon 1812, der mit einer Niederlage und dem Beginn seines Sturzes endete.

Der vierte Versuch war der Krimkrieg 1853 bis 1856, bei dem Rußland kapitulierte und für Jahre als Großmacht ausschied.

Den fünften Versuch unternahmen die Deutschen im Ersten Weltkrieg und kamen territorial recht weit voran. Sie mußten sich nach der deutschen Niederlage, der Novemberrevolution und auch den Schlägen

sowjetischer Partisanen und Rotarmisten zurückziehen.

Den sechsten Versuch bildeten die westlichen Interventionen und Unterstützung der Weißgardisten im Bürgerkrieg. Doch die Weißen und Interventen wurden geschlagen oder mußten sich wegen prosovjeterischer Proteste ihrer eigenen Bevölkerung zurückziehen.

Der faschistische Überfall auf die Sowjetunion war der siebente und gewaltigste Versuch, die UdSSR zu vernichten und zu kolonisieren. Hier kamen die Deutschen weiter als alle anderen und empfahlen sich dem Westen als hierfür erfahrenste Kriegsmaschine für die Zukunft. Zehn Jahre nach der fundamentalen Niederlage des deutschen Imperialismus wurde die BRD für diese Funktion in die NATO aufgenommen.

Doch diese schien angesichts der kapitulantenhaften Politik Gorbatschows scheinbar nicht nötig zu sein. Der Moskauer Verräter lieferte den Nachkommen deutscher Faschisten nicht nur deutsche Kommunisten und aktive DDR-Bürger, sondern auch die Reichtümer des rohstoffreichsten Landes der Erde aus. Unter Jelzin nahm die Ausplünderung Rußland richtig Fahrt auf und führte zehn Jahre nach „Mauerfall“ zum Staatsbankrott.

Klügere und erfahrenere Strategen als die heutigen sogenannten Spezialisten rechnen damit, daß ihnen mit der Zeit der Zugang zu dieser enormen Goldgrube eingeschränkt oder versperrt werden würde. Man ging auf „Nummer sicher“ und dehnte die NATO bis kurz vor St. Petersburg aus, um eine effektive Bedrohung Rußlands zu schaffen.

Als nächstes sollten die Ukraine und Georgien folgen. Damit wäre Rußland nicht nur auf seine Grenzen vom 16. Jahrhundert zusammengeschrumpft, sondern die Vorwarnzeiten für NATO-Raketen auf wenige Minuten reduziert. Damit hätte man Rußland bei Unbotmäßigkeit wirksam bedrohen können, ohne einen Krieg mit enormen Zerstörungen beginnen zu müssen.

Putin als neuer Präsident Rußlands erkannte diese Gefahren und versuchte, mit Angeboten und guten Worten dem entgegenzuwirken. Erfolglos! Der Westen wollte die Gunst der historischen Stunde nutzen, da er nur wenig Widerstand vermutete und von eigener Überlegenheit benebelt war.

Als sich Putin dieser existentiellen Bedrohung immer mehr entgegenstellte, wurden die Schleusen einstiger antisowjetischer und alter antirussischer Propaganda weit geöffnet und Separatisten offen unterstützt. Rußland war wieder Hauptfeind!

Nachdem Putin in Tschetschenien die russische Souveränität wiederhergestellt hatte, fühlte sich Georgien als südliche Speerspitze der NATO und provozierte einen Krieg, den es

verlor. Rußland hatte eine gefährliche Frontstellung im Süden vorläufig abgewendet.

Nachdem die georgische Kriegsflagge ausgetreten war, konzentrierte sich der Westen nun auf die Ukraine und Belarus.

In Belarus, einem Land mit einem höheren Lebensstandard als in der Ukraine und Rußland, verfügten die Linken über starke Positionen. Der Versuch des Westens, hier 2020 einen Regimewechsel herbeizuführen, scheiterte an der Kraft und Entschlossenheit des auch von den Kommunisten unterstützten Regierungslagers.

Der Fall von Belarus hätte die NATO auf 500 km an Moskau herangeführt. So aber wurde der westliche Imperialismus am Bug, bei Brest-Litowsk, dem Symbol ihres vermeintlichen Sieges über Rußland von 1918, zum Stehen gebracht.

Eine eklatante und unverhoffte Niederlage für den Westen!

Inzwischen setzte der Westen alles auf die Ukraine. Dabei stützte er sich auf eine starke nationalistische Bewegung mit faschistischen Traditionen, die in der Westukraine ihre Hauptbasis besaß. Mehrere Versuche, hier ein russophobes Regime durch Wahlen und Demonstrationen zu etablieren, schlugen fehl. Doch obwohl die Regierung ein gutes Verhältnis zu Rußland hatte, unternahm sie kaum etwas, um die extremen Rechten zu bremsen. Das Lavieren zwischen der EU und Rußland schwächte die prorussischen Kräfte, die sich vor allem im Osten und Süden befanden. So gelang es den faschistischen Rechten, sich nicht nur in der Westukraine als führende Macht zu etablieren und gewählte Volksvertretungen zu stürzen, sondern auch in der Zentralukraine mit westlicher Hilfe besonders stark zu werden.

Der legalen Staatsmacht war es nun kaum möglich, sich gegen die Faschisten zu behaupten, die auch bewaffnet staatliche Ordnungskräfte angriffen. Mit Hilfe westlicher Organisationen und unter Obhut der USA, der BRD und Frankreichs stürzten sie die legale Regierung und errichteten ein politisches System, das man nach historischen Definitionen als zumindest faschistoid bezeichnen muß. Deutlicher Beweis dafür ist die sofortige Diskriminierung aller Russischsprachigen und alles Russischen, das nicht nur von der starken russischen, sondern auch anderen nationalen Minderheiten und vielen Ukrainern verinnerlicht worden war.

Daraufhin kam es in der Ostukraine zu einem Bürgerkrieg, der sich bis heute hinzieht. Russische Versuche, die Lage zu bereinigen, wurden vom Westen und der Kiewer Junta torpediert.

In diesem Zusammenhang besetzte Rußland die russischsprachige Krim, denn Moskau hatte durch diesen geopolitischen Wechsel

seinen Zugang zum Schwarzen Meer verloren, den es im Kampf gegen die Osmanen im 18. Jahrhundert erobert hatte. Ohne diese Aktion, die von den Krimbewohnern begrüßt und gewollt worden war, wäre Rußland in Zukunft fast ein Binnenstaat ohne Zugang zu den Weltmeeren geworden. Die Ostsee wäre als NATO-Binnenmeer leicht zu blockieren und so blieben nur das Nordmeer und der Pazifik. Alle Versuche, diesem geopolitischen Verhängnis zu entweichen, wurden von den Westmächten abgeschmettert.

Rußland befand sich in einer Falle, die, falls Moskau nicht reagiert hätte, bald zu einer noch größeren Konfrontation geführt hätte. Denn – was nur wenige wissen und worüber ein führender BRD-Marineoffizier geplaudert hatte und deshalb den Dienst quittieren mußte – die Unterordnung Rußlands war in Absprache mit den USA die wichtigste Etappe, um China seinen wichtigsten Verbündeten zu entreißen, ihm die Rohstoffversorgung zu kappen, mit NATO-Kräften vom Norden her zu bedrohen und das Land

wieder in den Status einer Halbkolonie wie vor 1949 zu drängen. China wäre als Wirtschaftsmacht ausgeschaltet. Doch das hatte keine Aussicht auf Erfolg! Das „wiedererstandene Rußland“ hat sich – für den Westen unerwartet – mit seiner Militärmacht und der Unterstützung der Bevölkerung dem erfolgreich entgegengesetzt. Damit kann sich der Westen nicht abfinden und setzt weiter auf Eskalation.

Dr. Holger Michael

## Der persönliche Einsatz des Friedrich Merz für die Ukraine

*Der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz freute sich, daß Victor Orbán nicht wiedergewählt wurde und daß die EU 90 Milliarden Euro an die Ukraine überweisen kann. Am 14. April 2026 hat Merz den ukrainischen Machthaber Wolodymyr Selenskyj mit militärischen Ehren in Berlin empfangen. Unter anderem wurde eine „strategische Partnerschaft“ vereinbart. Das Verhältnis von Merz zur Ukraine hat eine längere Vorgeschichte.*

Friedrich Merz gibt den Kiewer Machthabern mit seiner Unterstützung Auftrieb. Der ehemalige ukrainische Botschafter Andrij Melnyk, der den Faschisten Stepan Bandera[1] verehrt und sich mit Beleidigungen und Dreistigkeiten hervorgetan hat, ist im April 2025 öffentlich mit einem geradezu irren Forderungskatalog an ihn herangetreten: Die Koalition möge einen Beschluß fassen „über die Finanzierung der Waffenlieferungen für die Ukraine in Höhe von mindestens 0,5 Prozent des BIP (21,5 Milliarden Euro pro Jahr) oder 86 Milliarden Euro bis 2029 ... Die gleiche 0,5-Prozent-Regelung initiieren und durchführen auf EU-Ebene (372 Milliarden Euro bis 2029)“ sowie „die sofortige Lieferung von 150 Taurus-Marschflugkörpern“ und „30 Prozent der verfügbaren deutschen Kampfjets und Hubschrauber ...“[2]

Es ist davon auszugehen, daß solche Forderungen nicht ohne Absprache mit Selenskyj gestellt werden. Deutlicher läßt sich der Wahnsinn, der von der Kiewer Kriegsregierung ausgeht, nicht darstellen. Entlarvend ist die Belobigung, die Merz von Melnyk erfährt: „Sie wissen, wie sehr ich – als langjähriger Botschafter – den vertraulichen Austausch mit Ihnen als CDU-Vorsitzender und CDU/CSU-Fraktionschef im Bundestag immer geschätzt habe. Es wäre keine Übertreibung zu sagen, daß es uns im April 2022 dank Ihres persönlichen Einsatzes und dem massiven Druck seitens der Opposition im Parlament gelungen ist, Kanzler Scholz und die Ampel dazu zu bewegen, nach langem Zögern schwere Waffen an die Ukraine zu liefern. Auch Ihr mutiger Besuch in Kiew Anfang Mai 2022 – als erster deutscher Staatsmann – war ein starkes

Zeichen, um die damalige Bundesregierung anzuspornen, der Ukraine viel stärker militärisch unter die Arme zu greifen.“[3]

Dem entspricht der folgende Passus im Koalitionsvertrag: „Die Ukraine als starker, demokratischer und souveräner Staat, der eigenständig und mit euro-atlantischer Perspektive über seine Zukunft bestimmt, ist von zentraler Bedeutung für unsere eigene Sicherheit. Wir werden deshalb unsere militärische, zivile und politische Unterstützung der Ukraine gemeinsam mit Partnern substantziell stärken und zuverlässig fortsetzen. Wir werden uns im engen Schulterschuß mit unseren Partnern für eine gemeinsame Strategie hin zu einem echten und nachhaltigen Frieden einsetzen, in dem die Ukraine aus einer Position der Stärke und auf Augenhöhe agiert. Dazu gehören auch materielle und politische Sicherheitsgarantien für eine souveräne Ukraine. Deutschland wird sich an dem Wiederaufbau der Ukraine beteiligen.“

Merz und seinen Koalitionspartnern scheint völlig entgangen zu sein, oder sie wollen es einfach nicht wissen, daß die Ukraine ein ruiniertes Staat („failed state“) ist, dessen Machthaber ihre zum Teil zwangsrekrutierten Soldaten unter der Regie westlicher Bellizisten bis zur letzten Patrone gegen Rußland kämpfen lassen wollen. Daß die Atommacht Rußland nicht besiegt werden kann,[4] ist den Anstiftern fremd, und sie planen bereits ihre Geschäfte beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete.

Wenn es in dem Koalitionsvertrag heißt, „das Ziel unserer Außen- und Sicherheitspolitik ist die Bewahrung eines Friedens in Freiheit und Sicherheit“, sind das – wie aus den weiteren Absichtserklärungen hervorgeht – nichts als hohle Worte. Das gilt auch für das Bekenntnis zur NATO, das besonders hervorgehoben wird, ebenso wie zu den USA und zu Großbritannien: „Das transatlantische Bündnis und die enge Zusammenarbeit mit den USA bleiben für uns von zentraler Bedeutung. Wir stärken die Handlungsfähigkeit Europas, vertiefen bestehende strategische Partnerschaften,

bauen insbesondere mit Ländern des Globalen Südens neue auf und unterstützen multilaterale Formate mit ganzer Kraft ... Das Vereinigte Königreich ist einer der engsten Partner der EU und Deutschlands – bilateral und im Rahmen der NATO.“

Fraglich, ob die Länder des Globalen Südens an strategischen Partnerschaften mit Kriegshetzern interessiert sind. Und transatlantisches Bündnis und enge Partnerschaft mit den USA? Offensichtlich haben Merz und seine Partner noch nicht begriffen, daß es sich damit seit der Präsidentschaft von Donald Trump um eine Schimäre handelt und daß sich Deutschland immer noch im Status einer bedingungslosen Kapitulation befindet und nach der UN-Charta ein Feindstaat gegenüber den Gegnern des Zweiten Weltkriegs ist, also auch gegenüber Rußland.

Wolfgang Bittner

*Auszug aus „Geopolitik im Überblick. Deutschland-USA-EU-Rußland*

*Der Schriftsteller und Publizist Dr. jur. Wolfgang Bittner lebt in Göttingen und ist Autor u.a. des 2017 im Westend Verlag erschienenen Buches „Die Eroberung Europas durch die USA – Eine Strategie der Destabilisierung, Eskalation und Militarisierung“. Zuletzt erschien im Verlag Hintergrund sein Buch „Geopolitik im Überblick. Deutschland-USA-EU-Rußland“, Berlin 2025.*

[1] Stepan Bandera (1909–1959), Kriegsverbrecher, Mörder und Nazikollaborateur, als Nationalheld verehrt.

[2] Zit. n. [www.welt.de/debatte/kommentare/article255971068/Gastbeitrag-Die-Zukunft-der-Ukraine-haengt-jetzt-auch-von-Friedrich-Merz-ab.html?wtrid=socialmedia.socialflow...socialflow\\_twitter](http://www.welt.de/debatte/kommentare/article255971068/Gastbeitrag-Die-Zukunft-der-Ukraine-haengt-jetzt-auch-von-Friedrich-Merz-ab.html?wtrid=socialmedia.socialflow...socialflow_twitter)

[3] Ebenda

[4] Ginge es um die Existenz, würde Rußland Atomwaffen einsetzen, und das wäre das Ende der westlichen Zivilisation.

# Die aktuellen Konflikte und die Interessen der Großmächte

## Zum Nahost-Konflikt

Der von den US-Neocons mit den israelischen Zionisten am 28. Februar verübte Überfall hat eine sich sprunghaft verstärkende Eskalation im Nahen Osten und besonders auf den Iran entfacht. Diese Aggression verläuft aber nicht so, wie es die Angreifenden geplant haben. Sie wird mit ihren jetzt noch nicht voll überschaubaren ökonomischen und militärischen Konsequenzen die Welt, in der wir leben, grundlegend verändern. Dabei haben wir es dennoch bei den aktuellen Kriegen und Konflikten nicht, wie von vielen Experten behauptet, mit einem bereits voll entfaltenen III. Weltkrieg zu tun, sondern mit einem hybriden, sich global entwickelnden Krieg, der die Sicherung der Vorherrschaft des US-amerikanischen Finanzkapitals gegen die nach Emanzipation, Fortschritt und Selbstbestimmtheit strebenden globalen Kräfte zum Ziel hat. Wobei Letztere noch dabei sind, sich in einem aggressiven Umfeld zu finden, zu stabilisieren und zu positionieren.

Der Iran-Krieg und neuerdings auch der sich radikal verändernde Ukraine-Konflikt mit seinem beiderseitigen Masseneinsatz von billigen Drohnen (Einsatz von Tausenden an den Fronten und in den Kernländern täglich) und der verstärkten Anwendung von weitreichenden präzisen Raketen (Rußland mit Hyperschall) werden diesen Prozeß rasant beschleunigen und zu Veränderungen des Charakters der weiteren Kampfhandlungen sowohl der Russischen Föderation (RF) als auch der Ukraine führen. Diese neue Drohnen- und Raketen-Strategie wird bei allen kriegsführenden Parteien destabilisierende Unsicherheiten hervorrufen (massenhafte Flucht aus der ukrainischen Armee, bedrohte Feierlichkeiten am 9. Mai in Moskau).

Der den USA von Israel avisierte „schnelle Sieg über den Iran“ trat nicht ein, da es dieses Mal durch den Iran mit seinen potenten Partnern – RF, China und die DVRK – zu einem Kräfteverhältnis im Nahen Osten kam, welches es den Aggressoren nicht gestattete, ihre unrealistischen Ziele – Regimewechsel, Nichtzulassung des vom Iran gewollten Atomprogramms, Zerstückelung des Irans, Trennung Irans von seinen globalen und regionalen Partnern – in Blitzkriegsmanier durch Zerstörung der iranischen Streitkräfte, der Wirtschaft, des MİK und der kritischen Infrastruktur existenzbedrohend zu erreichen.

Rußland und Iran sowie auch China (CIR-Länder – neuer Verbund) kämpfen den gleichen Kampf. Weder Rußland noch China können eine Niederlage des Iran zulassen. Zu viel steht auf dem Spiel. Die Zuspitzung des hybriden Krieges des US-Imperiums gegen die „Achse der Autokratie“ erzwingt bei Strafe der Zerschlagung des eigenen Landes und des nationalen Untergangs eine weitgehende strategische Zusammenarbeit der CIR-Länder auf allen Gebieten. Ein Imperativ, der im Kern auch für die BRICS-Kooperation, die Shanghai-Organisation (SCO) und die BRI-Projekte gilt.

### Mit welchen Aktivitäten hat der Iran die Aggressoren auf die Verliererstraße gebracht?

Der Iran erreichte durch die mehrjährige Anwendung und Umsetzung von eigenen effektiven Militärtechnologien und Waffensystemen sowie durch solche der RF, Chinas und der DVRK, insbesondere beim Schutz der kritischen Infrastruktur (Vertiefung der Bunker zum Schutz von modernen Waffensystemen und Produktionsstätten des MİK), durch den Einsatz moderner Drohnen-, und Raketen- und elektromagnetische Waffen), aber auch durch die Anwendung von wirksamen Mitteln des funkelektronischen Kampfes und von satellitengestützten Echtzeitdaten ein neues höheres Wehr-Niveau. Dazu kommen noch neue Kampfformen bei den iranischen Landstreitkräften zur Abwehr einer möglichen Bodenoffensive, beim Küstenschutz und bei der Bekämpfung von Überwasserschiffen (US-Flugzeugträger und -Zerstörer) und von Unterseebooten sowie die Wiederherstellung der am Anfang des Krieges zerstörten Luftverteidigung Irans mit neuesten eigenen Systemen und solchen Rußlands und Chinas. Auf Grund der zunehmenden Zusammenarbeit mit den sich militärisch und ökonomisch immer stärker verflechtenden Partnern, haben sich die militärischen Möglichkeiten des Iran im Vergleich zum vorherigen 12-Tage-Krieg quantitativ vergrößert und qualitativ beträchtlich verbessert, womit die Luftüberlegenheit der Aggressoren über dem Iran passé ist.

Israels Luftstreitkräfte verloren einen Großteil ihrer Luftflotte (darunter eine große Anzahl von F-35) durch den präzisen iranischen Beschuß der ungenügend geschützten Basen. Die mit Drohnen und ballistischen Raketen übersättigte und durch Hyperschallraketen qualitativ außer Kraft gesetzte Luftverteidigung Israels

leidet außerdem unter Raketen- und Munitionsmangel. Sie kann derzeit das Land und seine wichtigsten Ziele, selbst ganze Städte sowie militärische und sogar nukleare Objekte, nicht mehr schützen (so hat der Iran unlängst dem Plutonium-Reaktor bei Dimona in der Negev-Wüste ein radioaktives Leck zugefügt, da keines der Raketenabwehrsysteme Israels die iranische Rakete abwehren konnte).

Der Iran litt zwar anfangs stark unter den brutalen Luftangriffen der Aggressoren (auch auf die iranischen Atomreicherungsanlagen), ist aber nach der Nachrüstung der Luftverteidigung mit dem russischen luft-kosmischen Komplex S-500 und eigenen modernisierten LV-Komplexen, durch die Nutzung von Satellitendaten in Echtzeit sowie durch den Einsatz verdeckt gelagerter moderner vielfältiger Drohnen- und Raketentechnik in der Lage, die Zerstörung des Landes mit der Vernichtung und der Blockade der global und regional wirkenden Militärbasen der US-„Verbündeten“ am Golf zu beantworten. Der Transit durch den Persischen Golf und das Rote Meer und damit die internationale Versorgung mit strategischen, teilweise überlebenswichtigen Rohstoffen, mit energetischen Produkten, Metallen, Düngemitteln und Lebensmitteln befindet sich unter iranischer Kontrolle.

Israel und die USA haben mit ihren anfänglichen Fehleinschätzungen der Lage im Nahen Osten, einer schlechten Vorbereitung des Krieges (besonders der US-SK), aber auch mit ihren häufig wechselnden sowie unzureichend aufgeklärten Zielen und mit den unerwartet wirksamen Waffensystemen des Gegners zu kämpfen. Die Folgen sind u.a. die Zerstörung von bedeutenden staatlichen, militärischen, nuklearen, industriellen und infrastrukturellen Einrichtungen sowie auch ernste Munitions- und Versorgungsmängel in Israel. Iran hat in den letzten Wochen durch die Zerstörung aller Komponenten eines Panzereinsatzes (Produktions- und Wiederherstellungsanlagen der Panzerversorgung im Land) und durch die Vernichtung hunderter Panzer im Libanon die Absichten Israels, eine Bodenoffensive im Iran durchzuführen, zunichte gemacht.

Auch die USA als einer der Aggressoren müssen größere Verluste auf ihren Basen in den Golfstaaten, bei den Spezialtruppen und der Marineinfanterie, bei modernen Kampf- und Aufklärungs-Flugzeugen (5. Generation) und besonders bei den Über- und Unterwasser-Marinekräften verkraften (so sollen ein US-U-Boot mit 140 Matrosen, drei

Entblockierungszerstörer und ein Flugzeugträger durch Beschuß funktionsunfähig gemacht sowie mehrere Flugzeuge im Kampf um den Hormus abgeschossen geworden sein). Dennoch sind die USA durch ihre ausgelasteten Rüstungsschmieden zugleich einer der größten Profiteure des Irankrieges.

### Zum Öffnen und Blockieren der Straße von Hormus

Die iranische Seite hatte schon vor langem klargestellt, daß sie im Falle eines Überfalls auf ihr Land diesen extrem wichtigen Seeweg blockieren würde. Am Persischen Golf herrscht die volle Souveränität der Anrainerstaaten (Iran und Oman). Die Verhinderung eines unbezahlten und erzwungenen Transits wird nach Bedarf durch den Iran mittels Seeminen, Antischiffs- u. a. Raketen, durch Über- und Unterwasserdrohnen sowie Küstenschutzkomplexe und Artillerie realisiert. Nicht ohne Grund hält die US-Navy mit ihren Flugzeugträgern und Zerstörern einen Sicherheitsabstand (800 bis 1500 km) zu Irans Küste, wodurch sie, wegen der nun geringeren Reichweite der Flugzeuge u. a. Waffen, ihre Kriegsaufgaben nicht mehr voll erfüllen können. Die USA sahen sich sogar gezwungen, ihre europäischen „Partner“ beim Durchbrechen der Blockade um Hilfe zu bitten, was aber die sonst so kriegsbegeisterten europäischen Führer dankend ablehnten. Nach den mißlungenen Verhandlungen im pakistanischen Islamabad tauchten die USA mit einer neuen Blockade auf, die die iranische Blockade aufheben sollte. Das iranische Hormus-Regime dient u. a. dazu, die gestaffelten Passagegebühren als einen Beitrag zur Reparatur der Kriegsschäden einzutreiben. Es geht aber auch darum, den zur außenpolitischen Waffe verkommenen Petro-Dollar durch den verlässlicheren Petro-Yuan zu ersetzen. Zahlreiche Staaten, darunter auch asiatische US-Verbündete, haben mit dem Iran und Oman einen Durchfahrt-Zoll ausgehandelt, der den Öltransit durch die Straße von Hormus zu Irans Bedingungen gut funktionieren ließ, bis die US-Amerikaner die iranischen Häfen blockierten. Das konnte China als Hauptkäufer iranischen Öls nicht zulassen und schaltete sich als dritter Blockierer ein, um die Vorteile für die USA bei einem niedrigen Ölpreis zu neutralisieren. China und der Iran umgingen die US-Hafenblockaden, indem sie die Häfen Pakistans und das Kaspische Meer zum Transport des iranischen Öls nach China nutzen. Auf diese Weise konnte nicht nur die Lieferblockade der USA für das für China bestimmte Öl neutralisiert, sondern auch die Blockierung der iranischen Finanzierung, die statt in Dollar nun in Yan geleistet wurde, aufgehoben

werden. Damit wurde China zum Hauptgewinner des Irankrieges. Trotz dieser intensiven Kämpfe findet im Hintergrund der Austausch von Vorschlägen zwischen den USA und dem Iran statt, die aber wegen ihrer Widersprüchlichkeit bisher nicht zu aussichtsreichen Verhandlungen führten.



Am 1. März von einer iranischen Rakete getroffen: Das Hauptquartier des US-Zentralkommandos (Centcom) in Katar

### Welche Folgen ergeben sich für die Golf-Staaten und die NATO aus dem Nahost-Konflikt?

Der Kriegsverlauf mit der Zerstörung der 13 US-Stützpunkte durch den Iran und die geheime Massenevakuierung (40 000–60 000 Personen) über Ramstein in die USA, die Vernichtung des US-CENTCOM-Hauptquartiers in Katar und die angeführten ersten personellen und materiellen Verluste stellten den Unbesiegbareitsnimbus der US-Kriegsmaschine in Frage. Der Deal „Sicherheit gegen Petro-Dollar“, aber auch das US-Projekt „Freiheit“ (blockierte Schiffe durch die Straße von Hormus militärisch zu begleiten) ist am 6.5.26 vor aller Augen geplatzt. Aber nicht nur das. Für die ökonomisch-existentialen Probleme der Golfstaaten mahnten diese in Washington vergeblich Hilfen an. Damit erhebt sich für sie die Frage, ob es zweckmäßig ist, das Bündnis mit einem Imperium im Endkampf fortzusetzen. Während ein Teil der Golfstaaten auf der Suche nach neuen zuverlässigeren Allianzen ist, hat sich der andere Teil in eine verstärkte Aufrüstung gegen den Iran eingebracht.

Die ökonomischen Folgen des Überfalls auf den Iran bewirkten bei den Golf-Staaten und in NATO-Staaten ein intensives Nachdenken über ihre strategische Ausrichtung. Wichtige NATO-Staaten wollen an dem Überfall auf den Iran nicht teilnehmen und sind erst nach Beendigung des Krieges bereit, Hilfe zum offenen Betrieb der Straße von Hormus zu leisten.

Der US-Israelische Überfall auf den Iran hat eine massive wirtschaftliche Störung der Weltwirtschaft ausgelöst. Allein die Krise bei Energie und Düngemitteln wird sich Schritt für Schritt auf nahezu alle Bereiche auswirken und die ohnehin vorhandenen

Hungerkrisen (aktuell hungern mehr als 800 Millionen Menschen) massiv verstärken.

Ein Sieg der Regionalmacht Iran in diesem Kampf hätte weltweit eine stark motivierende Wirkung, vor allem im globalen Süden. Die Sanktionsdrohungen der USA gegen chinesische Banken stellen eine weitere ökonomische Eskalation dar. Die USA sind hier in keiner guten Position, denn bei einer US-Untersuchung im Jahr 2025 wurden mehr als 80 000 Computerchips u. a. Baugruppen in US-Waffensystemen festgestellt, die einen Bezug zu chinesischer Produktion aufwiesen. Die Volksrepublik wäre bei der Eskalation durch die USA in der Lage, deren Waffenproduktion weitgehend lahmzulegen. Besonders Trump strebte bei der für die USA verfahrenen Situation im Iran-Krieg, bei der Öffnung der Straße von Hormus, bei der Lösung des Taiwan-Problems und der vielen ökonomischen Probleme bei dem Treffen mit Xi in Peking (14. und 15.5.26) gesichtswahrende Lösungen an.

### Zum Ukraine-Konflikt

Trotz aller Prioritäten des Irankrieges, die die Lieferungen von Waffen, Munition u.a. Ressourcen vorrangig an Israel betrafen, haben auch im Ukraine-Konflikt bedeutende quantitative und qualitative Veränderungen bei Strategie und Taktik, aber auch auf dem Gebiet der Militär-Technologie stattgefunden. Dabei wird die Ukraine nach dem Rückzug vieler Hilfsleistungen durch die USA politische, militärwissenschaftliche, ökonomische, logistische und finanzielle Unterstützung der westlichen EU-Staaten im Rahmen des sich bildenden Militärbündnisses (J. Sachs) erhalten, die, wie der unlängst stattgefundene Besuch des deutschen „Kriegsministers“ Pistorius in Kiew beweist, die gemeinsame Produktion von kriegsfähigen Waffen für den gegen Rußland geplanten Krieg von NATO, EU und der Ukraine zum Inhalt hat.

### Verunsichert die Ukraine Rußland mit massenhaftem Drohneneinsatz?

Das ukrainische Regime, welches sich mit viel Geld eine kriegsfähige Personalstruktur mit Söldnern aus der ganzen Welt zusammengekauft hat und nun auch auf ihre Wehrpflichtigen im In- und Ausland mit Erpressung u.a. drastischen Methoden zurückgreift, will die NATO- und EU-Staaten davon überzeugen, daß es Erfolge bei der Schwächung Rußlands in der Ukraine und im russischen Hinterland erreichen kann. Dabei nutzt es die in der Ukraine modernisierten und in EU-Ländern produzierten Drohnen, aber z. B. auch selber umgebaute weitreichende

Neptun-Schiffsraketen und alte sowjetische strategische Flügellraketen. Mit diesen Mitteln will die Ukraine (nach eigenen Angaben) mehrere Massenangriffe auf westrussische Ziele in einem Radius von 1500 km, auf russische Treibstoffbasen sowie auf einen strategischen Flugplatz mit modernen Kampfflugzeugen (Su-57 und Su-34) nördlich von Kasachstan angegriffen und zwei davon vernichtet haben. Die Ukraine soll dabei aber auch die Einsätze über anliegende NATO- und EU-Staaten u.a. Staaten realisiert haben.

Die Ukraine soll von den westlichen Waffenschmiedern, die mit ukrainischem Know how Drohnen produzieren (allein in München soll es zwei davon geben), kostenlos die doppelte Anzahl der benötigten Billig-Drohnen erhalten. Diese Lieferungen gestatten es der Ukraine, nicht nur täglich 1000 Drohnen an der Front und im Kernland der RF einzusetzen, sondern große Drohnenmengen und das entsprechende Know how dazu in eine Vielzahl von Ländern mit hohem Profit zu verkaufen (bereits in den Golfstaaten realisiert). Was deren Anwendung gegen russisches Kernland betrifft, haben GB und die Ukraine die Strategie des massenhaften Einsatzes entwickelt und gegen Rußland erprobt. So sollen durch die Ukraine kurz vor den Feierlichkeiten zum 9. Mai bis zu 350 Drohnen in 12 Wellen in den Südwesten Rußlands und gegen Moskau gestartet und davon über 300 abgeschossen worden sein. Die Abwehrquote in Moskau soll dabei – nach US-Satellitenangaben – 97 % betragen haben, was einmalig in der Welt ist. Die Ukraine hat mit dieser nicht zu 100 % abwehrbaren Verwundbarkeitsmöglichkeit die atomare Supermacht Rußland in eine kritische Situation, in einen Kontroll- und Handlungsverlust auf ihrem Territorium, gebracht, die nur durch den Kompromiß – drei Tage Waffenruhe gegen Nichtangriffsgarantie der USA – zu lösen war.

Diese neue Strategie des Masseneinsatzes von Billig-Drohnen in Verbindung mit weitreichenden Raketen verändert den Charakter der Kriegsführung auf der ganzen Welt und kann wegen ihrer wechselseitigen Anwendungsmöglichkeit in kleinen wie großen Armeen zu permanenten Kriegen führen, die unsere Lebensgrundlagen auch ohne Atomwaffen vernichten würden.

### **Rußland reagiert mit der Intensivierung der Offensive und mit Vergeltung**

Die aggressiven Handlungen der Ukraine und ihrer EU-Ziehväter, die meistens terroristischen Charakter aufweisen und weitreichend gegen kritische Ziele in russischem Hinterland stattfinden, lösen dort immer größere Schäden beim Militär, in Betrieben des MIK und der Öl- und Gas-Industrie sowie der Infrastruktur aus,

die durch die ukrainische Militärpropaganda mit 40 % angegeben werden. Und wenn diese Schäden auch nicht existentieller Natur sind, so zwingen sie die RF dennoch dazu, umfangreiche und verlustbringende Vergeltungsmaßnahmen in Form einer neuen intensiveren Offensive an der gesamten Front und an bestimmten Schwerpunkten, z. B. in Kiew, zu ergreifen. Der US-Militär-Analyst Scott Ritter äußerte dazu, daß allein die Ankündigung eines möglichen Einsatzes von gefechtskopfflosen Oreschnik-Raketen u.a. Raketen (Iskander M) auf Kiew dazu führte, daß die Stadt kollabierte und bereits über 600 000 Bewohner flüchteten. Der Bürgermeister, die Regierung und das Parlament gehen vom Versagen der Patriot-Komplexe aus und sehen ihre Einrichtungen ohne Strom, Wasser und Heizung. S. Ritter führte weiter aus, daß in letzter Zeit ca. 150 000 Soldaten – meist Zwangsmobilisierte – aus der ukrainischen Armee wegen unzumutbarer Bedingungen, mangelhafter Versorgung und der intensiven Aktivitäten der russischen Armee desertierten.

Beide Armeen haben die Waffenruhe vom 9. bis 11.5.26 zur Rotation der Truppen und zur Auffüllung mit Waffen, Munition und Versorgungsgütern und zur Verbesserung ihrer Positionen zur Fortsetzung der Kampfhandlungen genutzt. Für Rußland betrifft das in der Ukraine die Orte Kramatorsk, aber auch Kupjansk, Slawjansk, Charkow, Syman u. a., welches vor kurzem nach langen und blutigen Kämpfen das Gebiet um Pokrowsk und Krasnoarmejsk eroberte. Die Ukraine baut Sumy zur Festung aus, wodurch es für Rußland schwerer wird, dort eine Pufferzone zu entfalten.

Am 13.5.26 kam es zu einem nie dagewesenen Vergeltungsangriff der RF über Belarus auf die West-Ukraine und Kiew, der über mehrere Tage gehen soll und wobei bis zu 1500 Kamikaze-Drohnen in acht Wellen eingesetzt wurden, um die Luftverteidigung zu erschöpfen und dem später ballistische Raketen und darauf Hyperschall- und Oreschnik-Raketen folgen sollen, um die wirklich wichtigen Ziele zu vernichten.

Die RF hat trotz der Angriffe mit Massen an ukrainischen Drohnen und Raketen bedeutende technologische Durchbrüche erzielt und neueste Waffensysteme in der Ukraine und bei der Unterstützung des iranischen Abwehrkampfes effektiv zum Einsatz gebracht. Rußland will weiterhin mit dem Einsatz des neuen Raketenabwehrsystems S-550 „hinderliche“ Satelliten auf niedriger Flugbahn außer Kraft setzen. Die RF-SK sollen dabei sein, modernisierte Geran-4 und Geran-5 Drohnen, luftkosmische Laser-Peresvet, modernisierte T-90, T-80, aber auch neue effektive Drohnen-Killer u. a. Militärtechnik auf dem Gefechtsfeld zu erproben.

## **Signale aus Moskau an Peking und die Welt**

Was hat Präsident Putin am 9. Mai mit der abgespeckten Parade ausdrücken wollen? Es schien nicht um die Angst vor den ukrainischen Drohnen gegangen zu sein, denn dann hätten eher gepanzerte Technik als ungeschützte Soldaten vorbeidefilieren müssen. Kann es nicht so sein, daß Putin den Großmächten, den Führern des Globalen Südens, den westlichen Kriegstreibern, aber auch seinen eigenen Bürgern auf diese Weise signalisieren wollte, daß Rußland zu der Einschätzung gekommen ist, daß ein Ende des Ukraine-Konflikts zu den ursprünglichen russischen Bedingungen derzeit nicht in Sicht ist. In seiner kurzen Rede gab es deshalb keine Bewertung der Entnazifizierungs- und Entmilitarisierungsziele, keine Ausführungen über eine vollständige Eroberung der Bezirke Saporischschja und Cherson. Bei der abendlichen Pressekonferenz ging Putin noch weiter. Er bedankte sich bei Trump für die US-Garantie für die dreitägige Waffenruhe und erklärte seine Bereitschaft zu einer Deeskalationspolitik. Er hob hervor, daß auch in Europa die Zahl derjenigen wachse, die wieder Beziehungen zu Rußland herstellen wollen, wozu man selber auch bereit sei, wenn russische Interessen berücksichtigt würden. Putin ist soweit gegangen, daß er seine frühere Ablehnung von Verhandlungen mit Selenskyj aufhob und diesem die Möglichkeit einräumte, Gespräche in Moskau oder an anderer Stelle zu führen.

Als Voraussetzung sah er aber für solche Verhandlungen ein belastbares Friedensabkommen an, welches mindestens so verbindlich wie die Istanbul Vereinbarungen mit der Ukraine von 2022 sein sollten.

Putin machte auch Vorschläge für die Vermittlungen, wobei ihm der deutsche Alt-Kanzler vorschwebte. Die BRD sah diesen Vorschlag aber als Scheinangebot an, welches zurückgewiesen werden müsse, weil Deutschland nicht am Ende des Ukraine-Konflikts interessiert ist.

Diese Signale werden ihren Weg nach Peking, zu Xi und Trump, aber auch zu anderen Großmächten und Führern des Globalen Südens finden, womit Putin deren Nerv für die Lösung des Konflikts getroffen haben könnte.

### **Kurzresumee**

Der **Nahost-Konflikt**, der aufgrund der neuen militärischen Technologien des Irans, der RF und Chinas anders als von Israel und den USA geplant, verläuft, brachte den militärischen Goliats bisher nicht die Erfüllung ihrer Ziele. Der **Ukraine-Konflikt** wird propagandistisch von Selenskyj mißbraucht, indem dieser aus den begrenzten Drohnenangriffserfolgen einen Gesamtsieg ableitet, der aber das reale Kräfteverhältnis nicht widerspiegelt (RF: Atom- und konventionelle Macht, die die militärischen Kräfte der Ukraine erfolgreich verschleißt).

**Oberst a.D. Gerhard Giese**

## Trump zu Gast in China

Stimmt schon: Am Ende des Staatsbesuchs von US-Präsident Donald Trump in China wurde der Welt kein Papier vorgelegt, das die neue Machtordnung darlegt. Daraus zu schließen, bei dem Treffen habe es keine wirklichen Entwicklungen gegeben, wäre natürlich verkehrt. Wer registriert, wer welche Themen setzen und durchsetzen konnte, wer am Ende mit welchen „Erfolgen“ und welchen Zugeständnissen nach Hause ging, der blickt auf eine so handzahn auftretende herrschende Klasse der USA, wie sie vor wenigen Jahren kaum vorstellbar gewesen wäre. Sicher, bei der Handelspolitik mußten die US-Industriellen nicht mit ganz leeren Händen abreisen. Beijing will dem kriselnden Flugzeughersteller Boeing 200 Maschinen abkaufen, ebenso 450 (kein Witz) Motoren von General Electric, dazu einige noch unklare Deals, wie Trump mitteilte. Aber sieht

es mittlerweile so aus, wenn die geballte US-Kapitalmacht sich durchzusetzen versucht? Noch deutlicher die Frage der Computerchips: Nvidia-Chef Jensen Huang hatte sich offenkundig erhofft, endlich zu erreichen, daß Beijing seine Blockadehaltung aufgibt und bestimmte KI-Prozessoren aus seinem Hause kauft. Geworden ist daraus nichts. Das Thema sei zwar angesprochen worden, doch die Chinesen „wollen lieber ihre eigenen entwickeln“, so Trump. Klartext: Wir sind aufgelaufen und können da jetzt auch nichts machen. Ähnlich in der Außenpolitik. Das einzige wirkliche Zugeständnis, das die USA Beijing abringen konnten, war die Aussage, daß Iran keine Atomwaffen besitzen soll – was ohnehin nicht unbedingt auf der chinesischen Agenda stand. Die offensichtliche US-amerikanische Hoffnung, die Volksrepublik bewegen zu können, Teheran in Washingtons

Sinne zu einem Deal zu drängen, wurde nicht realisiert. Und auch bei der Taiwan-Frage trauten sich die US-Vertreter sichtlich nicht, allzu trotzig auf ihrem Standpunkt zu bestehen. „Das letzte, was wir brauchen, ist ein 9500 Meilen entfernter Krieg“, und: „Wir wollen nicht, daß jemand sagt, wir machen uns unabhängig, weil wir die Vereinigten Staaten im Rücken haben“, so Trump. Ansprüche Richtung Beijing stellte er keine. Der chinesische Erfolg der zurückliegenden Tage besteht, in diesem Lichte besehen, weniger in den Positionen, die man selbst durchsetzen konnte, als vielmehr darin, aller Welt vorzuführen, mit welcher höflicher Zurückhaltung die USA von heute an Beijing herantreten müssen.

Luca von Ludwig

jW, 16.5.2026

## Chaos und Konstanz

Donald Trumps Außenpolitik ist in der Regel schon charakterbedingt chaotisch und beschleunigt scheinbar den relativen Niedergang der US-Hegemonie. Gegenüber China und Rußland jedoch ist sie bei allem Zickzack verhältnismäßig beständig und setzt insgesamt auf Berechenbarkeit und sogar Stabilität. Ein Indiz dafür ist, daß der Waffenstillstand im Zollkrieg mit der Volksrepublik, den er und Xi Jinping im Herbst 2025 in Südkorea vereinbart hatten, bis zu seinem Besuch in Beijing gehalten hat. Zuvor wollte Trump China mit bis zu 145 Prozent Zusatzzoll bestrafen. Was bei anderen, etwa der EU, bis heute für Schock und Entsetzen sorgt, beeindruckte Xi nicht besonders. Er erteilte eine Lektion, die offenbar gewirkt hat. Nach Beijing kam Trump mit einer Kompanie „Broligarchen“ – seinen „Brüdern“ vom IT-Monopolkapital, die ihn zur politischen Figur gemacht haben. Sie wollen vermutlich keine fürs Geschäft schädlichen Dummheiten. Unvereinbar sind Chaos hier und Konstanz dort nicht. Ersteres ist Symptom für die Kombination von globalem Einflußverlust

der USA und gleichzeitigem Vorsprung bei Spitzentechnologien, der bis vor kurzem uneinholbar schien. China hat das auf wichtigen Gebieten, nicht zuletzt bei modernen Waffen, widerlegt. Die Volksrepublik hat in den vergangenen zwei oder drei Jahren auf einigen Gebieten sogar die Nase vorn und setzt bei anderen zum Sprung an die Weltspitze an. Sie ist damit für die IT-Konzerne, nicht für antikommunistische „Falken“ in Washington, offenbar erneut ein wichtiger Partner. Die Werkbankzeiten aber sind vorbei. Hinzu kommt: Das seit 1978 verfolgte Modell der KP Chinas, mit Hilfe von Auslandskapital planmäßig technische Produktivkräfte zu entwickeln, schlägt qualitativ in wachsenden Wohlstand, nicht in Akkumulation von Armut plus Hochrüstung wie in den USA oder noch schleichend in Westeuropa um. Das wirkt global. Nebenbei: Die Vereinbarung von Joe Biden und Xi vom November 2024 in Peru, künstliche Intelligenz nicht für Atomwaffen einzusetzen, kann in ihrer Bedeutung zum Erhalt des Weltfriedens nicht überschätzt werden.

Die Konstanzelemente der US-Politik gegenüber China ergeben sich aus realistischer Anerkennung der von Beijing fast 50 Jahre verfolgten Entwicklungsstrategie. Das unterscheidet Washington grundlegend von den Westeuropäern, die sich durch Arroganz – eine kommunistische Partei, zumal in einem armen Land, kann keinen Erfolg haben – global ins Abseits gestellt haben. Der Aufstieg Chinas zur wirtschaftlichen Supermacht hat die Kräfteverhältnisse derart verändert, daß nun eine neuartige wirtschaftliche Kooperation mit den USA möglich erscheint. Das signalisiert Trumps Besuch. An der Kriegsgefahr, die nicht von China, sondern allein vom US-Imperialismus ausgeht, ändert das nichts. Wie erstmals 2014 warnte Xi erneut vor der „Thukydides-Falle“: Wenn Sparta Athen mächtig werden sieht, soll Krieg unvermeidlich sein? Beijing hält hartnäckig daran fest, daß das nicht so ist. Seine Konstanz, vulgo strategische Vernunft, ist eine Hoffnung.

Arnold Schölzel

junge Welt, 15.5.2026

## Was Xi wirklich fordert

- Freie Hand in der Taiwan-Frage
- Die Straße von Hormus sollte offen sein.
- Die Durchfahrt durch die Meerenge sollte ohne Gebühren erfolgen.
- Xi kommt den USA entgegen und kauft mehr Öl und hochtechnologische Erzeugnisse
- Iran sollte möglichst nicht über Atomwaffen verfügen.

**Aussagen des US-Ökonomen Mearsheimer zu Trump, Xi und Putin nach dem Treffen in Peking**

- Der Krieg Israels und der USA gegen Iran ist verloren.
- Die USA haben das Treffen mit Xi nicht gründlich vorbereitet. Trump handelt drauflos. China handelt überlegt und langfristig.
- Trump ist in Gaza, im Westjordanland, im Libanon und im Ukraine-Konflikt gescheitert.
- China hat seinen Staat und die Ökonomie gestärkt sowie sein Militär erfolgreich aufgerüstet. Beste Banken findet man heute nicht mehr in den USA, sondern in China. Das Land hat erfolgreich Marschrouten

- und Netze für Energieträger außerhalb der US-beherrschten Meere über Zentralasien (Kasachstan, Turkmenistan sowie Rußland) entwickelt.
- Die USA haben ihre militärischen Reserven zu stark erschöpft und können diese nur langsamer als benötigt wieder herstellen. China könnte mit Rostoffblockaden die Produktion von modernen US-Waffen stark behindern.

Schlußfolgernd erklärte er, daß sich das Machtgleichgewicht in Richtung China verschoben hat.

# Ein Blick in die Geschichte

## Kolonialismus und antikolonialistischer Widerstand in Lateinamerika

Die Ureinwohner Amerikas machten Ende des 15. Jahrhunderts zwischen siebzig und achtzig Millionen Menschen aus; bis zu 90 Prozent davon sollen im späteren Lateinamerika gelebt haben, das bis zum US-Angriff auf Mexiko 1846/1848 noch bis in weite Teile der heutigen USA reichte. Nordamerika war deutlich dünner besiedelt, was gegen die Jahrhunderte alte These spricht, die Besiedlung vor 13 000 bis 30 000 Jahren sei allein über die Beringstraße, also von Asien aus über Nordamerika, vonstatten gegangen. Man geht heute verstärkt von einer differenzierten Besiedlung aus Asien, Europa und Polynesien aus.

In den Jahrzehnten nach der Eroberung der Karibik ab 1492 durch Spanien wurde der britische, französische, spanische, niederländische und portugiesische Kolonialismus in Nord-, Mittel- und Südamerika von vielen indigenen Völkern von Beginn an bekämpft; im Süden Chiles endete der kontinuierliche Widerstand der Mapuche erst im 19. Jahrhundert. Daß die spanischen Eroberer (neben Portugal die Hauptkraft bei der Unterwerfung des Kontinents) mit wenigen Tausend bewaffneten Aggressoren dennoch Stück für Stück eine riesige Landmasse mit Dutzenden Millionen Menschen einnehmen konnten, lag an der erfolgreichen Strategie, sich mit den einen Völkern gegen die anderen zu verbünden. Vormalige Erfahrungen von Indigenen mit „inneren“, also lokalen Eroberern wie den Inka einerseits und andererseits die Tatsache, sich untereinander meist ebenso wenig zu kennen wie die einfallenden Europäer, spielten dem in die Hände. An eine gemeinsame Abwehr war demnach nicht zu denken, hinzu kamen eingeschleppte infektiöse Krankheiten, an denen Millionen starben. In den Tieflandregionen des Kontinents überlebten nur wenige Menschen den Genozid, während bis heute in den Bergregionen (hauptsächlich in Bolivien, Ecuador, Peru und Kolumbien) Nachfahren der Ureinwohner noch die Mehrheit stellen.

Im Wesentlichen war die koloniale Herrschaft, abgesehen vom undurchdringlichen, aber gering besiedelten und damals wirtschaftlich uninteressanten Amazonas-Gebiet und kleinerer Zonen, im 17. und 18. Jahrhundert militärisch und politisch

abgesichert. Immer mehr Europäer, vorwiegend aus Spanien und Portugal, aber auch aus Staaten wie Deutschland oder Italien, die nicht direkt an der Kolonisierung beteiligt waren, siedelten nach Lateinamerika über. Als Lateinamerika werden nur die spanisch- und portugiesischsprachigen Länder bezeichnet, nicht aber die niederländischen, französischen und britischen Besatzungszonen in Mittel- und Südamerika und der Karibik.

Während Portugal das heutige Brasilien besetzte, gingen mit Ausnahme der kleineren karibischen Inseln und von Gebieten

die Französische Revolution im 17. und 18. Jahrhundert ihre Völker bereits in eine neue Zeit geführt hatten. Der erfolgreiche Sklavenaufstand gegen die französische Besatzung in Haiti unter Toussaint Louverture 1804 war Vorläufer und Fanal für kontinentweite Aufstände. Von Kuba und Puerto Rico abgesehen, wurde das gesamte, dreihundert Jahre lang spanisch besetzte Territorium zwischen 1810 und 1830 zu Republiken. Vergleichsweise wenige Schlachten, wie die von Pichincha, Ayacucho und Boyacá mit beiderseits gerade fünftausend bis sechstausend Soldaten, reichten den

Anhängern von Simón Bolívar aus, um das königstreue Heer am Ende auf einem Gebiet von Panama bis Bolivien zu besiegen. Er und José de San Martín, dessen Truppen parallel dazu erfolgreich in den südlichen Teilen Südamerikas kämpften, wurden die bekanntesten „Libertadores“ – Befreier, die in einem Kampf von Spaniern gegen Spanier in erster Linie sich selbst befreiten und dergestalt eigene Interessen bedienten. So ist es nicht erstaunlich, daß ihre republikanisch motivierte Popularität innerhalb der eigenen Ethnie ungleich höher war (und ist) als bei den



Leider ohne Happy End: Indigene Unterstützung für Evo Morales in Bolivien (Foto: Evo Morales Ayma via facebook)

der karibischen Landmasse (Belize, Teile Nicaraguas, Surinam, Guyana und Französisch-Guayana, das zunächst bis 1801 zu Brasilien gehörte) alle Gebiete von Mexiko bis Feuerland an die Spanische Krone. Sie errichtete „Virreinos“ (Vizekönigreiche) und „Capitanías“ (Verwaltungseinheiten der Vizekönigreiche), beutete die Einheimischen in Bergwerken aus und hinterließ brauchbare Infrastruktur meist nur, um Gold, Silber oder Zinn effektiv zu den Häfen schaffen lassen zu können. Untereinander wurden die Gebiete kaum verbunden.

Für die Criollos, schon in Amerika geborene und mit der fernen Madrider Herrschaft innerlich längst nicht mehr verwandte Spanier, stellte sich mit dem ausgehenden 18. Jahrhundert die Frage nach dem Sinn der regelmäßigen Abtretung der immensen Reichtümer des Gebiets an die Krone. Der Feudalismus paßte politisch nicht mehr, nachdem die Englische und

rechtmäßigen Eigentümern des Kontinents. In der Tat nahmen Indigene nur wenig an den Befreiungskämpfen teil; in einigen Gegenden wurden sie gar zur Verteidigung der spanischen Herrschaft mißbraucht. Wenngleich sie objektiv später zu den relativen Gewinnern gehörten, weil Leibeigenschaft abgeschafft und oft auch Landreformen gemacht wurden, sind sie bis heute Menschen zweiter Klasse geblieben und vertrauen deshalb in der Regel auch linken Politikansätzen wenig. Sie konnten keine guten Erfahrungen damit machen – just im Land des weitestreichenden Versuchs von Gleichheit (Kuba) waren die Indigenen längst ausgerottet – oder die gemachten Versuche (Bolivien nach dem Sturz von Evo Morales) erwiesen sich aufgrund verschiedener Faktoren als dramatische Fehlschläge. Es ist anzunehmen, daß ein neuer indigener Aufbruch nach den Aufständen der letzten Jahrzehnte vor allem in Ecuador

und Bolivien nun eine Weile auf sich warten lassen wird.

In Nordamerika waren 1776 die USA ausgerufen worden, was sich alsbald für die Spanische Krone als Bedrohung der Dominanz im eigenen Gebiet herausstellte und gleichzeitig von den internen Herausforderern Madrids als Chance begriffen werden konnte. Simón Bolívar lancierte 1815 den „Brief von Jamaica“, in dem er die Vision eines vereinten Lateinamerika beschwor. Nach den militärischen Siegen und der Gründung von Großkolumbien 1821, den Republikgründungen in Chile, Mexiko und Peru 1822, seinem historischen Zusammentreffen mit San Martín in Guayaquil 1822 sowie der Ausrufung der Konföderation Zentralamerika 1823 (aus Guatemala, Honduras, El Salvador, Nicaragua und Costa Rica) war die Monroe-Doktrin vom Dezember 1823 mit ihrem Slogan „Amerika den Amerikanern!“ von Bolívar noch begrüßt worden, denn die Ausrichtung der US-Politik bedeutete damit vor allem die Zurückweisung jeglicher Interessen europäischer Mächte in der amerikanischen Hemisphäre. Daran mußte auch den jungen Republiken gelegen sein.

1824 lud Simón Bolívar mit dem Ziel einer Konföderation mit gemeinsamer Außenpolitik, gemeinsamem Militär und formaler Gleichheit der Mitglieder zum „Kongreß von Panama“ ein, der schließlich 1826 stattfand. „Hochperu“, das nach seinem Befreier fortan Bolivien hieß, war 1825 unabhängig geworden, aber die „Vereinten Provinzen des Río de la Plata“ (später Argentinien und Uruguay) hatten sich da schon gegen eine Union mit Großkolumbien entschieden; auch Chile sandte keine Delegation nach Panama. Bolívars innenpolitischer Gegenspieler in Kolumbien, Francisco de Paula Santander, hintertrieb den Kongreß und dessen Ziel eines lateinamerikanischen Staats zugunsten der USA. Bolívar scheiterte in Panama, sein Einfluß schwand in der Folge und nach seinem Tod 1830 war die Vision eines vereinten Lateinamerika für lange Zeit passé. Eine Konföderation oder gar ein einheitlicher Staat von Mexiko bis Bolivien wäre ein inneramerikanisches, in Größe und Ressourcen mindestens gleichwertiges Gegengewicht gewesen, das den USA nicht passen konnte.

Brasilien blieb bei alledem außen vor; es wurde zwischen 1822 und 1825 formal unabhängig von Portugal, jedoch weniger aus republikanischer Motivation portugiesischer Einwanderer, sondern aus außenpolitischen Gründen, nachdem Frankreich 1807 Portugal besetzt hatte. Erst 1889 entkam Brasilien dem Status eines Kaiserreichs und wurde Republik.

Bolívar hatte sich gegen Spanien die politische und finanzielle Unterstützung Großbritanniens gesichert, das zu der Zeit Gegenspieler der prospanischen, monarchistischen „Heiligen Allianz“ war, mit der

sich die Briten um die Vorherrschaft in Europa stritten. So kamen die neuen Republiken, wie schon zuvor Haiti, zu einer nominellen Freiheit, die aber mit einer anhaltenden Schuldenabhängigkeit erkaufte war, deren Zinseszinsen die Staaten noch heute abbezahlen. Dieser Geburtsfehler bewirkte, daß Britannien für ein Jahrhundert die faktische Vorherrschaft übernahm, die nach dem US-amerikanisch/spanischen Krieg um Kuba und Puerto Rico im 20. Jahrhundert von einer größeren Macht abgelöst wurde: Die der Vereinigten Staaten von Amerika.

1904 hatte Präsident Roosevelt einen offenen imperialistischen Zusatz in die Monroe-Doktrin gesetzt, nach dem die USA sich militärische Einmischung in lateinamerikanischen Staaten vorbehalten. Nach der unterschiedlich ausgestalteten Übernahme Kubas und Puerto Ricos 1902 standen vorwiegend Interventionen in Zentralamerika an der Tagesordnung; so des Öfteren in Nicaragua, das unter Führung von Augusto Sandino den intensivsten explizit antikolonialen Kampf in der Region führte. Auch auf Kuba hatte der ab 1953 militärisch geführte Widerstand gegen das Batista-Regime objektiv antikolonialen Charakter, während er im seit 1917 an die USA „assozierten“, bis heute kolonialisierten Puerto Rico sich bis in die Aktualität mit Referenden und Eingaben beim Entkolonialisierungsausschuß der Vereinten Nationen seinen politischen Weg sucht. „Technisch entkolonialisiert“ wurden im Rahmen der diesbezüglichen weltweiten Prozesse Britisch-Honduras (1981, heute Belize), Britisch-Guayana (1966, heute Guyana) und Niederländisch-Guayana (1975, heute Surinam). Die letzten Kolonien Amerikas sind neben Puerto Rico bis heute Französisch-Guayana, Grönland und diverse Antilleninseln, die von Frankreich bzw. den Niederlanden gehalten werden.

Porfirio Díaz, zwischen 1876 und 1911 neunmal Präsident Mexikos, sagte einst: „Armes Mexiko – so fern von Gott und so nah an den USA.“ Offenbar hat die Ferne das Land trotzdem zu einem massiv christlichen gemacht und die Nähe zu einem, das lange auf der richtigen Seite der Geschichte stand. Den US-amerikanischen neokolonialen Bestrebungen hat Mexiko erst mit dem TLCAN nachgegeben; die Präsidentin Claudia Sheinbaum zeigt jetzt in Sachen Kuba, daß sie im Rahmen der Möglichkeiten zu alten Verhältnissen zurückzukehren gedenkt – sowohl gegenüber dem revolutionären Kuba als auch mit Blick auf die Aufnahme verfolgter Revolutionäre aus dem ganzen Kontinent, war das Land bis Anfang der 1980er Jahre solidarisch gewesen. Im 19. Jahrhundert war es allein Paraguay unter José Gaspar Rodríguez de Francia, das über Jahrzehnte mit autonomer Wirtschaft und Verhinderung einer Kompradorenbourgeoisie wirklichen Antikolonialismus betrieb,

aber zwischen 1865 und 1870 von Brasilien und Argentinien – angestiftet von Britannien – massakriert wurde. So hat einzig Kuba als Staat den Schritt aus der neokolonialen Schulden- und Ressourcenexportabhängigkeit tun können, weil es mit der sozialistischen Revolution auch die lokale Bourgeoisie entmachtete, deren Interesse in der Geschichte Lateinamerikas oft die eines gegenseitigen Auskommens mit den imperialistischen Staaten und dabei meist mit den USA war. Die Versuche Chiles (1970–1973) und Nicaraguas (1979–1990) wurden vom US-Imperialismus gewaltsam beendet, in El Salvador und Guatemala noch auf Ebene der Bürgerkriege im Keim erstickt. Kolumbiens antikoloniale Bestrebungen unterschieden sich von allen anderen dadurch, daß sie schon früh auf einen sozialistischen Weg orientierten.

Das 21. Jahrhundert zeigte mit dem Auftreten Venezuelas unter Präsident Hugo Chávez erstmals nach Bolívar einen politischen Aufbruch für die lateinamerikanische Integration. Parallel entwickelte sich nach den 1930er und 1960er Jahren in den 2000er/2010er Jahren zum dritten Mal seit der Zurückdrängung Spaniens eine breitere Welle von Linksregierungen. Inzwischen hat die Rechte die Regierungen vieler Länder des Kontinents erobert, wobei bei den Wählenden innenpolitische Gründe wie Sicherheitsfragen und weniger eine Anlehnung an die USA eine Rolle spielten.

Aus dem Versuch, ein antineokolonialer Vorzeigekontinent zu werden, scheint heute ein semikoloniales Projekt geworden zu sein. Zuletzt haben sich die USA Militärbasen in Ecuador und Argentinien sichern können, und Kuba kann derzeit leider nur indirekt, als Objekt eines möglichen regionalen Solidaritätsaufbegehrens, zum Fortschritt beitragen – was eine Option für einen Fokus wäre. Denn obwohl größere Bewegungen der Völker gegen die Rechtsentwicklung zur Zeit nicht sichtbar sind, sind sowohl der Angriff auf Venezuela als auch die geplante Erdrosselung Kubas letztlich nicht Zeichen der Stärke, sondern der Schwäche des imperialistischen Kolonialismus. Wenn auch eine lateinamerikanische Integration nicht auf der Tagesordnung steht, so läßt sich der weltweite Aufbruch zu einer multipolaren Ordnung nicht von einer künftigen Entwicklung auf dem lateinamerikanischen Halbkontinent trennen. Dessen lokale Rechte hat nicht mehr zu bieten als neoliberalen Ausverkauf auf wirtschaftlicher und intellektuellen Ausverkauf auf politischer Ebene.

Günter Pohl

Redaktionell leicht gekürzt

Aus: UZ, 27.3.2026

# Divide et impera – Wird der Sudan nochmals geteilt?

**T**eile und herrsche, der Grundsatz imperialistischer Großmachtspolitik seit dem Römischen Imperium, wird mit dem Blut und Leben Abertausender bezahlt – auch in Afrika: im Jemen, in Kamerun, Libyen, Äthiopien, Somalia, Demokratische Republik Kongo.

Und im Sudan steht erneut das Menetekel drohend im Raum. Hatte sich der Südsudan im Jahr 2011 per Referendum relativ friedlich abgespalten, bekriegten sich danach Präsident und Vizepräsident aufs Blutigste – und bis heute bleibt die Lage instabil.

Und im verbliebenen Sudan? Auch hier bekriegten sich seit drei Jahren Präsident und Vizepräsident einer selbstdeklarierten Übergangsregierung, okkupieren das von ihren Soldaten beherrschte Gebiet, beuten Bodenschätze wie Gold und Gummi Arabicum aus.



Flüchtlingslager im Sudan (Juli 2025, Nord-Dafur): Mehr als 30 Millionen Menschen benötigen unmittelbare Hilfe

## Drei Jahre Krieg im Sudan

– und kein Ende. Ein Krieg aus der Rivalität zweier Militärschefs, General Abdel Fattah al-Burhan und General Mohamed Hamdan Dagalo, genannt Hemedti, Präsident bzw. Vize-Präsident des „Souveränen Übergangsrats“, die beide 2021 die zivilen Kräfte nach dem Sturz von Präsident Omar el-Bechir 2019 ausschalteten.

Am 15. April 2023 begann die paramilitärische Schnelle Eingreiftruppe (RSF) des Generals Hemedti die Sudanesische Armee (SAF) unter General Al Burhan zu bekämpfen, denn sich ins Militär einzugliedern, lehnten sie ab. Hatte anfangs die RSF die Oberhand – General Al Burhan zog mit seiner Regierung nach Port Sudan – hat sich mittlerweile der Wind gedreht. Nicht für die Menschen im Sudan, deren Lage sich seitdem drastisch verschlimmerte.

**Drei Jahre Leiden ohne Ende?** Die Zahlen von kollateral Geschädigten lassen sich nur schätzen. Zweihunderttausend Tote, vierzehn Millionen Vertriebene, die Welthungerhilfe schätzt 17 Millionen Unterernährte, die Hälfte der 50 Millionen Einwohner benötigt humanitäre Hilfe. Wieviel Prozent der zu 85 % bäuerlichen Familien können ihre Felder nicht bestellen? Die Inflationsrate ist nach den Daten der Statistikbehörde zwar von 56,39 im Februar auf 40,22 % im März gesunken, aber verschärft die Hungersnot noch. Die Statistik sagt auch, daß 19 Millionen Kinder nicht in die Primarschule gehen können.

## Geber-Konferenz: Hilfe gegen Einfluß.

In den vergangenen Jahren hatte es bei Konferenzen in Paris und London schon Hilfszusagen in Höhe von etwa zwei Milliarden Euro beziehungsweise etwa einer Milliarde Euro gegeben. Aber Nahrungsmittel-Lieferungen haben bislang die Not

Eritrea über 50 000. Werden nun durch die Hungerhilfe in erster Linie die Hunderttausende in den Flüchtlingsstätten versorgt? So dringend die Lebensmittellieferungen gebraucht werden, wirken sie objektiv doch zynisch auf eine Verlängerung des status quo – wie Schuldenerlasse zur weiteren Kredittauglichkeit. Von korruptiven Chancen der Bereicherung der warlords ganz zu schweigen – nicht nur bei den Lebensmitteln. Den Profiteuren dieses Krieges, den Waffenhändlern und auf sudanesischen Bodenschätze (Gold, Petroleum) spekulierende Oligarchen, werden die Geschäfte im Geheimen weiter ermöglicht. Und Aufrufe, Waffenexporte in den Sudan zu unterbinden, trocknen seit Jahren die „Krokodils-Tränen“ der humanitären Anteilnahme. Wird dieser „vergessene Krieg“ weiterhin dem Vergessen der Weltöffentlichkeit anheimgestellt?

**Gummi Arabicum.** Dieses ist unverzichtbar in Lebensmitteln (E 414), verhindert zum Beispiel

die Kristallisierung von Zucker in Coca Cola etc. Unverzichtbar, weil künstlich nicht herzustellen, auch in der Pharma- und Kosmetikindustrie. Der Weltmarkt von 782 Mio. Dollar (2023) ging zu 60 % nach Europa und Nordamerika – sogar von ökonomischen US-Sanktionen ausgenommen. Und das quasi-Monopol für raffiniertes Gummi Arabicum liegt in den Händen von zwei französischen Unternehmen: Nexia und Alland & Robert. Und der Sudan lieferte im Jahr 2022 allein 70 % der weltweiten Rohkautschuk-Exporte. Fünf Millionen Sudanesen (10 % der Bevölkerung) hängen davon ab.

Die FSR-Milizen kontrollieren drei Viertel der Produktionszonen (Kordofan und Darfour), während die Transportrouten unter Kontrolle der regulären Armee sind. Jede Kriegspartei will ihren Anteil: 2500 Dollar pro LKW Mautgebühr in die Kasse der FSR und 155 Dollar Export-Steuer pro 100 kg, was die Armee in Port Sudan verlangt. Infolge des Krieges sind die sudanesischen Exporte um ein Drittel gesunken (2025 um 50 %), während das globale Exportvolumen gleich blieb. Was nichts anderes heißt, als daß die Exportrouten für das sudanesisches Gummi Arabicum über die Nachbarländer, v.a. Ägypten, gelenkt wurden.

**Parallel-Regierung – Voraussetzung der Spaltung.** TASIS (Sudan Founding Alliance) wurde im Februar 2025 gegründet als Konkurrenz zur Regierung des Übergangsrats

nicht gelindert. Auch die Berliner Konferenz der „Quad“ (USA, Ägypten, Saudi-Arabien und die Vereinten Emirate UAE) am 15. April war nur als fund-raising „für den Sudan“ gedacht, um zu Beginn des vierten Kriegsjahrs den bislang Überlebenden mit eineinhalb Milliarden Dollar das Überleben zu ermöglichen. Zwar war die Kommission der Afrikanischen Union „Silencing the guns“ zugegen, doch die beiden Kriegsparteien waren ausgeschlossen. Der Aufruf zu 90-tägigem Waffenstillstand und die Demilitarisierung bestimmter Zonen verhallte. Und die Einladung ausgesuchter Zivilgruppen verursachte Spannungen, sie waren ohnehin nur am Rande zugelassen. So mußte ERR, „Emergency Response Rooms“, eine der führenden zivilen Basisgruppen Sudans, Konflikte überspielen.

Die militärischen Konfliktparteien sollten dafür sorgen, daß NGOs, Hilfsorganisationen „vollständigen, sicheren und ungehinderten humanitären Zugang erhalten“. Mit anderen Worten: Beide Seiten werden bedient, die terroristischen Rebellen Hemedtis als gleichberechtigt angesehen. Die Regierung von Präsident Al Burhan – beschäftigt, ein Parlament einzurichten – hat sich diese Einmischung in die inneren Angelegenheiten verboten. Aber ...

**Business as usual?** im Tschad zelten über eine halbe Million Geflüchtete, ebenso viele in Ägypten und Südsudan, in Äthiopien und

von General Al-Burhan. Der politische Arm der FSR General Hemedtis gab sich in Nairobi eine Charta und eine Konstitution, gründete eine Parallelregierung zu General Al-Burhan. Ihr Hauptquartier schlugen sie in Nyala, Süd-Darfour auf. (Deshalb suchte die FSR seit Anbeginn Fasher, die Hauptstadt von Darfour zu erobern, 18 Monate Belagerung inklusive und im Oktober 2025 ein Massaker an geschätzt mehreren Zehntausenden). Die okkupierten Kriegszonen sind unter Warlords in Gouverneure aufgeteilt: Nord für Hamad Mohamed Hamid, Kordofan-Süd besetzt den Posten eines Gouverneurs Jagood Marada, im Zentrum Saleh Abdullah, im Osten Mabrouk Salim, Karthoum Faris al-Nour Ibrahim und Joseph TukaAli Gouverneur der Region Fung. TASHIS hatte entschieden, die internationale Konferenz zu ignorieren und eine eigene internationale Tour auf die Beine zu stellen, auch wenn interne Konflikte schwelen, meldete Africa Intelligence. Hemedti sucht aktuell seine Schatten-Regierung mit neuen Ministern zu verstärken und einen „Staatsapparat“ zu installieren. Vize-Präsident ist Abdelaziz al-Hilu, der Führer der Volksbefreiungsbewegung Sudan-Nord (SPLM-N), der Sprecher Hemedtis und der Koalition fungiert als „Informationsminister“, Mohamed al-Taishi als Premierminister, Ammar Amoun Deldoum als Außenminister. Mathieu Olivier hatte in Jeune Afrique die hinter Hemedti stehenden Kräfte personifiziert, die ihre Mittelsmänner in die Ministerriege zu installieren suchen: Abu Dhabi und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), die Waffen für die RSF in einer Lieferkette über den Tschad, Libyen, Südsudan, Uganda, Äthiopien und das semi-autonome Puntland in Somalia transportieren. „Middle East Eye“ behauptet, daß die RSF eine Militärbasis im Nordwesten des Landes benutze.

Die Unterstützung der VAE ermöglichen Beziehungen nach Libyen zu Khalifa

Haftar, so daß der Osten Libyens der RSF als Rückzugsgebiet dient. Wie auch familiäre Beziehungen Hemedtis zur Präsidentenfamilie im Tschad eine Rolle spielen dürften. Bereits am 20. Februar hatte General Al-Burhan den Botschafter aus Kenia zurückgerufen, ob der erwiesenen „Gastfreundschaft“ der Führer der RFS-Militia. Am 17. März zerschneidet Sudans Regierung das ökonomische Band mit Kenia und suspendierte den Import, 48,3 Mio. Dollar an Volumen (Tee, Tabak und Ölsaaten).

### Die normative Kraft des Faktischen.

Auch die internationale Akzeptanz des zunehmend von Ägypten, Saudi-Arabien und dem Iran unterstützten Übergangs-Regimes von General Al-Burhan wird wohl nichts daran ändern, daß dieser Stellvertreter-Krieg übers vierte Jahr hinausgeht. Keine Seite scheint die Oberhand zu gewinnen. Gleichzeitig blockiert diese militärische Lage jede Diplomatie, denn beide Seiten glauben, noch militärisch Bodengewinne zu erreichen und sehen keinen Grund nachzugeben, kommentiert der Schweizer Rundfunk. Der Einfluß der Quad über die Nahrungsmittellieferungen hatte die letzten beiden Jahre den Verhandlungstisch nicht näher gebracht. Ein Waffenstillstand ist wenig realistisch, selbst auf die Gefahr hin, daß sich am Persischen Golf mit Äthiopiens Expansionsplänen in Somalia und Eritrea das Kriegsrisiko weiter erhöht. Ein Großteil des Landes ist weiterhin heiß umkämpft mit Tendenzen zugunsten der Zentralregierung, die den Nord-Osten am Meer besitzt und im Zentrum das Herz Sudans, Karthoum, zurückerobert hatte. Ist das Überlaufen von Generalmajor Al-Nour Guba zur SAF Al-Burhans ein Signal, daß die Ratten ein sinkendes Schiff verlassen? Doch den Süd-Westen mit Darfour und Kordofan hält die RSF Hemedtis militärisch besetzt. Auch wenn General Al-Burhan sagt, die Schattenregierung Hemedtis sei fiktional,

ist doch die militärische Macht der Warlords real. Das Menetekel steht drohend im Raum – die Frage: Stehen die Zeichen auf eine erneute Teilung des Sudans? Wird im Südwesten eine Frontlinie gezogen? Oder gelingt es General Al-Burhan, die Paramilitärs zu besiegen? Und wo bleiben die Menschen, die sogenannten zivilgesellschaftlichen Gruppen, die immerhin 2019 das Regime von General Omar El-Beshir zum Abtreten zwangen?

Georges Hallermayer

Am 18. Juni begeht

## Lutz Jahoda

seinen 99. Geburtstag

Es ist noch nicht das Jubiläum, aber Grund genug, dem Mitgestalter unseres Blattes zu seinem Ehrentag die herzlichsten Grüße und Glückwünsche der gesamten „RotFuchs“-Gemeinschaft zu übermitteln.

Als Entertainer, Schauspieler, Künstler in der DDR hast Du, lieber Lutz, Deine Spur gezogen. Sie ist nicht im Sande verlaufen, sondern führt zielgerade auch in die Spalten des „RotFuchs“. Weder Dein hohes Alter noch des Kanzlers Maulkorbpolitik halten Dich davon ab, Farbe zu bekennen. Mit Deinen seit vielen Jahren in unserem Journal zu findenden kleinen, aber treffenden Texten widerstehst Du Dich dem heutigen Zeitgeist und entlarvst mit scharfem Verstand und spitzer Feder die Lügen der erneut zum Krieg treibenden Kräfte, wo immer sie ihr Haupt erheben.

Wir sagen Dank von ganzem Herzen! Ein fester Platz im „RotFuchs“ ist Dir, teurer Freund, auch in Zukunft sicher.

Redaktion und Vorstand



## HORMUS

Hormus ist kein Brotaufstrich,  
Das weiß inzwischen jeder.  
Mehr als nur ein Wespenstich.  
Für Betroffene ärgerlich,  
Zäh wie Schlangeneder.  
Offensive hat begonnen.  
Vorerst sanft wie ein Geträufel.  
Sieger möchten sich gern sonnen.  
Wie gewonnen, so zerronnen.  
Am Regiepult grinst der Teufel.

Lutz Jahoda

## „Die Zeche für beides zahlen“

**german-foreign-policy.com** sprach mit **Peter Mertens**, Generalsekretär der Partei der Arbeit Belgiens (PVDA-PTB), über die Sozialproteste in Belgien, den Zusammenhang zwischen Sozialkürzungen und Militarisierung in Europa und den Kampf um Alternativen. Die PVDA-PTB hat sich an den von den Gewerkschaften geführten Demonstrationen und Streiks von Anfang an beteiligt und ist aktuell in Wahlumfragen in der Hauptstadtregion Brüssel mit gut einem Viertel der Stimmen stärkste Partei.

Seit Anfang vergangenen Jahres erlebt Belgien eine Welle massiver Proteste gegen die Regierung. Worum geht es dabei?

Tatsächlich begann diese Welle sehr breiter landesweiter Proteste bereits 2024, also vor 16 Monaten, als die Verhandlungen zur Bildung der gegenwärtigen Regierung noch in vollem Gange waren. 100 000 Menschen gingen auf die Straße. Das hatte es zuvor noch nie gegeben. In den 16 Monaten, die seitdem vergangen sind, gab es 14 landesweite Mobilisierungen, die bisher letzte am 12. März, bei der erneut 100 000 Menschen zum Protest auf die Straße gingen. (...) Im Grunde geht es bei den Protesten um Fragen des täglichen Lebens, wobei die Renten im Mittelpunkt stehen. Die Regierung will einen „Rentenmalus“ einführen, eine Strafmaßnahme für diejenigen, die ihre Rente vor dem 67. Lebensjahr in Anspruch nehmen. Wer das tut, könnte bis zu 20 Prozent seiner gesetzlichen Rente verlieren. Die gesetzlichen Renten in Belgien sind schon heute sehr gering; Deutschland hat die niedrigsten gesetzlichen Renten in Westeuropa, Belgien die zweitniedrigsten. Von dem „Rentenmalus“ werden vor allem Frauen betroffen sein. Es gibt einen Lohnstopp – sogar in Branchen, die hohe Gewinne erzielen –, und es wird noch viel mehr Kürzungen geben. In der Bevölkerung herrscht darüber große Wut. (...)

Halten Sie die Proteste bislang für erfolgreich?

Da ist immer eine gewisse Dialektik am Werk. Zunächst einmal gibt es eine Negation: Die Menschen sind wütend über bestimmte Maßnahmen des Staates. Die Tatsache, daß die Menschen ihre Wut nicht dadurch zum Ausdruck bringen, daß sie in ihren Sesseln vor dem Fernseher sitzen und ihre Pantoffeln auf ihn werfen, sondern statt dessen aktiv werden und gemeinsam auf der Straße etwas unternehmen, ist sehr wichtig; das ist ein bedeutender Schritt nach vorne, der oft unterschätzt wird. Die Kunst des Organisierens, die Kunst, Menschen für eine Bewegung zu gewinnen, ist entscheidend. Sehen Sie, jeder Wutausbruch hat zwei Seiten. Da ist zum einen die Verbitterung, das Gefühl, als Einzelner machtlos zu sein. Die extreme Rechte versteht es sehr gut, das auszunutzen.

Wir versuchen, die Wut und den Klassenhaß – die Negation, um es so zu formulieren – in etwas Positives umzuwandeln. Das beginnt auf einer ganz grundlegenden Ebene: Man muß die Menschen davon überzeugen, auf die Straße zu gehen, gemeinsam zu handeln. Das System will, daß sich die Menschen klein und machtlos fühlen. Es versucht, den Glauben an die kollektive Stärke zu zerstören – durch Einschüchterung, durch Unterdrückung. Wenn die Menschen glauben, daß ihr Handeln sinnlos ist und der Gegner unbesiegt, dann geben sie auf. Dabei geht es um eine gezielte Manipulation, eine gezielte Verzerrung der Wahrnehmung der Menschen. Die Botschaft ist klar: Es gibt keine Alternative, man kann nichts tun, „sie“ sind zu mächtig, alles ist bereits entschieden. Genau dagegen müssen wir als Linke ankämpfen. Wir müssen das Vertrauen der Menschen in ihre kollektive Stärke wiederherstellen.

Und wenn man die sozioökonomische Ebene betrachtet – jede Demonstration, jeder Streik hat die Regierung ein Stück weit zurückgedrängt. Die Rentenreform wurde noch nicht umgesetzt; sie wurde dank des Drucks, den die Bewegung auf die Regierung ausgeübt hat, in mehreren Punkten bereits erheblich abgeschwächt, auch wenn sie nicht gänzlich aufgegeben wurde. Außerdem gibt es innerhalb der Regierung viele Widersprüche. Ohne die Proteste wären diese Widersprüche nicht so gravierend. So wird beispielsweise darüber diskutiert, wie man mit den derzeit hohen Energiepreisen umgehen soll, die eine Folge der illegalen Kriege von Trump und Netanyahu sowie all jener in Europa sind, die diese illegalen Kriege unterstützen. Es liegt auf der Hand, daß das Leben für die Menschen immer teurer wird. Ein Flügel der Regierung will die Sparpolitik noch verschärfen. Der andere Flügel hält dies für unmöglich, was wiederum ein Erfolg der großen Protestbewegung ist. Ohne diese Bewegung würde in der Regierung völlige Einigkeit herrschen. (...)

Welche Rolle spielt die Militarisierung bei den Sozialkürzungen, die die belgische Regierung der Bevölkerung auferlegt?

Ich glaube, es wird immer deutlicher, daß die Regierung versucht, einen Elefanten unter den Teppich zu kehren. Das ist allerdings schwierig, da ein Elefant ziemlich groß ist, und der Elefant im Raum – in diesem Fall das Militärbudget, das 2017 bei 3,9 Milliarden Euro lag – ist immer größer geworden und bis 2025 auf 12,7 Milliarden Euro angewachsen – mehr als das Dreifache in nur acht Jahren. Das ist irre. Nun hat die Regierung Herrn Trump versprochen, das Militärbudget sogar auf 22 Milliarden Euro zu erhöhen, was 3,5 Prozent des belgischen BIP entspräche. Die belgische Regierung kann sich nicht wie die deutsche Regierung verschulden, um auf

22 Milliarden Euro zu kommen. Sie muß das Geld in anderen Bereichen wegkürzen.

(...) Die Lage ist dramatisch. So bricht beispielsweise das Strafvollzugssystem völlig zusammen, das Gesundheitssystem ächzt unter dem Druck der Sparmaßnahmen, und das Pflegepersonal leidet unter der Arbeitsbelastung und dem chronischen Personalmangel. Jeder Minister ist also ein wenig deprimiert – außer dem Verteidigungsminister, der vor Freude strahlt. Er kann in den kommenden Jahren Milliarden und Abermilliarden ausgeben. Die Minister sagen es selbst: Wenn sie sich zwischen Kanonen und Butter entscheiden müssen, entscheiden sie sich für die Kanonen.

Wir haben einen sehr weit rechts stehenden Verteidigungsminister, der sich gern als Kriegsminister bezeichnen läßt, ähnlich wie Pete Hegseth, Theo Francken, eine sehr trumpistische Figur. Er sagt: Okay, wir müssen das Modell der Vereinigten Staaten in Belgien übernehmen, und wenn das bedeutet, mit der Kettensäge gegen die sozialen Sicherheitssysteme vorzugehen, dann werden wir das tun. (...) Die Regierung selbst verbindet also die Militarisierung mit Sparmaßnahmen.

Vor kurzem gab es in Belgien einen Skandal. Erinnern Sie sich an die Drohnen, die vergangenes Jahr überall in Europa gesichtet wurden? Auch in Belgien war das umfassend in den Nachrichten; irgendwann wurde sogar der nationale Flughafen in Zaventem wegen einer angeblichen akuten Bedrohung geschlossen. Uns wurde gesagt, es handle sich um russische Drohnen und wir müßten dringend teure militärische Ausrüstung anschaffen, um sie abzuschießen und uns vor der russischen Gefahr zu schützen. Nun hat jedoch ein aktueller Enthüllungsbericht des öffentlich-rechtlichen Senders zwei brisante Fakten ans Licht gebracht. Die Aufnahmen der angeblichen Drohnen über dem Flughafen Zaventem haben, wie sich herausgestellt hat, einen Polizeihubschrauber gezeigt. Und die zweite Enthüllung ist noch verblüffender: Es scheint, daß Verteidigungsminister Theo Francken selbst diese Aufnahmen an die Presse weitergegeben hat. Nun lachen die Leute über ihn, weil immer deutlicher wird, daß die Regierung Geschichten erfindet, um Angst zu schüren und Militärausgaben zu rechtfertigen. In gewisser Weise möchte ich unserem Kriegsminister dafür danken, daß er die Menschen so unverblümt belügt.

Es liegt also auf der Hand, daß die Militarisierung eng mit Sozialkürzungen verbunden ist. Meinen Sie, daß man auch die Proteste dagegen miteinander verknüpfen kann – also Proteste gegen die Militarisierung mit Protesten gegen Kürzungen im Sozialbereich?

Es sind dieselben Menschen, die die Zeche für beides zahlen: für die Kriege und für die Sparmaßnahmen. Dieser Zusammenhang läßt sich kaum noch ignorieren. Was bei den Militärausgaben hinzugefügt wird, wird den Sozialleistungen abgezogen – es ist fast ein Verhältnis von eins zu eins. Das muß unser Ausgangspunkt sein. Und wir dürfen den Kampf um die existenziellen Belange nicht aufgeben. Manchmal höre ich die Frage: Lohnt es sich überhaupt, für Renten und Löhne auf die Straße zu gehen, wenn alles in einem verheerenden Krieg zunichte gemacht wird? Meine Antwort lautet: Es lohnt sich. Ob es nun um Renten oder Löhne, um Wohnraum oder Energiepreise, um Kinderbetreuung oder Seniorenpflege geht – warum sollten wir die Arbeiterklasse den rechtsextremen Rattenfängern von Hameln überlassen? Wir müssen das aber mit dem Kampf gegen Militarisation und Krieg verknüpfen. Der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital ist systemimmanent und im Kapitalismus selbst verankert. In seinem Streben nach maximalem Profit führt der Kapitalismus zu Krisen und Krieg. Klimakollaps, Nahrungsmittelkrisen, erdrückende Verschuldung, wirtschaftliche und militärische Konflikte – der Kapitalismus hat keinen Ausweg aus diesen Herausforderungen. Nur der Sozialismus hat ihn. Das ist das Argument, das ich in meinem neuen Buch stark mache, das in Kürze erscheinen wird.

*Hat die Tatsache, daß die NATO ihr Hauptquartier und eine große Anzahl an Mitarbeitern in Belgien hat, Auswirkungen auf die politische Lage in Ihrem Land? Wenn es um die NATO geht, befindet sich Brüssel sozusagen im Auge des Sturms.*

Das stimmt. Was die Militarisation angeht, kann man die Situation in Belgien nicht mit der in Deutschland vergleichen. Da wäre die Tatsache, daß die NATO ihr Hauptquartier in Brüssel hat, wo rund 4000 Menschen beschäftigt sind. Weitere 1700 Menschen arbeiten bei SHAPE in Mons. Das hat erhebliche Bedeutung. Es ist militärisch von Belang. Es macht Belgien objektiv zu einem Teil der US-Kriegsmaschinerie – das ist eine einfache Tatsache. Kriege werden von belgischem Territorium aus, von Mons aus geplant und geführt. Das wird oft unterschätzt. Schauen Sie sich außerdem die neue Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten an. Sie enthält drei Seiten zu Europa, auf denen die Trump-Regierung ihre Strategie beschreibt, die europäische Einheit durch die Unterstützung sogenannter patriotischer Kräfte zu untergraben. Ich zitiere hier lediglich den Wortlaut, wie er in dem Dokument zu lesen ist. US-Botschaften spielen dabei eine Schlüsselrolle. Die US-Botschaft in Belgien verhält sich sehr aggressiv und mischt sich aktiv in die belgische Politik ein. Das ist eine neue Art von Diplomatie, sozusagen eine aggressive Anti-Diplomatie, wenn man es so formulieren will. Hinter den Kulissen spielt in Brüssel

außerdem das gesamte Netzwerk der NATO und von SHAPE eine Rolle. Im Wahlkampf vor den Wahlen 2024 war die PVDA-PTB die einzige Partei, die sich gegen die NATO aussprach. Das war zwar nicht unser Hauptanliegen, doch die anderen Parteien und die Medien haben versucht, uns zu schwächen, indem sie behauptet haben, wir seien eine reine Anti-NATO-Partei. Wir haben dieses Thema nicht in den Vordergrund gestellt, aber unsere politischen Gegner haben es getan – und um ehrlich zu sein, es hat sehr gut funktioniert. Heute, zwei Jahre später, können wir sagen: Diese Haltung, die NATO in Frage zu stellen und anzuerkennen, daß sie eine Kriegstreibermaschine ist – dafür sind angesichts der jüngsten Ereignisse immer mehr Menschen offen. Die Menschen haben den „Grönland-Moment“ gespürt, als Trump verkündete, er sei bereit, Dänemark Grönland abzunehmen. Die Menschen haben es wahrgenommen, als NATO-Generalsekretär Mark Rutte eingeräumt hat, die NATO sei ein Instrument amerikanischer Intervention. Wir haben immer die Ansicht vertreten, daß die NATO ein Instrument der USA ist, doch uns ist dafür dann stets vorgeworfen worden, russische Propaganda zu verbreiten. Nun bestätigt der NATO-Generalsekretär es selbst. Außerdem benimmt sich Trump wie ein Verrückter, bezeichnet die NATO als Papiertiger, weil sie sich nicht offiziell an dem illegalen Krieg gegen den Iran beteiligt. In Wirklichkeit tun die NATO-Mitglieder das natürlich doch – man denke nur an Ramstein und an all die anderen amerikanischen Stützpunkte, die zur Kriegführung genutzt werden. Tatsächlich wäre das derzeitige Grauen des Krieges in Iran ohne Ramstein nicht möglich. Heute zeigen Trump und die Widersprüche unter den Imperialisten, was die NATO wirklich ist. (...)

*Wie gefährlich schätzen Sie die aktuelle politische Lage ein? In einer Rede haben Sie vor kurzem die „fünf D“ von 1945 erwähnt und sie mit der aktuellen Situation in der EU verglichen. Das klingt ziemlich ernst.*

Mir gefällt der Gedanke, daß es während der Niederlage des Faschismus unter den Alliierten in Jalta eine Diskussion darüber gab, wie man mit den Wurzeln des Faschismus umgehen solle. Natürlich ist der Kapitalismus die Hauptwurzel des Faschismus, und nur die Deutsche Demokratische Republik hat versucht, ihn wirklich auszurotten. Aber es ist sehr wichtig, daß es auch unter den westlichen Alliierten eine Diskussion über die Wurzeln des Faschismus gab. Letztendlich identifizierten die Alliierten die „fünf D“ – demilitarisation, denazifizierung, democratisation, decentralisation, demonopolisation, also Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Demokratisierung, Dezentralisierung, Entmonopolisierung – als Kernelemente im Kampf gegen die Hauptursachen des Faschismus. Die Entmilitarisierung war für Deutschland von großer Bedeutung. Was heute fast völlig

in Vergessenheit geraten ist, ist, daß auch eine Entmonopolisierung stattfand. Die Alliierten teilten die IG Farben unter anderem in BASF, Bayer und Hoechst auf. Warum? Nun, damals herrschte Einigkeit darüber, daß die geballte Wirtschaftsmacht der großen Monopole eine der Hauptursachen für Militarisation und Krieg war, ganz einfach weil Monopole stets nach noch höheren Gewinnen streben. In den Monopolen herrscht ein Expansionsdrang, der tendenziell zu imperialistischen Interventionen und zu Krieg führt. Das Bewußtsein, daß ein Zusammenhang zwischen riesiger, konzentrierter Wirtschaftsmacht – damals etwa der Macht von Thyssen, Krupp und anderen – und Militarisation und Krieg besteht, war 1945 und in den Jahren unmittelbar danach vorhanden. (...) Heute tut die Europäische Union in bezug auf alle „fünf Ds“ genau das Gegenteil. Das ist verblüffend, um so mehr, als 1945 Einigkeit über die „fünf Ds“ herrschte. Gut, seien wir nicht naiv: Einigkeit in dieser Frage gab es nur wegen des Gegengewichts der UdSSR; aber sie war dennoch vorhanden. Heute fördert die EU Militarisation statt Demilitarisierung, Autoritarismus statt Demokratisierung, Zentralisierung statt Dezentralisierung, große Monopole statt Entmonopolisierung – man denke nur an das Gerede von den sogenannten europäischen Champions. Und dann ist da natürlich noch die Normalisierung der extremen Rechten. Der Anti-Jalta-Kurs des europäischen Kapitalismus ist wirklich verblüffend.

*Gibt es noch Hoffnung, daß wir diese katastrophale Entwicklung aufhalten können?*

Zur Zeit fragen sich viele Menschen: Leben wir in einem Irrenhaus? Ist die Welt völlig verrückt geworden? Jeden Tag, wenn man aufwacht, weiß man nicht, was geschehen wird, vor allem nicht, was Trump tun wird. Europäische Politiker behaupten, sie wollten, daß ihre Länder autonom werden, stellen aber gleichzeitig weiterhin Militärstützpunkte für die illegalen Kriege im Nahen und Mittleren Osten zur Verfügung. Einerseits sprechen sie sich gegen Trump aus, andererseits applaudieren sie Marco Rubios Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz, und so geht es weiter. (...) Ich denke, wir müssen auf zwei Ebenen vorankommen. Es ist sehr wichtig, daß wir uns weiterhin mit den alltäglichen Problemen befassen; wir sollten diese auf keinen Fall der extremen Rechten überlassen, sondern statt dessen versuchen, die Arbeitnehmerrechte im weitesten Sinne bestmöglich zu verteidigen. Aber wir müssen auch das gesamte Wirtschaftssystem in Frage stellen, so wie es 1945 und unmittelbar danach geschehen ist. Wir brauchen ein Ende des Monopolkapitalismus, weil er immer einen Drang nach Expansion und Krieg in sich trägt. Was wir brauchen, ist Sozialismus. Was nützt ein autonomes Europa, wenn dieses autonome Europa lediglich eine kleine Kopie der USA unter Trump ist? Was bringt es, Fregatten

in den asiatisch-pazifischen Raum zu entsenden, was bringt es, deutsche U-Boote an Israel zu verkaufen? Warum um alles in der Welt sollten wir diese Art von Imperialismus nachahmen? Das haben wir doch schon hinter uns: Als Europa eine Kolonialmacht war, hat es die ganze Welt in Brand gesetzt. Die wahre Zukunft Europas besteht nicht darin, eine imperialistische Macht zu sein, sondern darin, ein sozialistischer Kontinent zu sein, auf dem endlich wieder normale Dinge normal sind, wie Gesundheitsversorgung, Bildung und so weiter. Es ist schwer, das System in Frage zu stellen, aber ich glaube, die Menschen wollen nicht ständig um

alltägliche Dinge kämpfen, sie wollen eine wirkliche Lösung für ihre Probleme, sie wollen ein Ziel, für das es sich zu kämpfen lohnt, und nicht nur eine kleine Änderung im Parlament, bei der man ein Komma in ein neues Gesetz einfügt, um das Schlimmste zu vermeiden. Wir brauchen keine Krümel, wir brauchen nicht nur einen einzigen Laib Brot, wir brauchen eine ganze Bäckerei.

*Sie haben gerade ein neues Buch fertiggeschrieben, das bald erscheinen soll. Worum geht es darin?*

Es heißt „Die letzten Tage der alten Normalität“ und handelt einerseits von der

Militarisierung Europas und andererseits von den Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. Ich versuche, die These zu entwickeln, daß wir mit dem US-Imperialismus brechen müssen, aber nicht, um, sagen wir mal, den europäischen Imperialismus zu befreien. Was wir statt dessen brauchen, ist ein sozialistisches Europa. Das ist das Ziel. Lassen Sie uns Klarheit schaffen in einer sich sehr schnell verändernden, sehr verwirrenden und sehr gefährlichen Welt.

*Redaktionell gekürzt*

*Der gesamte Text ist nachzulesen bei german-foreign-policy.com vom 29.4.2026.*

## SPD-Kriegsminister stellt neue Militärstrategie vor „Wir haben das Geld“

**B**endlerblock, 22. April, 9.30 Uhr: Kriegsminister Boris Pistorius (SPD), sekundiert durch seinen Lieblingsgeneral, Carsten Breuer, hatte zum Appell in den großen Saal geladen. Wer in der Hauptstadtjournaille Rang und Namen hat, war mit gespitztem Bleistift und offenem Ohr angetreten, um zu erfahren, wie es mit der Bundeswehr, dem „riesigen Containerschiff ...“, das in schwerer See grundüberholt wird – bei laufender Fahrt“ (Breuer) nun weitergeht. Angekündigt war die „neue Militärstrategie“ der Bundeswehr, ein „großer Schritt nach vorne“, kurz: der „Marschbefehl für die nächsten Jahrzehnte“ („Berliner Zeitung“). Die vorab an die Medienvertreter verteilte Hochglanzbroschüre zum Thema enthielt auf 40 Seiten viele bunte Bildchen von schnittigen deutschen U-Booten auf Feindfahrt, feierlichem Fahneneid und bösen russischen Raketen, die über den Roten Platz in Moskau kutschiert werden. Läppische 15 Seiten Text wiederholen die Kriegsertüchtigungsparolen, die jedem Zeitungsleser und Tagesschau-Gucker seit vier Jahren bis zum Überdruß bekannt sind. Es geht um die Militaristenträume von der „stärksten konventionellen Armee Europas“, dem „Zielumfang (von) mindestens 460 000 Soldatinnen und Soldaten“ oder die bisher unerfüllt gebliebene Sehnsucht, Raketen auf Ziele abfeuern zu können, die „hundert oder über tausend Kilometer“ entfernt liegen. Zahlreiche Nachfragen drängten sich dazu auf, doch die auf Linie gebrachten Medienvertreter schwiegen.

Die imperialistischen Mitkonkurrenten in London, Paris und Warschau beäugen den neuen deutschen Führungsanspruch mit Skepsis. Ein Aufwuchs der Bundeswehr über 370 000 Soldaten unter Waffen verstößt offensichtlich gegen völkerrechtliche Bindungen (Artikel 3 „2+4-Vertrag“ vom September 1990).

Aus diversen NATO-Strategiepapieren ist herauszulesen, daß der Einsatz von Mittelstreckenraketen von Deutschland aus gegen Rußland nicht Verteidigung, sondern Angriff sein wird. Primär verfolgt ihr Abschluß das Ziel, russische Raketensilos ins Fadenkreuz zu nehmen und zu zerstören, bevor aus diesen

Bemerkung „Streng geheim – sonst könnten wir Putin auch in unseren E-Mail-Verteiler aufnehmen“ abgeblockt wurden. Ein Hinweis, der so arrogant wie lächerlich war, aber bei den „Investigativjournalisten“ Schockstarre auslöste.

Dabei ist es (noch) relativ einfach, den Produktionszahlen von Waffen, Gerät und Ausrüstung nachzugehen. Die Bestellungen werden werbewirksam von den beteiligten Unternehmen breitgetreten und bei börsennotierten Unternehmen wie der Waffenschmiede Rheinmetall, bewußt zum Anheizen der „Aktionärsphantasie“ eingesetzt. Wenn es um die Milliardengräber für die Kriegstüchtigkeit geht, interessieren für die erwünschte Personalstärke sowohl die aktuell produzierten 305 000 Sätze „ballistischer Unterwäsche“, die 338 000 Rucksäcke wie auch die 313 000 Gefechtshelme. Um so mehr noch die Beschaffung von 687 zusätzlichen Schützenpanzern Puma (15 Milliarden Euro), die Order von jährlich mindestens 100 neuen Leopard 2A8 (Stückpreis 15 Millionen Euro), die Steigerung der Jahresproduktion bis 2027 bei der 155-mm-Artilleriemunition auf 1,1 Millionen Schuß (8,5 Milliarden Euro) und die bis 2035 avisierten 2500 Radpanzer Boxer 2029, die mit 8 Milliarden Euro zu Buche schlagen. Die Details zur Vorbereitung des nächsten Kriegs sind angesichts dieser Zahlen wahrlich kein Geheimnis.

Apropos „Tarnen und Täuschen“: Auch wenn das Foto auf Seite 12 („Bedrohungsumfeld“) der Pistorius-Broschüre passend gemacht und zurechtgeschnitten wurde, erkennt man schnell, daß es einen Ausschnitt aus der Parade zur Feier des 78. Jahrestags des Sieges der Sowjetunion über Nazi-Deutschland zeigt. Wie war das nochmal – wer hatte damals wen überfallen?

**Dr. Ralf Hohmann**  
UZ, 1.5.2026



vermeintlich auf NATO-Gebiet gefeuert wird. Sekundärer Zweck des Präzisionsschlags bleibt dabei die Zerstörung von Hochwertzielen mit militärischer Bedeutung. Schon das Papier zur „Nationalen Sicherheitsstrategie“ (Juni 2023) schwärmte von den „Zukunftsfähigkeiten abstandsfähiger Präzisionswaffen“. Nichts Neues also aus dem Hause Pistorius, auch sein zufriedenes Resümee konnte nicht überraschen: „Wir haben unseren Plan, wir haben unseren Spielplan, wir haben unseren Zeitplan, wir haben das Geld ...“ Tags darauf durfte man in den bürgerlichen Gazetten von „taz“ bis „FAZ“ die altbekannten Floskeln lesen, abgeschrieben aus der Strategiebroschüre. Aber dennoch machte sich Unzufriedenheit unter den Medienvertretern breit, wie das „Redaktionsnetzwerk Deutschland“ (RND) herausfand: „Nach der Pressekonferenz von Verteidigungsminister Boris Pistorius zur Zukunft der Bundeswehr sah man viele ratlose Journalisten.“ Ratlos, weil ihre seichten Fragen, wie viele Panzer es denn 2029 geben werde und wofür genau welche Milliarde verwendet würde, mit der

## Erklärung zur Absage, US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland zu stationieren

### Der deutsche Militarismus jubelt!

Er nutzt die Absage, US-Mittelstreckenraketen in Deutschland zu stationieren, dazu, die Hochrüstung und Anschaffung von Angriffswaffen für die Bundeswehr und die Militarisierung der Gesellschaft zu forcieren.

Die Initiative „Nie wieder Krieg – die Waffen nieder“ begrüßt es sehr, daß die US-Regierung auf die Stationierung weitreichender Mittelstreckenwaffen in Deutschland verzichten will. Als Initiatorinnen und Initiatoren des „Berliner Appell“, der genau dies fordert und unter den bundesweit seit seiner Präsentation am 3.10.2024 ca. 100 000 Unterschriften gesammelt wurden, sind wir darüber erleichtert. Denn durch die Bekanntgabe der Entscheidung der US-Regierung, Waffen in Deutschland nicht aufzustellen, mit denen sie das russische Hinterland mit präzisen Erstschlagwaffen treffen und die Hyperschallwaffe Dark Eagle als Enthauptungsschlagwaffe einsetzen können, wird die Spannung gegenüber Rußland nicht noch weiter erhöht. Damit reduziert sich auch die Gefahr von russischen Präventiv- oder Gegenschlägen auf Deutschland gewaltig.

Um so mehr empört es uns, daß an der bundesdeutschen Aufrüstung interessierte Kreise nach dieser Ankündigung der US-Regierung dafür plädieren, die hierzulande seit langem gehegten Ambitionen, in eigener Regie Mittelstreckenwaffen in Deutschland zu stationieren, um russisches Hinterland ins Visier zu nehmen, zu beschleunigen. Das betrifft die bisherige Planung, ab 2029 in den USA für die Bundeswehr 400 Marschflugkörper des Typs Tomahawk (Reichweite 1600 km) zu kaufen, um sie von deutschem Territorium oder von Fregatten aus gegen gehärtete Ziele im russischen Hinterland abzufeuern, sowie das Vorhaben, eine europäische Mittelstreckenwaffe (ELSA, Reichweite über 2000 km) zu entwickeln.

Wenn das damit begründet wird, dadurch eine angebliche Fähigkeitslücke bei land- und seebasierten Mittelstreckenwaffen gegenüber Rußland auszugleichen, wird außer acht gelassen, daß das gesamte Kräfteverhältnis zwischen Rußland und der NATO in Rechnung gestellt werden muß. Allein die europäischen NATO-Staaten – ohne die USA – verfügen über mehr als doppelt so viele Kampfpanzer und Kampfflugzeuge wie Rußland und schicken sich an, ihre Militärhaushalte drastisch zu erhöhen. (...)

Wir begrüßen es ebenso, daß die USA Truppenkontingente aus Deutschland abziehen wollen, wenden uns aber dagegen, daß dies dazu benutzt wird, die beispiellose deutsche Aufrüstung noch zu beschleunigen. Wir lehnen das Vorhaben der neuen deutschen Militärstrategie ab, wonach Deutschland zur Führungsnation der NATO in Europa und die Bundeswehr zur stärksten konventionellen Armee in Europa wird. Denn nach wie vor ist es die durch Grundgesetz und 2+4-Vertrag festgelegte Aufgabe der Bundeswehr, eine Verteidigungsarmee zu sein. Weder Europa noch wir brauchen eine neue deutsche Militärmacht.

### Wir fordern:

- Keine Mittelstreckenwaffen auf deutschem Boden!
- Die Abrüstung der Bundeswehr, wodurch die Wehrpflicht hinfällig ist und der Sozialabbau verhindert wird,
- den diplomatischen Einsatz der Bundesregierung zur Beendigung des Ukrainekriegs mit dem Ziel, eine stabile europäische Friedensordnung zu erzielen, die gleiche Sicherheit für alle Seiten gewährleistet.

**Es ist an der Zeit, widerständig zu werden!**

**Beteiligt euch an den Demonstrationen am 3. Oktober in Berlin und Stuttgart!**

**Wir brauchen Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!**

**Initiative „Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder“**

**Yusuf As, Wiebke Diehl, Julian Eder, Ulrike Eifler, Andreas Grünwald, Joachim Guilliard, Rita-Sybille Heinrich, Lühr Henken, Andrea Hornung, Jutta Kausch-Henken, Ralf Krämer**

*Redaktionell gekürzt*

## Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Juni!

### Zum 96. Geburtstag

Irene Marcinkowski (Dassel) am 6. Juni

### Zum 95. Geburtstag

Roger Reinsch (Berlin) am 29. Juni

### Zum 94. Geburtstag

Joachim Spinler (Potsdam) am 10. Juni  
Prof. Dr. Werner Roß (Schulzendorf) am 22. Juni

### Zum 93. Geburtstag

Fred Schlicke (Dresden) am 8. Juni  
Hasso Wiegmann (Berlin) am 10. Juni

### Zum 92. Geburtstag

Wilfried Beyer (Plauen) am 3. Juni  
Arno Dunst (Schwerin) am 4. Juni

Lothar Krüger (Nuthetal) am 7. Juni

Adolf Hoffmann (Schwedt) am 14. Juni

Günter Hennig (Berlin) am 22. Juni

Hans Zoschke (Magdeburg) am 25. Juni

### Zum 91. Geburtstag

Dieter Wulff (Rostock) am 9. Juni

### Zum 85. Geburtstag

Petra Heine (Hoyerswerda) am 5. Juni

Irene Wüste (Wandlitz) am 7. Juni

Dr. Ilse Surmeli (Berlin) am 20. Juni

Bernd Kunze (Berlin) am 23. Juni

Karl-Heinz Kämmer (Panketal) am 23. Juni

Fred Drechsler (Wismar) am 27. Juni

### Zum 80. Geburtstag

Annette Grohmann (Ludwigsfelde) am 4. Juni

Ingrid Schiborowski (Hagenow) am 16. Juni

### Zum 75. Geburtstag

Dr. Sonnhild Bertz (Magdeburg) am 11. Juni

Jürgen Sirotkin (Frankfurt/Oder) am 18. Juni

Dietrich Wulf (Ribnitz-Damgarten) am 18. Juni

### Zum 65. Geburtstag

Ralf Mackes (Nürnberg) am 1. Juni

**Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.**

# Keine Neuauflage des „Burgfriedens“ nach innen!

**D**iskussionsrede von **Dr. Artur Pech**, Sprecher des Karl-Liebknecht-Kreises Brandenburg, auf der Bundeskonferenz der KPF am 11. April 2026

Seit dem Magdeburger Parteitag (1996) galt in der PDS: Wir lehnen militärische Konfliktlösungen grundsätzlich ab. Dagegen machte eine Mehrheit des damaligen Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion zum Ende der 90er Jahre mobil, denn sie wollten die Einzelfallprüfungen. Aber wer sich für den Einzelfall die Zustimmung zu Kriegen offenhalten will, für den ist Krieg im Zweifel doch Ultima Ratio seiner Politik. Die Mehrheit der Delegierten des Parteitages in Münster blieb bei der Ablehnung. Damit verliert man zwar innenpolitische Kompromißfähigkeit, gewinnt aber die in imperialistischen Staaten einzig mögliche Grundlage sozialistischer Politik.

Gegenwärtig ist das Verhalten von Linken-Mitgliedern in Landesregierungen im Bundesrat zu verkraften. Da wurden mit der Bestätigung der Kriegskredite sozialistische Grundpositionen aus „landespolitischer Verantwortung“ für ein Linsengericht verkauft.

Vor einigen Monaten ging das noch durch die Presse. Mittlerweile ist der Bruch Linker in Landesregierungen mit der Beschlußlage der Partei Alltagsgeschäft. Bremen und Mecklenburg-Vorpommern haben am 30. Januar nicht nur zugestimmt, die militärische Unterstützung der Ukraine, wenn notwendig, zu verstärken, sie haben diesen Antrag selbst mit eingebracht.

Da war das „Es wird nicht wieder vorkommen“ aus der Betroffenheitsdebatte genauso vergessen, wie bei den Nominierungen für die anstehenden Landtagswahlen. Mit großem Erfolg haben die, die die Parteilinie verraten haben, sich wieder nominieren lassen können.

Das sind Teile einer verhängnisvollen Entwicklung der Gesamtpartei, das ist nicht individuelles Versagen von ein paar Figuren. Es reicht von Schlemermeyers Konzept zur Abwehr der „autoritären Bedrohung von außen“, das auf ein „linkes“ Konzept der Militarisierung der Europäischen Union bis zur „Europa-Armee“ hinausläuft, bis zur Freude über die Liquidierung der Führung eines Staates durch die USA. Das wäre die Neuauflage des Burgfriedens nach innen gegen äußere Feinde und die tatsächliche Absage an die Friedensbewegung. Darum geht es gegenwärtig in der Linken.

Im Referat gab es eine gründliche Auseinandersetzung mit dem jüngst veröffentlichten Papier von Gallert und anderen.

Das ist eine Fortschreibung des Schlemermeyer-Papiers.

Es geht nicht um Verteidigung. Es geht um die Durchsetzung von imperialistischen Interessen, auch wenn Gregor Gysi im Bundestag meinte, wir dürften niemals die als Kriegstreiber bezeichnen, die den aktuellen



**2026 ist die CDU wieder an ihrem Anfang: Wahlplakat 1949**

Hochrüstungskurs im Bundestag und Bundestag durchgewunken haben, „denn sie wollen ja auf ihrem Weg Frieden sichern“. Mir jedenfalls kommt der Kaffee hoch, wenn der Kampf gegen autoritäre Regimes sich nicht nur in der Begründung der Kriegstüchtigkeit durch den CDU-Kiesewetter, sondern auch in Papieren der Linken findet.

Die Bandbreite wird auch in entgegengesetzten Beschlüssen von Landesparteitagen der Linken deutlich.

Nachdem der Linke Berliner Landesparteitag aus dem kurzen Halt einen Beschluß gegen die Militarisierung der Krankenhäuser verabschiedet hatte, haben wir in Brandenburg den Antrag für wohnortnahe Krankenversorgung statt Militarisierung der Krankenhäuser eingebracht. Der wurde nach einer Gegenrede der Landesvorsitzenden dann abgelehnt, weil wir doch bereit sein müßten zu helfen, wenn nebenan geschossen wird.

Das zur Rechtfertigung der Kriegspolitik wiederbelebte Märchen von der „Gefahr aus dem Osten“ ist schlicht Dummenfang, auch wenn sich manche mit Parteifunktionen ausgestattete Linke seiner Verbreitung

nur leicht nuanciert anschließen. So gesehen ist der Zusammenschluß gegen die „Gefahr aus dem Osten“ ein unverzichtbarer Teil des vielzitierten Konsenses aller Demokraten, der von der CSU bis in Teile der Linken reicht.

Nach Angaben der FAZ vom 4. Februar diesen Jahres – also die FAZ ist kein linksrevolutionäres Kampfblatt – betrogen die „Verteidigungsausgaben“ Rußlands 2024 etwa elf Prozent derer der NATO und 3,41 Millionen aktiven NATO-Soldaten standen 1,1 Millionen russische Soldaten gegenüber. Und der Bundeswehrminister von der SPD hat „Kriegstüchtigkeit“ zum Ziel erklärt. Das alles grenzt nicht nur an einen Angriff auf den menschlichen Intellekt. Wenn so etwas ohne Widerspruch verbreitet werden kann, dann zeugt es auch von der Wirksamkeit der geistigen Kriegsvorbereitung.

Wenn von der Frankfurter Allgemeinen bis zum Vorsitzenden der Linken fabuliert wird, Trump spiele im „Team Putin“, dann ist mindestens auf einer dieser beiden Seiten die Klassenperspektive verloren gegangen. Denn natürlich macht Trump sowohl gegen Rußland als auch Iran eine Politik im Interesse der im US-Imperialismus dominierenden Kreise und ist mitnichten auf die Seite Putins gewechselt. Genauso natürlich macht die Europäische Union eine Politik der europäischen Imperialisten.

Bei der FAZ mag der Schmerz darüber eine Rolle spielen, daß die Interessen US-amerikanischer, europäischer und auch deutscher Imperialisten sichtbar auseinanderfallen und den Kriegseuropäern die Puste fehlt, ihre Kriege allein zu führen. Auf der linken Seite zeugt es aber vom Verlust der Klassenperspektive. Und – wie es im Freitag hieß: „Wir sind Europäer und Europäerinnen, aber mit einer imperialistischen EU, die um die Aufteilung der Welt mitspielt, werden wir uns nicht identifizieren.“

Auch wenn mehr als ein Jahrhundert vergangen ist: Wieder stehen wir vor der Aufgabe, das Erbe Liebknechts zu verteidigen. Der trat damals der sozialdemokratischen Begründung der „Vaterlandsverteidigung“ mit dem Kampf gegen den Zarismus entgegen. Daraus ist heute die Verteidigung der Demokratie gegen den Autoritarismus geworden und aus der „Vaterlandsverteidigung“ wurde das Selbstverteidigungsrecht gegen die ewige Gefahr aus dem Osten. So schwer es wird: Dieser Modernisierung imperialistischer Politik müssen wir auch mit unserem Programm entgegenreten.

*Aus: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke, Heft 5/2026*

# Nie wieder Krieg!

Heute rüstet Deutschland erneut massiv auf, klingeln die Kassen der Rüstungskonzerne, die wie Rheinmetall zu den größten Waffenschmiedern der Welt aufschließen wollen. Den Ton geben Politiker wie der SPD-Kriegsminister Boris Pistorius an, der von allen „Kriegstüchtigkeit“ verlangt und einen angeblichen russischen Überfall schon für 2026 vorhersagte. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Roderich Kiesewetter äußerte 2022, Rußland müsse „verlieren lernen wie Deutschland 1945“. Die mit Hilfe ukrainischer Nationalisten und Neofaschisten angefachte antirussische Stimmungsmache in der Bundesrepublik besagt: Es ist Vorkriegszeit.

Vor diesem Hintergrund beschloß der Bundestag am 5. Dezember 2025, die Wehrpflicht schrittweise wieder in Kraft zu setzen. Erwogen wird, sie auf Frauen auszuweiten. Ab Juli 2027 soll es wieder Musterrungen geben. Seit dem 1. Januar wurden

laut einer AFP-Meldung vom 4. Mai rund 194 000 Fragebögen an Männer und Frauen verschickt. 28 Prozent der Männer kamen demnach ihrer gesetzlichen Pflicht zur Antwort innerhalb eines Monats nicht nach. Das Verteidigungsministerium kündigte Bußgelder an. Ebenfalls am 4.5. forderte der Vorsitzende der Jungen Union, Johannes Winkel, in den Zeitungen der Funke-Mediengruppe „Mut zu Entscheidungen“: „Wiedereinführung der Wehrpflicht ab dem 1. Januar 2027.“

Das könnte nötig sein, denn die Mehrheit der jüngeren Generation lehnt im Gegensatz zur älteren die Wehrpflicht ab. Nur wenige – zwischen 14 und 30 Prozent – sind nach einer Umfrage aus dem vergangenen Sommer bereit, Wehrdienst zu leisten. Neuere Umfragen wurden nicht veröffentlicht. Der Grund dafür dürfte der Erfolg der Schulstreiks gegen die Wehrpflicht sein.

Ihre Initiatoren riefen für diesen 8. Mai zum dritten Mal bundesweit Schüler, Lehrkräfte, Eltern, Studierende und alle Unterstützer auf, gegen die Wehrpflicht als Teil der Kriegsvorbereitung auf die Straße zu gehen. Am 5. Dezember 2025 folgten dem mehr als 50 000 Menschen in 90 Städten, am 5. März waren es ebenso viele in mehr als 150 Städten.

Schulstreiks solcher Art machen die Regierenden nervös. Im Internet kursieren Videos von Aktivisten der Bewegung, die von Anwerbeversuchen des sogenannten Verfassungsschutzes und des Bundeskriminalamtes berichten. Schikanen an manchen Schulen folgen ohnehin. Die Neigung, sich als Kanonenfutter zur Verfügung zu stellen, wird das nicht steigern.

**Arnold Schölzel**

*Auszug aus dem Kommentar von A. Schölzel in der „jungen Welt“ vom 8.5.2026*

## Jugend trotz Einschüchterung

Bundesweit 45 000 Schüler auf der Straße gegen Wehrpflicht, Bundeswehr-Werbung und Aufrüstung

Am 8. Mai 1945 kapitulierte die Hitlerfaschisten, Europa lag in Trümmern. Bis weit hinein ins konservative Lager schworen sich die Deutschen damals: „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“

Die Organisatoren der Schulstreikbewegung hatten also ganz bewußt einen geschichtsträchtigen Tag für den dritten bundesweiten Schulstreik gegen die drohende Wehrpflicht gewählt. Am 8. Mai nahmen sich ihren Angaben zufolge wieder 45 000 Jugendliche in mehr als 150 Städten die Straße, um daran zu erinnern, wohin es die Welt führte, als der deutsche Imperialismus das letzte Mal die „stärkste konventionelle Armee Europas“ haben wollte. Die Schüler forderten die Rücknahme des „Wehrdienstmodernisierungsgesetzes“, ein Ende der schleichenden Wiedereinführung der Wehrpflicht sowie einen Stopp von Bundeswehrauftritten an Schulen.

In einer Mitteilung erklärte Hannes Kramer, der Sprecher des bundesweiten Bündnisses: „Heute haben Schülerinnen und Schüler in ganz Deutschland erneut deutlich gemacht: Die Reichen wollen Krieg – die Jugend eine Zukunft. Damit ziehen wir die Schlußfolgerung aus dem Zweiten Weltkrieg. ‚Nie wieder Krieg!‘ heißt heute ‚Nie wieder Wehrpflicht!‘“

In Berlin waren den Veranstaltern zufolge etwa 9000 Jugendliche dem Aufruf zum

Streik gefolgt. Die Demonstration sammelte sich am Brandenburger Tor und zog von dort den Tiergarten entlang. Beim Vorbeimarsch am Sowjetischen Ehrenmal ertönte ein lautstarkes „Alerta, alerta, Antifascista!“. Auch sonst war die Berliner Demo wieder stark von klassenkämpferischen Parolen geprägt. Die zahlreichen Palästinafahnen zeigten zudem, daß sich viele Jugendliche der Zusammenhänge zwischen internationaler Solidarität, Antiimperialismus und Antimilitarismus durchaus bewußt sind.

Wie schon beim Schulstreik am 5. März war die Polizei wieder mit einem Großaufgebot vor Ort und wieder kam es zu einigen Festnahmen. Nach jW-Informationen wurden bei unterschiedlichen Vorfällen mehrere junge Leute festgenommen, nachdem sie den Provokationen einzelner Zionisten und anderer Faschisten auf den Leim gegangen waren.

Fälle von staatlichen Repressionen wurden auch aus anderen Städten berichtet. So teilten die Streikorganisatoren gegenüber jW mit, daß die Polizei in Essen unter Androhung von Anzeigen geordert habe, ein Banner mit der Aufschrift „Merz leck Eier“ herunterzunehmen. In Münster seien Personalien von Demonstranten aufgenommen worden, die die gleiche Parole riefen. Auch in Wuppertal habe die Staatsmacht mit Strafanzeigen

wegen entsprechender Schilder gedroht. In München sei eine Person wegen eines Transparentes mit der Aufschrift „Merz, stirb doch selbst an der Ostfront“ festgenommen worden. Die Abschlußkundgebung sei zudem von einer Polizeikette eingeschlossen worden.

Bereits zuvor waren einige der üblichen staatlichen Einschüchterungsversuche bekannt geworden. So berichteten zwei Jugendliche, die Teil der Schulstreikbewegung in Kiel sind, in einem Video auf Instagram von Anquatschversuchen durch Verfassungsschutz und Bundeskriminalamt. Gegenüber der Berliner Zeitung bestätigte einer der beiden, daß er auf dem Schulweg von einem Mann angehalten wurde, der sich als Mitarbeiter des Inlandsgeheimdienstes ausgegeben habe. Solche Methoden halten die Schüler aber nicht davon ab, weitere Aktionen gegen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung zu planen. Der nächste Schritt sei eine Aktionswoche gegen den „Veteranentag“ vom 15. bis zum 21. Juni, teilten die Organisatoren mit. Dann werde man die Sommerferien zum Austausch innerhalb der Bewegung nutzen, um im Herbst zum nächsten Streik aufzurufen.

**Philip Tassev**

*junge Welt, 9.5.2026*

# Nation und Kulturaustausch

## Werden wir „überfremdet“?

**W**ir leben in einer Welt voller Ängste. Mehr oder weniger war das sicher schon immer so. Aber sie sind keine statische Größe, sondern wandeln sich im Laufe der Jahrhunderte. Noch bis vor wenigen Jahrzehnten dominierten sogenannte Urängste, Angst vor dem Tod, vor Krankheiten, vor Gottes oder der Obrigkeiten Zorn. Heute resultieren viele Ängste aus einer Flut von völlig ungefilterten Informationen über die (un-)sozialen Medien in Eintracht mit gezielten Informationen über die sogenannten Leitmedien: Angst, seinen Arbeitsplatz zu verlieren, Existenzangst, Zukunftsangst und Angst vor Gewalt und Krieg ziehen sich durch alle Bereiche und Altersklassen der Bevölkerung. Und viele Ängste haben auch einen realen Hintergrund, Krieg, Gewalt, Zerstörung finden ja täglich statt und sie rücken uns physisch als auch medial jeden Tag näher.

Damit die Menschen daran gehindert werden, die wahren Ursachen für ihre Ängste zu erkennen und die gesellschaftlichen Zustände zu analysieren, liefert die geballte Meinungsmacherindustrie einfache Lösungen und Formeln. Diese wirken dann um so sicherer.

Stellen wir zwei Scheinängste auf den Prüfstand: Erstens wird uns der Eindruck vermittelt, am Niedergang „unseres“ Landes (und anderer hochentwickelter kapitalistischen Länder) sind u.a. in zunehmendem Maße Menschen aus anderen Ländern schuld, Flüchtlinge, Migranten usw. Sie belasten, nach den Erzählungen der Leitmedien, nicht nur unsere Sozialkassen aufs schlimmste, sie verändern mit ihrer Sprache, ihren Eß- und Betgewohnheiten, ihren Sitten und Gebräuchen unsere Kultur und damit den Bestand der stolzen deutschen Nation! Diese blaubraunen Halbnazis von der AfD, die sich gern die Ängste anderer zu Nutze machen, verwenden dafür gern den Ausdruck „Überfremdung“. In Frankreich wird diese Botschaft vom RN (Rassemblement National), in Italien von Melonis postfaschistischer Fratelli d'Italia, in Österreich von der FPÖ oder auch in Spanien von der äußerst rechten Vox-Partei herumgereicht. Um deutlich zu machen, worum es geht, verschaffen wir uns erst einmal Klarheit zu den Begriffen.

Immer wieder wird behauptet, daß Menschen, die in unser Land kommen, das Land zerstören helfen, auch, weil sie unseren nationalen Traditionen fremd gegenüberstehen, unsere Nation von innen zerstören. Land und Nation werden in dieser Argumentation gleichgesetzt. Länder, Reiche, was verbirgt sich dahinter?

In der Antike gab es Stadtstaaten wie Athen, Sparta, Theben, Troja oder später Rom. Um die Städte herum gab es ein Umland, z. B. für die Versorgung, das zu den Städten gehörte. Mächtige Städte eroberten auch fremde Territorien als Kolonien. Fürsten-, König- oder Kaiserreiche verfügten meistens über einen Hauptort mit Burg o.ä. und umliegende Gemeinden, die persönliches Eigentum der Regenten waren. Letztere konnten verkauft, getauscht oder durch Kriege verloren oder gewonnen werden. Auch Heiraten führten zu Zugewinnen oder Verlusten. Die Bewohner der Reiche konnten dabei unterschiedliche Ethnien und Sprachen umfassen. Sie durften sich nicht frei in den Reichen bewegen, sie benötigten dazu die Erlaubnis ihres Herren, der erlauben konnte, sich zum Zwecke z. B. des Handels in andere Orte zu begeben. Aus dem mittelhochdeutschen „urluob“, es ist erlaubt, sich zu entfernen, entstand übrigens das heutige Wort Urlaub. Erst die Entwicklung zur bürgerlichen Produktionsweise, die sowohl die Zuwanderung in die Fabriken als auch umfangreichen Handel notwendig machte, gleichzeitig aber auch den Schutz der inländischen Waren durch Zollgrenzen erforderte, führte zur Herausbildung klassischer Nationen, wie wir sie heute kennen. Im großen Brockhaus 1932 kann man dazu folgendes nachlesen: „Nation – (Lateinisch Volk, Völkerschaft, natio geboren werden) ... Im allgemeinen nach der sprachlichen Wurzel bedeutet Nation die Gemeinschaft von Menschen gleichen Ursprungs. Doch kann infolge der Rassenmischung von einer gleichen Abstammung (Rasse) bei keiner modernen Nation mehr gesprochen werden. Der Begriff der Nation wird vielmehr in der Hauptsache nachdem aus gemeinsamer Geschichte geborenen Gefühl innerer Verbundenheit bestimmt; dies subjektive Bewußtsein der nationalen Zusammengehörigkeit, ausgedrückt in dem freien Bekenntnis zu einer Nation, ist bspw. für die Frage der nationalen Minderheiten (Minderheitsfrage) als das allein entscheidende Merkmal anzusehen.“<sup>1</sup> Ähnlich, jedoch ohne den ganzen Rassequatsch, liest sich das 41 Jahre später im politischen Wörterbuch in der DDR: „Nation: Existenz- und Entwicklungsformen der Gesellschaft, historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, die sich gesetzmäßig im Allgemeinen mit der ökonomischen Gesellschaftsformationen des Kapitalismus herausbildet. Allgemeine Merkmale einer

Nation sind vor allem, die Gemeinsamkeit des Wirtschaftslebens, des Territoriums, der Sprache, der Kultur und der sozialen Psychologie.“<sup>2</sup> Aus heutiger, nun wiederum bürgerlicher Sicht, liest sich das dann so:

„1) Die konservative Interpretation betont das statische Element, d. h. die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gemeinschaft (auch: Volk), die als Großgruppe von Menschen über bestimmte homogene Merkmale (z. B. gemeinsame Sprache, Kultur, Geschichte) verfügt und (zumeist) innerhalb eines bestimmten Territoriums zusammenlebt (Abstammungsgemeinschaft).

2) Die offene Interpretation betont die Veränderungs- und Entwicklungsmöglichkeiten, die sich daraus ergeben, daß (Groß-) Gruppen zusammenleben, die sowohl über gemeinsame als auch über unterschiedliche Merkmale verfügen und dadurch die Chance für einen Austausch zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft fördern (Zugehörigkeitgemeinschaft). Die offene Interpretation des Begriffes Nation entspricht eher dem Verständnis moderner demokratischer Gesellschaften.“<sup>3</sup>

Worin sich also alle einig sind, ist, daß die Nationenbildung mit gemeinsamem Territorium, Wirtschaftsleben und mit Sprache zu tun hat. „Die Gemeinschaft von Menschen gleichen Ursprungs“ ist natürlich völliger Unsinn, weil schon bei der Bildung von Nationalstaaten, sprich Nationen, die Menschen innerhalb eines Territoriums unterschiedlicher Herkunft sein konnten. Die großen Völkerwanderungen im ersten Jahrtausend, Kriege und Seuchen im Mittelalter und danach, haben genauso wie Religionskonflikte zu ständigen Migrationsbewegungen geführt. Wenn wir das von deutschem Kernterritorium aus betrachten, gab es sowohl beträchtliche Zuzüge (Hugenotten, Holländer, Polen aus Schlesien usw.) wie Abwanderungen (USA, Südamerika, Rußland, Siebenbürgen usw.). Und auch die jüngere Geschichte hält große Migrationsbewegungen bereit, das Zurückströmen der deutschen Bevölkerung am Ende des 2. Weltkrieges oder die tausenden sogenannten Gastarbeiter aus Italien, Portugal, Spanien, der Türkei usw., die sich dann in Westdeutschland niedergelassen haben. So ist die deutsche Nation kein

2 Kleines Politisches Wörterbuch, Dietz Verlag Berlin, 1973, S. 567

3 Schubert, Klaus/Martina Klein: Das Politiklexikon. 7., aktual. u. erw. Aufl. Bonn: Dietz 2020. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/17882/nation/>

1 Zit. nach Der Große Brockhaus, Leipzig 1932, S. 197

monolithischer Block, sprachtechnisch vielfältig und ständigen Veränderungen unterworfen. Das gilt erst recht seit 1990, als die alte Bundesrepublik mit all ihren hinterwäldlerischen Verhaltensweisen (u. a. Stellung der Frauen in der Gesellschaft), arbeiterfeindlichen kapitalistischen Auswüchsen und einer Schwemme von wohlriechenden, bunten Konsumgütern der DDR übergestülpt wurde. 40 Jahre DDR haben zwar nicht gereicht, unseren sozialistischen Weg zu Ende zu gehen, aber doch so etwas wie eine DDR-Nationalität geschaffen, die heute immer noch als Ostmentalität herumgeistert. Nation hat also nicht damit zu tun, ob mein Nachbar kein Schweinefleisch isst, mein Gegenüber einen anderen Gott anbetet und dem Osten Gott fast völlig abhandengekommen ist. Aber, so lautet ein weiterer Vorwurf rechter Rattenfänger, es findet ein großer Kulturaustausch in unserem Land statt, Begriffe wie „Paßdeutsche“, „großer Austausch“ oder „orientalische Landnahme“<sup>4</sup> werden fleißig kolportiert und finden, außer unter Teil- und Vollzeitnazis, leider auch unter den abgehängten und an den gesellschaftlichen Rand Gedrängten fleißig Wiederkäufer, was nicht ausschließt, daß es auch unter Satten und Bildungsnahen Anhänger diesen Schwachsinn gibt. Doch bevor wir zu den wirklichen Ursachen für Armut und schlechter werdende Lebensverhältnisse kommen, wollen wir uns mit dem Kulturbegriff befassen, in dem kleinen politischen Wörterbuch aus der DDR. Kultur wird hier sehr umfassend erklärt: „Bestandteil und Ergebnis der gesamten menschlichen Tätigkeit, in der die Menschen ihre praktischen und geistigen Fähigkeiten vor allem durch die Arbeit vergegenständlichen und damit den Prozeß der Entwicklung der Gesellschaft des Menschen selbst praktisch realisieren. In der Kulturentwicklung drückt sich aus, inwieweit die Menschen, die sich aus der Natur heraus erarbeitet haben, inwieweit sie zum Herren ihrer eigenen Vergesellschaftung geworden sind. Kultur ist der erreichte Grad der menschlichen Herrschaft über die objektiven Prozesse der Natur und Gesellschaft und deren Nutzung zu menschlichen Zwecken. Das ist ein ständiger historischer Prozeß der Vervollkommnung des menschlichen Daseins an dem die Individuen, entsprechend ihrer sozialen Stellung, auf unterschiedliche Art und Weise teilnehmen.“<sup>5</sup> Bei der UNESCO, der Weltorganisation zur Kulturförderung, -erhaltung und -unterstützung heißt es: „Kultur umfaßt alles, was Menschen in einer

Gesellschaft teilen: Musik, Kunst, Literatur, Sprache, Werte, Bräuche, Stätten und zeitgeschichtliche Dokumente. Für die UNESCO ... ist Kultur Kern und Quelle von menschlicher Identität, Würde, gesellschaftlichem Zusammenhalt und Frieden. Kultur ermöglicht Offenheit und Innovation, um sich auf neue Herausforderungen einzustellen, sich in Krisen anpassen zu können und nachhaltige Entwicklung zu befördern. Die UNESCO definiert Kultur als „die Gesamtheit der geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Eigenschaften einer Gesellschaft oder sozialen Gruppe, die un-



**Kam aus dem Osten, war in Westeuropa also des Teufels: Gabeln aus dem Iran, 6–7. Jahrhundert**

verwechselbar und einzigartig sind“. Die UNESCO setzt sich dafür ein, die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen und lebendiges Kulturerbe zu bewahren und zu fördern ... Kultur verändert sich stetig.“<sup>6</sup> Kultur umfaßt also alle Ausdrucksweisen unseres Lebens. Ich versuche, das an ein paar Beispielen zu erläutern. Wenn der deutsche Familienvater, blond, blauäugig und gern mit etwas Gewölle um das Kinn am Wochenende vor seinem heißgeliebten Grill steht, ist das Teil unserer Lebenskultur. Doch spanische und türkische Männer grillen mit ebensolcher Inbrunst alles, was auf den Grill paßt. Und Fleischspieße, wie sie in verschiedenen Ländern gern gegessen werden, kommen, wenn man dem Namen Schaschlyk folgt, aus den Steppen Mittelasiens. Aber das Essen mit Messer und Gabel, das ist typisch, zumindest europäisch. Nun, Messer zur Zerkleinerung der Nahrung gab es bereits in der Steinzeit. Löffel aus Holz, Bronze oder anderen Metallen waren über Jahrhunderte das Essutensil. So wie Japaner ständig Reiseeßstäbchen mitführten, wurden im europäischen Mittelalter ständig eigene Löffel benutzt, weil man den dreckigen Löffeln in den Spelunken mißtraute. Die Gabel jedoch tauchte als Eßgerät vor mehr als andert- halbttausend Jahren zuerst in Westasien auf.

Der Legende nach kam die Gabel Mitte des 11. Jahrhunderts nach Europa als ein Mitglied einer Dogen-Familie eine byzantinische Prinzessin heiratete, die das Essgerät mitbrachte.<sup>7</sup> Das jedoch endete in einem handfesten Skandal, denn die zwei-zinkige Gabel wurde von Kirchenvertretern als Teufelswerkzeug gebrandmarkt, und deshalb wurde in den nächsten rund 700 Jahren, dank unserer christlich-abendländischen Kultur, mit dem Löffel geschau- felt oder mit der Hand gegessen, was auch noch heute die Mehrheit der Menschheit tut. Und wenn wir schon gerade beim Essen sind, daß unser Essen nicht mehr so fad schmeckt, sondern wunderbar würzig, verdanken wir den Arabern, die ihre Gewürze mit ins maurische Spanien brachten, von wo aus sich verbreiteten. Die Araber ihrerseits hatten ihre Gewürze aus Asien. So ist das eben, Kultur lebt und entwickelt sich durch Austausch und Interaktion. Letztendlich setzt sich immer nur durch, was von den meisten als gut empfunden wird. Und wenn es je einen Kulturaustausch gegeben hat (der mit dem Orient hat ja schon stattgefunden, zumindest beim Essen), dann wohl mit dem Überstülpen US-amerikanischer Lebensart nach dem Zweiten Weltkrieg. Musik, Film, McDonald, Mode und nun auch noch die Sprache, seit mehr als 80 Jahren geht das so. Das Land in Westeuropa, das sich am wenigsten dagegen gewehrt hat, war Westdeutschland – und nun haben wir den Salat. Wer also immer von einem „Kulturaustausch“, von einer „Überfremdung“ redet, hat keine Ahnung oder geht auf Dummenfang. Unsere Kultur besitzt seit Jahrhunderten Elemente anderer Kulturen, so wie andere Kulturen Dinge von uns übernommen haben. So etwas wird von den meisten Menschen als Bereicherung wahrgenommen. Also nicht die „Fremden“ sind schuld an schlechter werdenden Lebensverhältnissen in Deutschland. Es sind die großen Konzerne, Monopole, die im Interesse der Profitmaximierung immer mehr von dem abknapsen, was des Volkes Hände schufen, wie es einmal hieß. Um den gerechten Zorn darüber in andere Kanäle zu leiten, werden uns per Medien (Unsozial, TV, Gedrucktes) andere Schuldige präsentiert, Ausländer, Arme, sogenannte Sozialschmarotzer – denn solange wir uns an denen abarbeiten, können die wahren Schweinebacken uns munter weiter in die Tasche langen und uns für ihre Interessen auf die Schlachtbank führen!

**Uli Jeschke**

4 Siehe Johannes Varwick: Zwischen Brandmauer und Einbindung, in Ostdeutsche Allgemeine, vom 10. März 2026, Seite 2  
5 Ebenda, Seite 472

6 Zit. nach <https://www.unesco.de/themen/kultur/>

7 <https://www.sueddeutsche.de/wissen/serie-die-kleinen-grossen-dinge-teufelszeug-am-tellerrand-1.3148829>

## Gefährliche Intelligenz?

**K**ünstliche Intelligenz ist in den letzten Jahren in rasender Schnelligkeit in unseren Alltag vorgedrungen.

Fast jede Frage, die wir übers Smartphone in die digitale Welt senden, bekommt bereits ihre Antwort über die KI. KI kann Texte übersetzen und Gespräche in erstaunlicher Qualität dolmetschen, Aufsätze schreiben und in Blitzesschnelle das recherchieren, wozu wir früher Stunden gebraucht haben. Klar, es bleibt geboten, die natürliche Intelligenz nicht auszuschalten, wenn die Antworten hereinflattern. Denn die schnellsten Rechner können nur das ausspucken, was man ihnen vorher beigebracht hat. Wir kennen das von Wikipedia: So mancher Eintrag muß einen durchaus an der dahinterstehenden Sachkunde zweifeln lassen. Und wenn es um Produkte geht, mischt garantiert irgendein Werbefachmann mit, dem es um Absatz geht und nicht um Information.

KI kann inzwischen auch schon anderes. Es steuert Waffensysteme, lenkt Drohnen mit ihrer tödlichen Fracht genau ins Ziel, hilft Menschen auszuspienieren und kann Schwachstellen unserer technischen Systeme erkennen und brutal ausnutzen. So manche KI-generierte Nachricht soll uns nicht informieren, sondern manipulieren.

KI-Entwickler warnen seit Jahren, daß die daraus entstehenden Gefahren bald unbeherrschbar werden könnten.

Vor Kurzem versammelten sich in New York Vertreter der wichtigsten US-Bankenchefs zu einer Dringlichkeitssitzung im Finanzministerium. Anlaß war offenbar eine mögliche Bedrohung für das globale Finanzsystem durch ein neues KI-Programm des Unternehmens Anthropic. Das Programm „Mythos“ soll unbemerkt Rechner kontrollieren und so das weltweite Finanzsystem gefährden können. Es könne auch die nationale Verteidigung der USA gefährden, indem es Sicherheitsbarrieren durchbricht. Es habe sich sogar eigenständig Zugriff auf die Netzwerke des entwickelnden Unternehmens verschafft und sie seiner Kontrolle unterworfen. Dario Amodei, Gründer des Unternehmens, warnte kürzlich: „Der Menschheit steht eine fast unvorstellbare Macht bevor, und es ist höchst ungewiß, ob unsere sozialen, politischen und technologischen Systeme die nötige Reife besitzen, um damit umzugehen.“

Es ist genau das eingetreten, was Marx schon vor über 150 Jahren vorausgesehen hat: Die Produktivkräfte der kapitalistischen Gesellschaft – und zu denen gehört auch die KI – sind weit über die

gesellschaftlichen Verhältnisse hinausgewachsen, unter denen ihre Entwicklung einst begann. Es ist nicht die Künstliche Intelligenz, die die Gefahr für die Menschen schafft. Es sind die gesellschaftlichen, die Produktionsverhältnisse, gegen die sie rebelliert. Das private Eigentum an den Mitteln auch der geistigen Produktion ist es, das diese Risiken ins Unermeßliche steigen läßt. Die Situation ist nicht viel anders als zum Ende des 19. Jahrhunderts, als scheinbar die Mechanisierung der Webstühle die schlesischen Weber verhungern ließ. Es half nicht, als sie die Webstühle zertrümmerten; die Entwicklung der Technik überrollte sie gnadenlos. Auch im Falle der KI werden alle maschinenstürmerischen Überlegungen scheitern. Die Technik zeigt nur ein weiteres Mal, daß sie längst in andere gesellschaftliche Verhältnisse gehört. Sie ist der privatkapitalistischen Verwertbarkeit entwachsen und schreit regelrecht nach vollständiger Vergesellschaftung. Es ist nicht die KI, die die Risiken schafft, es ist die kapitalistische Gesellschaft, die schon wieder technischen Fortschritt in eine Geißel für uns alle verwandelt. Amodei warnt zu Recht: Viel Zeit hat die Menschheit nicht mehr, dieses Problem zu lösen.

**Achim Seider**

## Wem nützt diese Regierung?

**B**ei sogenannten Qualitätsmedien und den Parteien im Bundestag herrscht ein erbärmliches Gestammel auf die Frage, warum die USA und Israel den Feldzug gegen den Iran angezettelt haben. Mal ist es der gerissene israelische Premierminister, der den unberechenbaren Trump zum Waffengang überredet haben soll, mal ist es der US-Kriegsminister, der sich gegen den Vizepräsidenten durchgesetzt habe, mal ist es die Unterschätzung der Stabilität des iranischen Staats- und Militärapparates. Wer dieses Hin und Her von Gerüchten gelesen hat, kann die Frage nach dem Warum danach meist genauso wenig beantworten wie vorher. Das liegt vor allem daran, daß eine Frage leider völlig aus der Mode geraten ist: Wem nützt es?

Diese Frage war und ist schon hilfreich, um den Nebel zu durchdringen, der sich seit der Sprengung der Nord-Stream-Pipeline im September 2022 um die Urheber dieses Terroraktes gegen die Energiezufuhr Deutschlands gelegt hatte. Die Folgen kann heute jeder an der deutschen Nord- und Ostseeküste besichtigen. Statt günstigem und relativ umweltfreundlichem Gas, das ohne großen Transportaufwand aus Sibirien

bis in die deutschen Energienetze strömt, fahren nun rußende Tanker aus aller Welt zu Terminals mitten in Naturschutzgebieten, um dort Gas zu löschen, das energieaufwändig erst gefroren wurde, um es transportieren zu können.

Wem nützt es? Die Antwort kennt jeder, der Wirtschaftsseiten liest: Es sind vor allem die US-amerikanischen Energiekonzerne, die so anstelle des russischen Gases ihr Frackinggas nach Deutschland exportieren und Milliardengewinne scheffeln.

Weil aber die Weltwirtschaft durch die vom USA/EU/NATO-Block angezettelten Kriege immer mehr in Mitleidenschaft gezogen wird, ist der Ölpreis – und mit ihm der Gaspreis – im letzten Jahr dennoch gesunken. Und zwar unter die letztlich aus Konzernsicht entscheidende Schwelle, die die Förderung in den USA noch lohnend machte. Jedem, der einen Globus besitzt, mußte klar sein, daß ein Krieg gegen den Iran die Straße von Hormus unpassierbar machen würde. Das war weder ein Kollateralschaden noch eine Panne eines irren Präsidenten. Es ist der Zweck derer, die diesen Krieg gefordert und bekommen haben.

Wem nützt es? Mit den Preisen für Öl und Gas steigen gegenwärtig die Profite der Konzerne. Wesentliche Hauptprofiteure dieses Krieges haben ihren Hauptsitz in den USA, namentlich Exxon Mobil und Chevron. Zusammen erreichen sie einen Jahresumsatz von über 400 Milliarden US-Dollar. Jeder Tag, an dem aus dem Nahen Osten kein Öl, kein Gas und kein Dünger kommt, verbessert ihre Geschäftsbilanz. Es bleibt also bei der Richtigkeit der Erkenntnis: Hier fließt Blut für Öl. Für die Bevölkerung in Deutschland wird der Krieg jeden Tag teurer. Das sogenannte Entlastungspaket, das die Bundesregierung am Montag verkündete, ist ein Hohn. 1996 kommentierte US-Außenministerin Madeleine Albright den Tod von 500 000 Kindern infolge der Hungerblockade gegen den Irak mit den Worten: „Wir denken, den Preis war es wert.“ Warum sollten diejenigen, die jetzt vor allem in den USA vom Krieg profitieren, den Tod von 168 Mädchen gleich am ersten Tag des Angriffskrieges gegen den Iran ernsthaft bedauern?

**Manfred Sohn**  
UZ, 17.4.2026

## Wenn Geld Geld verdient

Manchmal fühlt es sich an, als würden wir alle an einem Roulettetisch sitzen. Nur daß die einen setzen – und die anderen selbst der Einsatz sind.

Jene, die sich im Geld wälzen, haben angefangen, mit den Grundlagen unseres Daseins zu spielen, als wären sie Chips auf einem Tisch. Es wird auf Nahrung gewettet. Auf Ernten. Auf Preise. Auf Knappheit. Während Menschen sich genau diese Dinge immer weniger leisten können.

Es wird mit Wasser Geld verdient. Mit einem Gut, das kein Produkt ist, sondern Voraussetzung dafür, überhaupt existieren zu können. Und während Konzessionen den Besitzer wechseln und Renditen steigen, wird Wasser für die Menschen vor Ort zur rationierten Ressource.

Unternehmen bauen Stellen ab, schließen Werke, erklären Härten für notwendig – und im gleichen Atemzug werden Dividenden ausgeschüttet und Boni verteilt. Nicht trotz der Lage. Sondern wegen ihr.

Und selbst dort, wo es um Lösungen gehen sollte, läuft das gleiche Spiel: Erneuerbare Energien werden zu Renditequellen, unabhängig davon, ob sie sinnvoll genutzt werden können oder nicht. Strom wird zu Negativpreisen abgegeben, Anlagen werden vorübergehend abgeschaltet – und Investoren werden entschädigt. Bezahlt von einem System, das die Kosten nach unten weiterreicht. Zu den Menschen, die nicht spekulieren, sondern einfach nur leben wollen.

Ich arbeite für mein Geld. Andere lassen Geld für sich arbeiten. Und wir tun so, als

wäre das derselbe Einsatz. Aber es ist nicht derselbe Einsatz. Die einen riskieren Kapital. Die anderen tragen die Konsequenzen. Und das Problem sind nicht die Menschen, die dieses System nutzen. Der Mensch folgt Anreizen. Das hat er schon immer getan. Das Problem ist, daß wir in einem System leben, in dem sich Verantwortung nicht lohnt – aber Rendite immer. Ein System, das Wachstum belohnt, selbst wenn dieses auf Kosten von Stabilität geht, das Gewinne privatisiert und Folgen kollektiv verteilt.

Es geht nicht nur um Geld. Es geht um Lebensgrundlagen. Und die sind längst Teil des Spiels geworden.

**Sabine Hahn**  
Lößnitz

## Flachwasser

Müde bin ich vom Tag. Heute Abend fange ich nichts Neues an – zwanghaft schalte ich die Glotze ein. Mal sehen, was kommt? Wie immer: ein Krimi nach dem anderen. Irgendwie ist immer jemand tot, als stereotypischer Plot für eine Resterzählung. Frauen sind die neuen Ermittler, jedoch ohne daß Fälle und Geschichten besser oder wenigstens charmanter würden. Abend für Abend reiht sich vom Vorabendprogramm bis weit in die Nacht eine Leiche an die andere. Der Versuch, diese pro Abend zu zählen, hat zu einem numerischen Gewicht von einem halben bis zu einem ganzen Dutzend geführt – im Durchschnitt. Ansonsten sollen die, die meistens nichts zu lachen haben, sich allabendlich im allereinfachsten Milieu wiederfinden, weshalb sie am naheliegendsten verwiesen werden auf die Sphären, die einer Ermüdung des Geistes am ehesten entsprechen. Das soll gelingen auch mit Fäkalsprache und vulgären Schimpfwörtern in Kaskade gegen Männer. „Überaus lustig!“ müssen irgendwelche hellen Köpfchen in Redaktionsstuben gedacht haben. Satire soll sich das Format nennen dürfen.

„Spaß“ für Arbeitende, die müde gemacht sind – wobei, das stimmt nicht ganz: manchmal hat auch die Frau des Sparkassendirektors nichts Gutes im Schilde geführt, so daß ein Gefühl der Genugtuung ein ganz klein wenig aufkommen mag. Immerhin soll gelten, daß diesseits der Grenze Mord strafbar ist – zumindest, wenn er außerhalb der Mafia passiert,

und Tante Inge und Onkel Hans-Dieter sind mit einfachstem Instinkt gut betreut. Die Lückenhaftigkeit allgegenwärtiger Hygienevorschriften wird mir bewußt, so daß ich den roten Knopf am Gerät bediene mit der Frage, was wohl der richtige Therapieansatz gegen korrumpierte Mörder am normalen Menschenverstand sein möge. Nachrichten, Dokumentation mit Hitlerei und orchestrierte Gesprächsrunden zwischen plappernden Rund- und Spitzköpfen bergen hohes Potential zur Steigerung des Blutdrucks. Der bleibt nicht stabil, wenn Mord außerhalb der Grenzen dieses Landes „Verteidigung“ von „Freiheit“ und „Werten“ heißen und vaterländischer wie soldatischer Pflicht entspringen soll. Geistige Hygiene kann nicht teilbar sein!

In der Not suche ich nun doch etwas zum Lesen. Auf dem Weg zu einem der Bücherregale fällt der Blick auf den Tisch mit Zeitungen, die in den letzten Tagen liegengeblieben sind. In einer neuen Wochenzeitung für Ostdeutschland läßt sich ein Beitrag finden mit dem Titel: „Wie die Literatur der DDR verschwand“. Der Autor räumt einer ostdeutschen Selbstwahrnehmung legitime und nützliche Gründe ein. Gelten soll aber nur die Literatur, die „ein permanenter Störfaktor“ war und nennt die Namen von Autoren wie Christa Wolf, Erich Loest, Ulrich Plenzdorf und Heiner Müller. Jene Namen von Autoren, denen „der Sinn eher nach Fürstenerziehung als nach Abschaffung“ (der DDR) standen, „sind zu übergehen“.

Punkt. Die Namen von Brecht, Seghers, Hermann Kant, Becher etc. sind dem Autor keine Erwähnung wert. Die können weg – wird damit gesagt. Genervt lege ich die Postille aus der Hand. In einer anderen Ausgabe dieser neuen Zeitung kann ich einen Text von Volker Braun aufschlagen, der die US-Basis in Rammstein als „Pestbeule in Deutschland“ geißelt mit allen dazugehörigen Konsequenzen. Wohltuend – endlich. (Schade, daß sein „Wende“-Stück „Die vier Werkzeugmacher“ keine Erwähnung findet.)

So erfahre ich einerseits eine neue Farbe in der Presselandschaft, die mehr als überfällig war. Andererseits scheinen wir trotz dieser Bemühung mit dieser neuen Zeitung das Bekämpfen der historischen Legitimität der DDR nicht aus dem Pelz zu kriegen. So ist diese Zeitung eine halberzige Wanderung zwischen den Welten. Sympathisch – aber unvollständig.

Einen Diener zweier Herren hat die Geschichte schon immer in Verlegenheit gebracht – so geht es mir durch den Kopf, als ich nun doch an mein Bücherregal trete und mir eine alte Schwarte nehme, von der ich mir Wahrhaftigkeit in Sujet und Sprache verspreche. Es gelingt.

Am nächsten Tag nimmt der Kollege Klaus-Dieter das Wort, um mitzuteilen, daß dieses Land verblödet. Damit faßt er zusammen, was er gestern Abend an geistiger Nahrung aufnehmen durfte. Immerhin weiß er jetzt, daß er im „Spiel“ ist.

**Dr. Peter Fellenberg**  
Leipzig

## „Sozialismus ist die beste Prophylaxe“

Die Art, wie eine Gesellschaft mit Fragen der Gesundheit umgeht, gibt einen guten Eindruck von ihrem allgemeinen Charakter. Mit welcher Relevanz die gesundheitlichen Lebensbedingungen der Menschen geschützt werden, wie alle Menschen dabei gleichermaßen bedacht sind und sich die Gesundheitsversorgung nach den realen Bedürfnissen der Menschen richtet, zeichnet ein Bild von den gegebenen sozialen und politischen Verhältnissen. Angesichts der vielen Diskussionen, wie das Gesundheitswesen der BRD „effizienter“ aufzustellen oder gar kriegstüchtig gemacht werden könnte, fühlen wir das heute besonders schmerzlich. Wir erleben einen Generalangriff des Kapitals auf das Sozialsystem, der unser Gesundheitssystem regelrecht erschüttert. Man will Mittel für Militär und Rüstung freigekommen und streicht überall. Nicht nur im medizinischen Bereich, sondern auch in den angrenzenden Bereichen wie Arbeitsbedingungen, Ernährung, Wohnverhältnisse, Bildung, soziale Beziehungen, Freizeit und Kultur. Also überall dort, wo die Grundlagen für die physische und psychische Gesundheit der Menschen entstehen.

Die Internationale Forschungsstelle DDR hat unter der obigen Überschrift eine Studie über Leistungen des Gesundheitswesens der DDR vorgelegt. Die zeigt, daß schon unter den Bedingungen eines gerade erst entstehenden Sozialismus im Gesundheitswesen Leistungen möglich waren, die aus heutiger Sicht regelrecht erstaunlich sind. Im Kapitalismus, wir erleben das seit vielen Jahren, muss sich der Gesundheitsschutz im ständigen Kampf gegenüber privaten wirtschaftlichen Interessen behaupten. Das Handeln auch in der öffentlichen Gesundheitsversorgung wird maßgeblich von Interessen der Privatwirtschaft bestimmt oder muß sogar gegen ihren Widerstand erkämpft werden. Wachsende Teile der Versorgung sind dem Diktat des Marktes ausgeliefert. Die wichtigste Leistung deutscher Gesundheitspolitik besteht seitdem darin, eintretende Verschlechterungen als zukunftsorientiert zu verbrämen und gesundzubeten.

Im öffentlichen Diskurs wird das bestehende Niveau der Gesundheitsversorgung stets hoch gelobt, teilweise sogar von einer Überversorgung gesprochen. Dabei werden heute weder die vorhandenen Potentiale ausgeschöpft, noch ist dieses Leistungsniveau allein der Wirtschaftskraft der BRD oder positiven medizinischen Traditionen geschuldet. Es waren vor allem die über Jahrzehnte durchgesetzten sozialen Forderungen der Gewerkschaften und anderer demokratischer Kräfte, die Mindeststandards und eine Grundversorgung erkämpften, die heute permanent verteidigt werden

muß. Ärztinnen, Ärzte, Gesundheitsarbeiterinnen und -arbeiter aus anderen Ländern werden inzwischen gebraucht, um das deutsche Gesundheitswesen einigermaßen stabil zu halten. Zunehmend sind es die wirtschaftlich schwachen Regionen der Welt, die das Gesundheitssystem der reichen BRD nicht kollabieren lassen. Die Schwächsten der Welt sind zum Sozialamt der BRD geworden.

In den 40 Jahren ihres Bestehens vermochte die DDR ein grundsätzlich anderes Gesundheitswesen aufzubauen. Obwohl sie stets aus einer wirtschaftlich stark benachteiligten Position heraus handeln mußte, konnte die DDR beeindruckende Erfolge auf dem Ge-



Maxim Zetkin (1883–1965)

biet der Gesundheit vorweisen. Was die gesundheitliche Lage der Bevölkerung und die Leistungen des Gesundheitswesens der DDR am Ende ihres Bestehens angeht, wies sie bei wichtigen internationalen Vergleichsziffern gute, ja in einzelnen Parametern Spitzenwerte auf, beispielsweise bei der Ärztedichte, in der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und der Tuberkulose. Und das, obwohl der bauliche Zustand manches Krankenhauses schlecht war, Verbrauchsmaterialien knapp waren und es durch die wirtschaftlichen Sanktionen des Westens auch Engpässe bei einzelnen Importmedikamenten oder moderner Medizintechnik gab. Der programmatische Titel „Der Sozialismus ist die beste Prophylaxe!“ wird dem Arzt und Gesundheitspolitiker Maxim Zetkin (1883–1965) zugesprochen. Zetkin, Sohn der internationalen Frauenrechtlerin und Kommunistin Clara Zetkin, spielte eine wichtige Rolle beim Aufbau des DDR-Gesundheitswesens. Die entscheidende Voraussetzung war

die Verstaatlichung der Einrichtungen des Gesundheitswesens, verbunden mit einem später in den Verfassungen der DDR verankerten Recht auf den Schutz der Gesundheit und kostenlose medizinische Behandlung. Eine einheitliche Sozialversicherung half durchzusetzen, daß der Schutz der Gesundheit Aufgabe der gesamten Gesellschaft war. Medizinische Erfordernisse unterlagen keinen Kapitalinteressen. Das war der eigentliche Kern des Neuen. Früher hatten privat niedergelassene Ärztinnen und Ärzte spüren müssen, daß das Unternehmertum den Anforderungen einer fortschrittlichen Medizin zuwiderläuft, wie wir das heute bei Arztbesuchen ständig bestätigt finden. In der DDR dagegen konnten alle Fragen der Gesundheit einheitlich dem Staat und seinen demokratischen Entscheidungsstrukturen unterworfen werden. Die krankheitsvorbeugende Perspektive wurde zum leitenden Anspruch. Gesundheitsschädliche Bedingungen in den Lebens- und Arbeitsverhältnissen der Menschen sollten erkannt und nach Möglichkeit bekämpft werden. Die DDR förderte diesen gesamtgesellschaftlichen Blick auf die Gesundheit mit eigenen wissenschaftlichen Strukturen für die Sozial-, Arbeits- und Kommunalhygiene. Die Ausrichtung auf den Gesundheitsschutz in den Betrieben und für Kinder und Jugendliche sowie auf ein modernes Konzept der ambulanten Versorgung – das poliklinische Prinzip – brachte das konzentriert zum Ausdruck.

Die heute in kapitalistischen Ländern vielerorts bestehende strukturelle Trennung zwischen dem öffentlichen Gesundheitsdienst als staatlich finanziertem und in der Tendenz schwachem Bereich und dem großen Bereich der privaten ambulanten und Krankenhausbetreuung war in der DDR komplett überwunden. Die Beseitigung der unterschiedlichen Eigentumsformen ermöglichte die fachliche und organisatorische Einheit von vorbeugenden, therapeutischen und nachsorgenden Maßnahmen. Die enge Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Ein- und Fachrichtungen des Gesundheitswesens – von der lokalen ambulanten und allgemeinmedizinischen Betreuung bis zur spezialisierten stationären Behandlung – wurde zu einem enorm großen Vorteil für eine komplexe Gesundheitsversorgung. Großer Wert wurde auf eine fachlich plausible und für die meisten Bürger gut erreichbare Krankenhausbetreuung gelegt. Das abgestufte System sah die Grundbetreuung in städtischen und kommunalen Kreiskrankenhäusern vor, spezialisierte Betreuungen hingegen in der Regel in den Bezirksstädten, Hochspezialisiertes an Universitäten und speziellen Einrichtungen. Das war ein riesiger Vorteil gegenüber dem heutigen

System der Krankenversorgung, bei dem es inzwischen vorrangig um die Schließung von Kliniken geht, die angeblich nicht effizient genug wirtschaften. Wir erleben: Da geht es nicht um das Wohl der Patienten, es geht ums Geld. Die DDR führte das System einer einheitlichen gesetzlichen Sozialversicherung ein, die die alte Zersplitterung und zum Teil gewerbliche Ausrichtung der Krankenversicherung überwand. Auch deshalb konnte die komplett unentgeltliche Versorgung im Gesundheitswesen inklusive der Bereitstellung von Medikamenten stabil abgesichert werden. Heute wäre das ein Traum. Das Gesundheitswesen war ein hochkomplexer gesellschaftlicher Bereich, in dem fast 600 000 Menschen arbeiteten. Zu ihm

gehörten auch medizinische Lehr- und Forschungseinrichtungen, eine Reihe von Spezialinstituten, ein System der Schnellen Medizinischen Hilfe, aktive medizinisch-wissenschaftliche Gesellschaften, das ärztliche Begutachtungswesen, Einrichtungen der Gesundheitsaufklärung und Gesundheitserziehung wie das international renommierte Deutsche Hygienemuseum in Dresden, medizinische Verlage und Fachzeitschriften und nicht zuletzt eine leistungsfähige pharmazeutische Industrie. Das Industriekombinat GERMED produzierte in 13 Betrieben und drei Forschungsinstituten mit etwa 15 000 Beschäftigten 1300 verschiedene Humanpharmaka. Die deckten 80 bis 90 % des Arzneimittelbedarfs der DDR komplett ab.

Heute bringen die Pharmakonzerne dutzende Male so viele Medikamente auf den Markt, ohne dass das ihren Nutzen erhöhen würde. Natürlich hatten wirtschaftliche Begrenzungen auch Auswirkungen im Gesundheitswesen. Dennoch blieb es ein hervorragendes Merkmal sozialistischer Gesundheitspolitik, dass sie sich auch unter schwierigen Bedingungen immer die Perspektive auf die Patienten, die Vorbeugung vor Krankheiten und den Blick darauf bewahrte, dass die Gesunderhaltung der Menschen eine zentrale Aufgabe sozialer Politik ist.

**Zetkinforum**

Bearbeitet von Achim Seider

Die komplette, sehr lesenswerte Studie ist unter „ifddr“ einsehbar.

## Bundesregierung plant Sozialkahltschlag für Kriegsvorbereitung Mutmacher gesucht

„Er hat das so nicht sagen wollen.“ Ende April nahm die SPD-Vorsitzende Bärbel Bas den Bundeskanzler in Schutz. Wenig vorher hatte Friedrich Merz (CDU) erklärt, die gesetzliche Rente werde in Zukunft nur eine „Basisabsicherung“ sein. Der angebliche Lapsus des Kanzlers reiht sich ein in die Diskussion eines Kahltschlagprogramms, von dem auch die Rente nicht verschont bleiben wird. Jeden Tag gibt es neue Vorschläge für „mutige Strukturreformen“, wie das die Unionsfraktionen auf ihrer Klausur genannt haben. Gemeint ist der Griff in die Taschen der Menschen in diesem Land. Dafür setzt die Regierung aus CDU und SPD viel Kreativität und im Hintergrund vermutlich zahlreiche und teure Beraterfirmen ein. 20 Milliarden Euro etwa sollen bei der Gesundheit der Bevölkerung gespart werden – in einem Jahr. Das heißt: höhere Beiträge für alle Lohnabhängigen bei sinkenden Leistungen und noch mehr Druck auf die Beschäftigten im Gesundheitssystem. Vizekanzler Lars Klingbeil (SPD) bemüht sich, den Streichungsvorschlägen aus der Union nachzueifern. Der Rest der Partei ist darum bemüht, den Menschen zu erklären, daß das alles nötig und nur zu ihrem Besten sei. Bis auf eine Ausnahme – Boris Pistorius gibt nicht nur das Geld mit beiden Händen aus. Er erklärt auch, warum er immer mehr Geld benötigt. Und zusätzlich noch Deutschlands Jugend. Er will die stärkste konventionelle Armee Europas haben. So zumindest steht es in der neuen Militärstrategie der Bundeswehr – Details geheim. „Die Welt ist unberechenbarer geworden – und man muß

auch sagen: gefährlicher“, meint Pistorius. Gemeint sind damit nicht die USA. Die haben seit Jahresbeginn Venezuela überfallen und dessen Präsidenten entführt, betreiben eine mörderische Blockade gegen Kuba und

Pflege- und Rentenversicherung ab. Mehr als 80 Prozent finden die Wohlstandsverteilung in Deutschland ungerecht. Wenn es nach ihnen ginge, würde die Vermögensteuer wieder eingeführt und die Erbschaftsteuer erhöht. Zur Reform der Alterssicherung unterstützen knapp 90 Prozent die Einbeziehung aller in die gesetzliche Rente.

Das Auseinanderklaffen der hinter dieser Umfrage stehenden Interessen der Mehrheit und dem Handeln der Regierung ist wohl die Ursache für die desaströsen Beliebtheitswerte von Merz und Co.

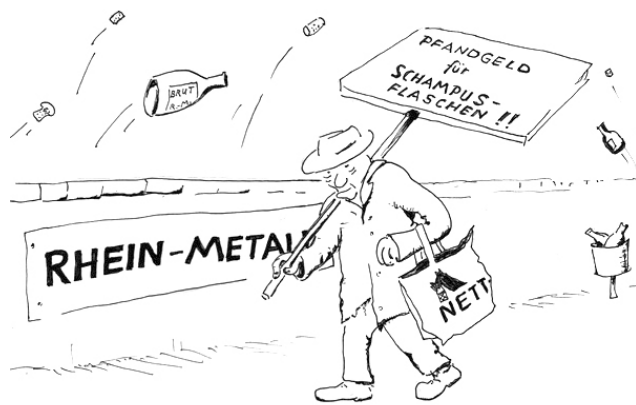
Die zentrale Frage umschiffte die ARD allerdings in ihrer Umfrage: Bei den Menschen gespart wird für Hochrüstung und Krieg. Um diesen Zusammenhang drückten sich auch die Gewerkschaftsspitzen am 1. Mai. Sie lassen sich von Pistorius die Bedrohungsflüge erzählen und von Bas weismachen, es sei alles nicht so gemeint.

Die Gewerkschaftsbürokratie klammert sich an die untergehende SPD in Regierungsverantwortung. Damit lähmt sie einen angesichts der Angriffe notwendigen Massenwiderstand.

Deshalb braucht es Mutmacher für Widerstand. Die ermutigen, ein Sandkörnchen im Kriegsgetriebe zu sein. Die ermutigen, „Nein“ zu sagen und für seine Interessen einzustehen. Mutmacher wie die Beschäftigten der Vivantes-Töchter in Berlin, wie die Jugendlichen, die die Schule bestreiken, weil sie kein Kanonenfutter für fremde Interessen sein wollen, oder wie die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gegen Aufrüstung und Krieg.

**Björn Blach**

UZ, 1.5.2026



1. Mai-Nachlese

wollten sich Grönland einverleiben. Zuletzt haben sie zusammen mit Israel den Iran völkerrechtswidrig angegriffen und damit eine Wirtschaftskrise ausgelöst. Gegen Rußland wird Krieg vorbereitet – nicht zur Verteidigung. Langfristig wolle man Überlegenheit herstellen.

Doch die Kriegsmaschinerie hakt. Bisher sind es noch einzelne Sandkörnchen. Etwa die 2656 Menschen, die im ersten Quartal laut Bericht der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ den Kriegsdienst verweigert haben, nachdem zum 1. Januar die verpflichtende Musterung für den – noch – freiwilligen Wehrdienst wieder eingeführt wurde. Im gesamten letzten Jahr verweigerten knapp 4000 Menschen.

Laut einer aktuellen ARD-Umfrage lehnt die große Mehrheit Einschnitte bei Kranken-

## AUS DEM „ROTFUCHS“-ARCHIV

## Die Blinden

**W**ie leben in einer Gesellschaft, in der die meisten Menschen glücklich und stark erscheinen, die schon von Natur aus Benachteiligten, die wahrscheinlich weder gesund noch stark sein können?

Ich fuhr am Morgen hinaus in die Blindenanstalt. Der Direktor war nicht sehr beglückt von dem Besuch; er stand vor dem Umzug in ein neues Gebäude. Es widerstand ihm, dem Besucher die alte, für seinen Begriff ungenügende Arbeit zu zeigen. Die erste Klasse, in die wir gingen, hatte Naturgeschichtsunterricht. Reptilmodelle gingen von Hand zu Hand und wurden von allen befühlt. Die Finger krochen um alle Windungen der Blindschleichen, über die Panzer der Schildkröten. Es gab auch Tiere, bei denen das Abtasten länger dauerte, bis auf den Gesichtern der Schüler ein Ausdruck von Erkennen entstand.

Es gibt auf der ganzen Welt ergebene, ja grandiose Blindenlehrer. Es gibt in der Schweiz, in Skandinavien, in den Vereinigten Staaten, in vielen Ländern ausgezeichnete Blindenanstalten, in denen die besten Lehrer die besten Methoden anwenden. Die Kinder in dieser Schule liebten sie für ihr ganzes Leben, wie allerorts Kinder, zumal die blinden, die Schule lieben, in der sie Liebe empfangen haben. Wenn sie als Erwachsene hierher zurückkommen, befühlen, erkennen, umarmen sie heiß die im Treppenhaus aufgestellten, ausgestopften Füchse und Bären, die ihre Spielkameraden gewesen sind.

Der kleinste Teil von ihnen ist blind geboren. Die meisten sind durch Krankheit oder Unfall erblindet. Es gibt auch einige, die ihr Augenlicht im Krieg verloren, bei Bombardements oder als ganz junge Soldaten, die hier die ältesten Schüler sind.

Da keine Bilder, aber Plastiken ihnen zugänglich sind, hängen sie an den Reliefdarstellungen und an den Skulpturen der Menschen, die etwas für sie bedeuten. Über den Skulpturen von Menschen, mit deren Bildnissen die Kinder vertraut gemacht werden sollen, hängen ihre Fotos, so daß die Kinder bei der Erwähnung oder Beschreibung der Namen daran gewöhnt sind, sie sich vorzustellen. Die Wände der Klasse tragen, wie alle Sowjetschulen, Spruchbänder mit den bekannten Losungen und Fahnen mit Hammer und Sichel und mit den Emblemen der einzelnen Sowjetrepubliken. Die Kinder beschreiben sie. Sie wissen wie allerorts über ihr Klassenzimmer Bescheid.

Im Physik- und Werkunterricht werden sorgfältig für den besonderen Lehrzweck hergerichtete Apparate benutzt, an denen die Skalen in Blindenschrift angebracht

und alle sonst optisch erklärbaren Gesetze ins Fühlbare übertragen sind, wie der Wasserstand bei den kommunizierenden Röhren. Das gibt es gleichfalls in einzelnen Schulen einzelner Länder. Es fragt sich, wer hier die Schüler sind und was sie mit dem Gelernten später anfangen können. Das übliche Basteln und Strohflechten spielt nur eine geringe Rolle. „Wir stehen hier auf dem Standpunkt, daß der Blinde lernen kann, was der Sehende lernen kann. Daß er in unserer Gesellschaft im Wechselverhältnis zu seinen Mitmenschen an dem mitwirken



Olga Skorochodowa (1911–1982)

kann, woran alle anderen mitwirken.“ Ich kannte eine Frau, die war Blindenlehrerin in Madrid. Ihr Lieblingsschüler, ein aufgeweckter, begabter Junge, hatte schließlich die Schule beendet. Er mußte ins Leben hinaus. Der Abschied war verzweifelt. Die Lehrerin traf ihn ein paar Wochen später wieder. Der Knabe saß an einer Straßenecke. Er besserte die zerrissenen Strohstühle aus, die man ihm aus Mitleid brachte. Er hatte in der Schule enthusiastisch Musik gelernt, enthusiastisch die Blindenlektüre aus verschiedenen Fächern verfolgt. Die Lehrerin ging traurig weg, ohne sich bemerkbar zu machen. Seine Eltern hatten nicht mehr die Möglichkeit, aus eigenen Mitteln ihn mit demselben Lehrstoff weitererziehen zu lassen. Was hätte dem Jungen, der jetzt nur ein blinder Bettler war, die Erinnerung an die Schulzeit genützt, an die Fürsorge einer Lehrerin, die seinen Kopf ein paar Jahre lang mit Erkenntnissen und Gedanken gefüllt hatte? Der Direktor führt eine Kartothek über den Lebenslauf seiner Schüler, die die Anstalt

verlassen haben. „Für mich und, wenn ich nicht mehr lebe, für meine Nachfolger.“ Denn jedes Kind bleibt im Zusammenhang mit seiner Schule. Sein Leben wird nach der Entlassung genau verfolgt. Die Schule bleibt auch in Verbindung mit seiner Umgebung und seiner Familie. Sie tritt rechtzeitig vor der Entlassung in Beziehung zu der Gesellschaft der Blinden, die sich in dieser Zeit mit besonderer Sorgfalt des jungen Menschen annimmt, damit der Übergang von der Schule in das Alltagsleben keine Depression verursacht. Die im Vorjahr Entlassenen haben ganz verschiedene Wege gewählt. Nur wenige blieben daheim und beschäftigten sich im Haushalt. Andere gingen in die Fabrik, z. B. Textil, Feinmechanik, andere ins Handwerk. Man hat einigen die speziellen Apparate überlassen, an die sie durch den Werkunterricht der Schule gewöhnt waren. Manche werden Musiker. Ein paar gehen zur Universität. Der Lehrplan der Blindenschule in Moskau sieht ein Jahr länger vor für das gleiche Pensum als für die gewöhnlichen Schulen. Wer durch sein Examen zur Universität berechtigt ist, hat Anspruch auf einen persönlichen Vorleser, den ihm der Professor für jedes Werk stellt, das nicht in Blindenschrift übertragen ist.

Die alten und neuen Sowjetautoren werden wie die Übersetzungen aus fremden Sprachen sofort in Blindenschrift herausgegeben. Der Lesesaal der Blindenschule ist gestopft voll. Die erhabenen Buchstaben nehmen, in beängstigend schnellem Abgleiten der Finger, rascher Gestalt an als irgendwo sonst beim Lesen. Die stumpfen Blicke erwachen vor Spannung, obwohl sie nicht auf die Bücher gerichtet sind. Die Gesichter werden von einem Licht erhellt, das nicht von unserem Schatten getrübt wird. Die Wahl des Lesestoffs weicht etwas ab von den in den meisten Schulen bevorzugten Autoren. Man liebt zwar auch hier Reiseberichte und Abenteuer, sie treten aber hinter Romanen und historischem Stoff zurück.

Der Musikunterricht, der Soli und Chöre gerade zum ersten Mai vorbereitet, die Wandzeitung in Blindenschrift, der Gymnastiklehrer, der das Wurfziel durch Klopfen auf den schwarzen Punkt angibt, das alles macht die Kinder bereit zu einem glücklichen Leben mit allen Menschen. Auch auf sie gilt die Inschrift im Entbindungssaal der Frauenklinik: Ein jeder Mensch sei ein willkommener Gast am Tische des Lebens! Die Pioniergruppe dieser Schule besucht frühzeitig die Gruppe des gleichen Bezirks. Die Kinder gewöhnen sich wechselseitig an Anpassung und an Fürsorge.

Der Direktor arbeitet seit 1921 im Blindenunterricht. Bis zu diesem Jahr in gewöhnlichen Schulen. Seine zwei Assistentinnen sind beinahe ebenso lange in der Blindenschule. „Wir halten die Gesetze für sinnlos, die die Rechte der Blinden in ihren Berufen, in Eheschließungen, in der Nachkommenschaft usw. beeinträchtigen. Die meisten heutigen Ursachen der Erblindung kommen ins Schwinden. Je mehr der Mensch die Natur beherrscht, je vollkommener seine Kenntnisse werden, je geringer seine Unzulänglichkeit, desto mehr verschwinden die Ursachen der Erblindung:

Krieg, Unfall, Krankheit usw. Desto besser werden die Ärzte verstehen, die vorhandenen Krankheiten zu bekämpfen. Ich sehe schon die Zeit nahe, in der ich und meine Assistentinnen arbeitslos werden.“

Die Biographie einer Helen Keller, der taubstummen Blinden, die einer jungen Lehrerin ihre Erziehung verdankte, ist in Amerika und Europa bekannt. Das Buch hat Pädagogen beeinflusst. Die Montessori hat aus ihm, wie sie schreibt, gelernt, „den eingekerkerten Menscheng Geist durch die Erziehung der Sinne zu befreien“.

Es gibt ein entsprechendes sowjetrussisches Buch (Olga Skorochodowa: „Wie ich der Umwelt teilhaftig werde“ [Eine deutsche Ausgabe erschien 1951 im Verlag Kultur und Fortschritt unter dem Titel „Jenseits der Nacht“. RF]). Darin berichtet eine für viele, wie eine neue Gesellschaft „den eingekerkerten Menscheng Geist“ ihrer Schwachen und Blinden befreit.

Anna Seghers

„Die neue Gesellschaft“, Berlin, Heft 5/6-1948 (2. Jahrgang)

## Karl Marx und Friedrich Engels haben lateinische Autoren fließend gelesen

Seit dem Frühkapitalismus hat sich in Europa Latein als Visum der Humanisten durchgesetzt. Die Dom- und Klosterschulen wurde durch städtische Lateinschulen für das Bürgertum ergänzt und schließlich zu Gymnasien mit Unterricht in Latein und Altgriechisch transformiert. Das Bestehen der Reifeprüfung an solchen höheren Schulen öffnete den Zugang zu den Universitäten. Wilhelm von Humboldt (1767–1835) hat davon geträumt, daß mit der gymnasialen Bildung ein neuer Humanismus in die Welt kommen werde. Karl Marx (1818–1883) hat für seine gymnasiale Reifeprüfung in Trier (24. September 1835) Mitte August 1835 die Abiturarbeit über seine Betrachtung betreffend Berufswahl und über die Frage „Zählt man das Prinzipat des Augustus mit Recht zu den glücklicheren Zeiten des Römischen Reiches“ lateinisch geschrieben. (1) Nach dem ersten Jahr seines Rechtsstudiums in Berlin schreibt Karl Marx seinem als Jurist tätigen Vater Heinrich Marx (1777–1838) nach Trier, daß er für sich selbst die „Germania“ von Publius Cornelius Tacitus (um 55–um 120 u. Z.) und von Ovid (43 v. u. Z. – um 18. u. Z.) dessen Klagelieder übersetzt habe. (2) Mit Tacitus, dem die Germanen mehr bedeutet haben als die Juden („despectissima pars servientium“), ist er bei dieser Gelegenheit in keinen Dialog eingetreten. (3) Seine als Student der Rechte 1840 bis März 1841 in deutscher Sprache niedergeschriebene Dissertation „Differenz der demokratischen und epikureischen Naturphilosophie nebst einem Anhang“ erarbeitete Karl Marx mit seinen in eigenen Heften erhalten gebliebenen Exzerpten aus den lateinischen und griechischen Originalschriften. (4) Seine Sympathie für das Anliegen von Epikur (342/41 v.u.Z.–271/70), den Menschen vom Aberglauben zu befreien, ist erkennbar und deshalb ist dieser für ihn „der größte griechische Aufklärer“. (5)

Friedrich Engels (1820–1895) hat, obschon ein besonders begabter Liebhaber und Übersetzer lateinischer und griechischer Texte, das Gymnasium in Elberfeld auf Anordnung seines Vaters vor dem Abitur verlassen müssen (1837). Karl Marx und Friedrich Engels haben mit ihrem in der zweiten Februarhälfte 1848 in London in deutscher Sprache und ohne Verfasserangabe publizierten, dreißigseitigen Pamphlet „Manifest der Kommunistischen Partei“ eine die Einzäunung des schulischen Denkens durchbrechende welthistorische Perspektive aufgezeigt.

Ob Einsichten in das Denken des römischen Schriftstellers und Politikers Marcus Tullius Cicero (106–43 v.u.Z.) für Karl Marx und Friedrich Engels konkret inspirierend waren, läßt sich nicht sagen. Das fragmentarisch erhalten gebliebene staatsphilosophische Werk von Cicero „De re publica“ handelt vom Gemeinwohl und beinhaltet den Satz (1, 51): „Denn Reichtum, Name, Macht ohne Einsicht und Maß im Leben und in Befehlen anderer sind voll von Schande und frechem Hochmut, und es gibt keine häßlichere Erscheinungsform eines Staates als jene, in der die Reichen für die Besten gehalten werden“. Das 2013 veröffentlichte Buch „Lob des Kommunismus. Alte und neue Weckrufe für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen“ erinnert an Cicero, weil dessen Schrift im Deutschen den Titel „Vom Gemeinwohl“ haben müßte. (6) „Leset den Cicero!“ hat auch Karl Marx einmal gemeint. (7)

Das „Kommunistische Manifest“ von Karl Marx und Friedrich Engels wurde aus der deutschen Sprache in alle Welt Sprachen übersetzt. Eine lateinische Übersetzung konnte nicht festgestellt werden. In China fanden seit Ende des 19. Jahrhunderts einige Passagen aus dem „Manifest“ Verbreitung. Im August 1920 hat dieses der Kommunist Chen Wangdau (1891–1977) ganz übersetzt und herausgegeben. Ab dieser

Erstübersetzung folgten mehrere und bessere Übersetzungen. Zum 100. Jahrestag des „Kommunistischen Manifests“ hat das Büro für Ausländische Literatur der Sowjetunion in Moskau 1948 von seinen chinesischen Mitarbeitern eine chinesische Übersetzung des deutschen Originals mit allen späteren Vorworten herausgegeben. Renxiang Jiang aus Peking schreibt 2009, daß in China die Beschäftigung mit dem „Manifest der Kommunistischen Partei“ zum Kern der Führung der Kommunistischen Partei Chinas gehört.

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler

Redaktionell gekürzt

Langfassung des Beitrags in „Zeitung der Arbeit“, Wien, 2.4.2026

[1] Karl Marx / Friedrich Engels: *Ergänzungsband. Schriften. Manuskripte. Briefe bis 1844. Erster Teil.* Dietz Verlag Berlin 1981, S. 591–594 und 595–597; vgl. N. I. Lapin: *Der junge Marx.* Dietz Verlag Berlin 1974.

[2] *Ebenda*, Brief vom 10. November 1837, S. 3–12, hier S. 8.

[3] *Lexikon des Judentums.* Chefredakteur John F. Oppenheimer, New York. C. Bertelsmann Verlag Gütersloh 1967, Sp. 791; P. Cornelius Tacitus: *Die Historien. Kommentar von Heinz Heubner.* Band V. Fünftes Buch von H. Heubner und W. Fauth. Carl Winter Universitätsverlag Heidelberg 1982. Vgl. Karl Marx: *Zur Judenfrage.* MEW 1 (1972), S. 347–377.

[4] *Ebenda*, S. 257–373.

[5] *Ebenda*, S. 305.

[6] Hg. Wolfgang Beutin / Hermann Klenner / Eckart Spoo: *Lob des Kommunismus. Alte und neue Weckrufe für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen.* Ossietzky Verlag Hannover 2013, S. 8,

[7] MEW 1 (1972), S. 91; dazu z. B. Hermann Klenner: *Über Marxens Religions- und Rechtskritik.* UTOPIE kreativ H. 84 (Oktober 1997), S. 5–10.

# Erinnerung in Kassel an ein Kriegsende-Verbrechen

Die Kreisvereinigung Kassel der VVN-BdA und die italienische Partisanenorganisation ANPI; Sektion Frankfurt/M. erinnerten Ende März 2026 in der Nähe des Bahnhofs Kassel-Wilhelmshöhe an ein sogenanntes Kriegsende-Verbrechen, von denen es im Frühjahr 1945, in der Agonie des NS-Regimes im verbliebenen Herrschaftsgebiet der Nazis, eine Vielzahl gab. „Fünf nach zwölf“, als niemand mehr bezweifeln konnte, daß das NS-Regime am Ende war und der propagierte „Endsieg“ niemals kommen würde, gab es Morde an KZ-Häftlingen auf den Todesmärschen, an Verfolgten des NS-Regimes in Haftstätten, an manchen Orten gab es auch Mord an den Deutschen, die sich den heranrückenden Alliierten kampfflos ergeben wollten. Drei solcher Verbrechen fanden alleine in Kassel statt.

Die alliierten Streitkräfte waren bereits in unmittelbarer Nähe der Stadt und es war schon klar, daß Kassel nicht zur „Festung“ erklärt werden konnte, es war also nur noch eine Frage von Tagen, bis die amerikanischen Truppen die Stadt befreit haben würden, da glaubte die Kasseler Gestapo unter ihrem Leiter Franz Marmon, noch weitere Menschen mit in den Abgrund reißen zu müssen.

Am Karfreitag wurden 12 Gestapo-Häftlinge aus dem Zuchthaus Wehlheiden,

die nicht mit der Evakuierung der Haftanstalt verlegt worden waren, aus ihren Zellen geholt und auf dem Wehlheider Friedhof erschossen und anschließend verscharrt. Bis heute hat man nicht die Identität aller Opfer ermitteln können. Wie seit vielen Jahren findet auf dem Wehlheider Friedhof am Karfreitag dazu eine Gedenkveranstaltung statt. Später ließ Marmon noch 28 verbliebene Häftlinge in Breitenau, das damals als „Arbeitserziehungslager“ genutzt wurde, in den Fulda-Bergen hinrichten.

Die VVN erinnerte gemeinsam mit ANPI an die dritte Gruppe, 78 italienische und ein sowjetischer Zwangsarbeiter, die am Ostersonntag, dem 31. März 1945, am Bahnhof Wilhelmshöhe erschossen wurden. Auf einem der Bahngleise stand ein beschädigter Wehrmachtzug mit Lebensmitteln und anderen Gegenständen. Die Waggons des Zuges waren bereits von deutschen Zivilisten aufgebrochen und geplündert worden. Italienische Militärinternierte, die in einem Bau-Zug auf einem Nebengleis untergebracht waren, wurden – wie es in einem Zeugenbericht heißt – von den Zivilisten, die sahen, wie schlecht es ihnen ging, angehalten, sich ebenfalls etwas aus diesem Wehrmachtzug zu besorgen.

Wer den Vorfall meldete, ist nicht bekannt. Fest steht, daß der Leiter der Gestapo-Stelle, Franz Marmon, ein Kommando zum Bahnhof befahl. Die Italiener wurden zunächst in dem Eisenbahnzug eingesperrt und durchsucht. Für Zwangsarbeiter, bei denen man tatsächlich Lebensmittel aus dem Wehrmachtzug fand, war dies das Todesurteil. Sie sollten – auf Anordnung von Franz Marmon – wegen „Plünderung“ hingerichtet werden.

Kurze Zeit später erreichten die amerikanischen Truppen die Stadt – zu spät für diese Opfer der Nazibarbarei.

In diesem Jahr haben ANPI und VVN-BdA gemeinsam eine zweisprachige Broschüre zum Mord an den Zwangsarbeitern am Bahnhof Wilhelmshöhe herausgebracht. Darin finden sich Texte über den Verlauf der Mordaktion und über die italienischen Militärinternierten. Zwei Zeugenberichte zu diesem Verbrechen und eine knappe Biographie des verantwortlichen Gestapo-Mitarbeiters Franz Marmon ergänzen den historischen Teil.

*Die Broschüre kann für 4,00 € (2 € Schutzgebühr + 2 € Versand) bei der VVN-BdA Kassel, Kirchditmolder Str. 11, 34131 Kassel, bezogen werden.*

**Dr. Ulrich Schneider**, Kassel

## Zeitzeugen

*Der Sender RT hat ein Buch mit Erinnerungen Deutscher an Begegnungen mit Sowjetsoldaten veröffentlicht*

Der staatlich verordnete Russenhaß in der BRD hat gegenwärtig wieder einmal das Niveau des Josef Goebbels erreicht. Auf Verlangen des SPD-Kriegsministers soll die gesamte Gesellschaft kriegstüchtig gemacht werden. Der Anteil der Roten Armee an der Befreiung vom deutschen Faschismus wird gelehrt und verfälscht. Wer am 8. oder 9. Mai in Berlin an den sowjetischen Ehrenmalen der Befreier mit Symbolen der Sowjetunion gedenken will, wird schikaniert oder bestraft. Vom größten geplanten Völkermord der Geschichte, dem 27 Millionen Sowjetbürger zum Opfer fielen, wissen die meisten westdeutschen Bundesbürger nichts.

Vor diesem Hintergrund ist der großzügig illustrierte, großformatige Band „Благодарность длиною в жизнь. Dankbarkeit, die ein Leben lang währt“ ein Symbol dafür, daß viele Menschen in diesem Land eine tiefe Bindung an die Sowjetunion und an Rußland haben. Sie wurzelt in Erlebnissen der Kriegs- und Nachkriegszeit. Das Buch,

das am 21. April in der russischen Botschaft in Berlin vorgestellt wurde, erschien in russischer und deutscher Sprache. Es ist das Ergebnis eines Aufrufs des in Deutschland gegenwärtig verbotenen Senders RT.DE an seine deutschen Leser. Er wandte sich zum 80. Jahrestag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg an sie mit der Bitte, ihm Erinnerungen an die Kriegs- und Nachkriegszeit zu senden. Hier sind nun fast 30 Antworten versammelt, darunter nicht wenige von Autorinnen und Autoren, die auch schon im „RotFuchs“ geschrieben haben. Die oft ganzseitigen Abbildungen zeigen bekannte und unbekannte Fotografien sowjetischer Kriegsreporter vor allem aus dem befreiten und in Trümmern liegenden Berlin.

Der russische Botschafter in Deutschland, Sergej Netschajew, sagte bei der Buchvorstellung: „Das ist ein Tagebuch der Augenzeugen, wie es wirklich in der Realität war. Ich möchte mich herzlich bedanken bei diesen Augenzeugen, bei den einfachen Deutschen, die die sowjetischen Soldaten damals im Mai 1945 getroffen haben und ihre Eindrücke in diesem Buch herzlich, offen und aufrichtig mit uns teilen.“

Lassen wir hier Reiner Hesse zu Wort kommen, der bei Kriegsende noch nicht auf der Welt war. Er erinnert sich im letzten Beitrag des Bandes an Erzählungen seiner Mutter und eines Onkels aus der Nachkriegszeit. Er beendet seinen Text mit den Worten: „Es war nicht zuletzt die Solidarität der Sowjetunion, die uns über die schwierigsten Jahre hinweghalf. Liebe Freunde, liebe Mitarbeiter der Redaktion: Unser Teil Deutschlands war der bessere. Und ich gehöre zu denjenigen, die sich für die Befreiung vom Faschismus bei der Sowjetunion/Rußland bedanken möchten.“ Dem ist nichts hinzuzufügen, außer: Es ist keine Selbstverständlichkeit mehr, das im heutigen Deutschland unbefangen zu äußern.

**Arnold Schölzel**

*Благодарность длиною в жизнь. Dankbarkeit, die ein Leben lang währt. Verlag Lira, Sankt Petersburg 2025, 216 Seiten, ISBN 978-5-907727-97-7. Hier der Link zur kostenlosen pdf-Version unter der Internetadresse der russischen Botschaft: [germany.mid.ru/de/aktuelles/pressemitteilungen/pr\\_sentation\\_des\\_buchs\\_dankbarkeit\\_die\\_ein\\_leben\\_lang\\_w\\_hrt/](http://germany.mid.ru/de/aktuelles/pressemitteilungen/pr_sentation_des_buchs_dankbarkeit_die_ein_leben_lang_w_hrt/)*

# „RotFuchs“-Veranstaltungen im Juni

## ■ Regionalgruppe Rostock

**Am Montag, dem 8. Juni, um 18 Uhr, Antifaschistischer Film über Anpassung und Widerstand: „Professor Mamlock“**

**Ort:** Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Etkar-André-Straße 53 A, 18069 Rostock-Reutershagen

## ■ Regionalgruppe Teterow

**Am Dienstag, dem 9. Juni, um 14 Uhr,** Sommergrillen und Gedankenaustausch zur Zerschlagung der ökonomischen Machtbasis der Junker unter dem Motto: „Junkerland in Bauernhand“

**Ort:** Dorfstraße 1, 17166 Dalkendorf

## ■ Regionalgruppe Magdeburg

**Am Dienstag, dem 9. Juni, um 17 Uhr, spricht Wilfried Handwerk zum Thema: Aktuelle Situation in der Ukraine**

**Ort:** Begegnungsstätte „Pik ASZ“, Leipziger Straße 43, (Straßenbahnlinie 9, Haltestelle Fermersleber Weg) 39120 Magdeburg

## ■ Regionalgruppe Halle

**Am Dienstag, dem 16. Juni, um 15 Uhr,** spricht Hans Bauer (Rechtsanwalt), Vorsitzender der GRH, zum Thema: **Meinungsfreiheit in Deutschland – Anspruch und Wirklichkeit**

**Ort:** Sportgaststätte „Motor“, Ottostraße 27, 06130 Halle

## ■ Regionalgruppe Dresden

**Am Dienstag, dem 16. Juni, um 17 Uhr,** spricht der auf Ostasien spezialisierte Politikwissenschaftler und Romanautor Dr. Wolfram Adolph zum Thema: **China in der Weltgesellschaft. Neue Fragen, neue Antworten**

**Ort:** „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

## ■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

**Am Dienstag, dem 16. Juni, um 18 Uhr,** spricht Peter Schulz, Stellvertretender Vorsitzender des Vereins „Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik 1936–1939 e. V.“, zum Thema: **Lehren und Erkenntnisse aus dem Kampf zur Verteidigung der Spanischen Republik von 1936 bis 1939**

**Ab 17 Uhr Besichtigung der Ausstellung „Deutsche auf Seiten der spanischen Republik“**

**Ort:** Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahnener Promenade 38, 12679 Berlin

## ■ Regionalgruppe Schwerin

**Am Donnerstag, dem 18. Juni, um 16 Uhr,** spricht Dr. Joachim Seider (Berlin) zum Thema: **80 Jahre nach dem Vereinigungsparteitag – was bleibt?**

**Ort:** Begegnungsstätte der Volkssolidarität „Quartier Friedrichs“, Friedrich-Engels-Straße 38, 19061 Schwerin

## ■ Regionalgruppe Strausberg

**Am Donnerstag, dem 18. Juni, um 17 Uhr (neue Uhrzeit), Gedenkveranstaltung anlässlich des 85. Jahrestages des Überfalls Deutschlands auf die Sowjetunion. Ist Rußland unser Feind?**

**Ort:** Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Gerhart-Hauptmann-Straße 6, 15344 Strausberg

## ■ Regionalgruppe Rostock

**Am Sonnabend, dem 20. Juni, um 10 Uhr,** spricht Dr. Nadja Rakowitz (Politologin und Medizinsoziologin) zum Thema: **„Wir werden Euch nicht helfen können.“ Gesundheitswesen und Kriegstüchtigkeit – Konsequenzen für die Bevölkerung und das medizinische Personal**

**Ort:** Mehrgenerationenhaus In Via, Danziger Straße 45 D (Straßenbahnhaltestelle Rügener Straße), 18107 Rostock

## ■ Regionalgruppe Cottbus

**Am Sonnabend, dem 20. Juni, um 10 Uhr,** spricht Oberst a. D. Gerhard Giese zum Thema: **Zu den aktuellen Konflikten und den Interessen der Großmächte**

**Ort:** Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

## ■ Regionalgruppe Gera/Altenburg

Der Landesvorstand Thüringen des Deutschen Freidenker-Verbandes und die Regionalgruppe des „RotFuchs“-Fördervereins laden zum **feierlichen Gedenken anlässlich des 85. Jahrestages des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion ein.**

Es sprechen:

- Sebastian Bahlo, Bundesvorsitzender des Deutschen Freidenker-Verbandes

- Dr. Arnold Schölzel, Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins

**Datum: 21. Juni, 11 Uhr**

**Ort:** 07546 Gera, Friedhofstraße 19, Ostfriedhof/Ehrenmal

## ■ Regionalgruppe Bernau lädt ein

• **am 21. Juni, 10 Uhr,** zur Gedenkveranstaltung anlässlich des 85. Jahrestages des Überfalls des deutschen Heeres auf die Sowjetunion.

**Ort:** Gedenkstätte „Ehrenfriedhof der Roten Armee“ in 16321 Bernau bei Berlin, Mühlenstraße, organisiert von den Organisationen im Territoriales Bündnis Bernau bei Berlin;

• **am 27. Juni, 10 Uhr**

zur **Mitgliederversammlung der Regionalgruppe.**

**Ort:** Stadtmauertreff, An der Stadtmauer 12, 16321 Bernau bei Berlin

## ■ Regionalgruppe Güstrow

**Am Donnerstag, dem 25. Juni, um 16 Uhr,** spricht Wilfried Handwerk aus eigenen Erfahrungen zum Thema: **Aktuelle Situation in der Ukraine und ihre möglichen Perspektiven**

**Ort:** Haus der Generationen der Volkssolidarität, Weinbergstraße 28, 18273 Güstrow

## ■ Regionalgruppe Harz

**Am Freitag, dem 26. Juni, um 15 Uhr,** spricht der ehem. Major der Bundeswehr Florian Pfaff, Sprecher des Arbeitskreises „Kritische Soldaten-Darmstädter Signal“ e.V., zum Thema: **Frieden und Sicherheit – Warum wir eine bessere Politik brauchen**

**Ort:** Burchadikloster (Vereinsraum), Am Kloster 1, 38820 Halberstadt

## ■ Regionalgruppe Saale-Orla

**Am Freitag, dem 26. Juni, um 17 Uhr, Aussprache zu aktuellen Fragen unserer Zeit**

**Ort:** Gaststätte „Bayrische Bierstuben“, Schloßstraße 12, 07318 Saalfeld

## ■ Regionalgruppe Leipzig

**Friedenskonferenz**

**Sonnabend, den 27. Juni 2026, 10 bis 16 Uhr in Leipzig**

Veranstalter: Marx-Engels-Stiftung Wuppertal e.V., „RotFuchs“-Förderverein, Kommunistische Plattform und Kommunistische Organisation Leipzig

**Ort:** Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04109 Leipzig

## Veranstaltung im Juli 2026

### ■ Regionalgruppe Treptow-Köpenick

**Am Mittwoch, dem 7. Juli, um 17 Uhr,** spricht Stephan Haube vom Freidenker Verband e. V. zum Thema: **Die Deutschen – ein unverbesserliches Volk?**

**Ort:** Wahlkreisbüro der Partei Die Linke, Brückenstraße 28, 12439 Berlin

### Richtigstellung RF 337, April 2026, S. 5

Das Lied „Ein bißchen Frieden“, das von der Schlagersängerin Nicole interpretiert wurde, ist im gleichnamigen Beitrag versehentlich der Sängerin Marianne Rosenberg zugeschrieben worden. Wir bitten um Entschuldigung.

RF



### **Solidarität mit Kuba – unser aller Herzenssache**

Wie im vorigen Jahr führten wir Mitglieder der ISOR e.V., TIG Leipzig, unter unseren Mitgliedern, Angehörigen und Sympathisanten auch in diesem Jahr eine Solidaritätsspendenaktion für das kubanische Volk durch. Mit Unterstützung des Vorstandes der Regionalgruppe Leipzig des „RotFuchs“ e.V. nutzten wir die Veranstaltung der Regionalgruppe am 15. April, um eine spontane, freiwillige Sammlung durchzuführen. Alle Teilnehmer bekundeten unsere Solidarität mit dem kubanischen Volk und so kamen 80 Euro zusammen. Wir sind davon überzeugt, daß durch die internationale Solidarität der heldenhafte Kampf des kubanischen Volkes gegen die Kriegspolitik der USA und des „Wertewestens“ wirkungsvoll unterstützt wird und unsere kubanischen Freunde diesen Kampf erfolgreich bestehen werden. Uns ist bewußt, daß es weiterer Solidaritätsaktionen sowie aktiver Maßnahmen des Friedenskampfes bedarf, um einen heißen Krieg gegen Kuba abzuwenden. Unsere Spendenaktion, die zeitlich auf das erste Halbjahr ausgerichtet ist, hat bisher einen Betrag von über 1500 Euro erbracht, die wir an unsere kubanischen Freunde und Genossen, ganz im Sinne von Che Guevara „Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“, überweisen werden. Wir bedanken uns bei unseren Freunden und Friedenskämpfern der RG Gruppe Leipzig für die Unterstützung unserer Spendenaktion für Kuba.

**Gerald Böhm, Leipzig**

### **Schluß mit Hetze und Verleumdung!**

Als langjähriger Leser des RF, möchte ich mich bedanken für die regelmäßige Zustellung des RF und die stets anspruchsvollen Artikel, wie den in der Mai-Ausgabe abgedruckten Beitrag von Sevim Dagdelen „Es geht gegen Rußland“. Mit der ständigen Hetze gegen Rußland und den durch die EU, allen voran Deutschland, verhängten Sanktionen gegen das Land muß endlich Schluß sein. Ich lebe nach der Befreiung vom Faschismus durch die Sowjetarmee nun schon über

80 Jahre, und kann mich nicht erinnern, jemals durch die Sowjetunion bedroht gewesen zu sein. Auch Rußland bedroht uns nicht und ist nicht unser Feind. Wir müssen alles tun für die Erhaltung des Friedens.

**Siegfried Tietz, Altenberg/Sachsen**

### **Ein gutes Geschäft**

Für die Bundesrepublik ist die Ukraine ein gutes Exportland. Wir exportieren und investieren, Waffen, Munition, Kriegsgerät und stellen Milliarden zur Aufrechterhaltung des Kriegsregimes zur Verfügung. Am 11.5.26 berichtete der SPD-Kriegsminister Boris Pistorius voller Stolz aus Kiew, daß wir nun aus der Ukraine etwas zurückbekommen würden. Dringend benötigte Rohstoffe? Preiswertes Gas oder Öl? Weit gefehlt. Wir bekommen Kriegserfahrungen, vor allem im Drohnenkrieg, um, wie der Minister meint, eigene Verteidigungslücken zu schließen. Also, wir exportieren Krieg und importieren Krieg. So stelle ich mir eine gut funktionierende Volkswirtschaft vor. Zusammenfassend: Ein „Bomben-Geschäft“!

**Siegfried Duske, Biedenkopf**

### **Kriegslüsterne Regierung**

Südafrika hat Truppen zur ausschließlichen Verteidigung seiner Landesgrenzen. Und Deutschland? Es geht mitnichten um die „verteidigungsfähige Ausrüstung“ der Bundeswehr. Im Gegenteil. Deutsche Truppen werden auch ins Ausland verlegt, z.B. ins Baltikum – an russische Grenzen! Israel wird in seinem Krieg gegen die Hamas im Gaza-Streifen und im Libanon nach wie vor von Deutschland unterstützt – Staatsräson! Die Ukraine wird weiterhin mit Milliarden gegen Rußland am Leben gehalten, wobei die Ukraine dabei völlig aufgerieben wird, menschliche Opfer zu beklagen sind, aber der „Wiederaufbau“ verspricht Milliarden-Profite, und die USA führen ihre Kriege in Nahost von Ramstein aus, was bekanntlich in Deutschland liegt. Sogenannte Waffenstillstandsangebote der USA an den Iran gelten nur der Aufmunitionierung des US-Militärs (siehe Minsk 1 und 2 zur Aufrüstung der Ukraine). Deutschland sollte nach den schweren Verbrechen im 1. und 2. Weltkrieg neutral sein. Aber nein, der „Verteidigungsminister“ will die Wehrpflicht wieder einführen und das Reservistenalter auf 70 anheben. Sollen ggf. auch noch die Rentner eingezogen werden? Gleichzeitig will er die waffenstärkste konventionelle Armee in der EU aufbauen – wozu? Was ist das für ein Irrsinn! Die Stralsunder Volkswerft soll ebenfalls in den Kriegsmarinebereich einbezogen werden. Alle Werften an Deutschlands Küste sind nur noch für die Kriegsmarine da. Und das wird gelobt, werden doch damit auch Arbeitsplätze geschaffen. Müssen wir die Geschichte bemühen?

Rußland muß sich mit der Ukraine auseinandersetzen (das ist eine Angelegenheit zwischen diesen beiden Staaten), hat aber weder Ambitionen hinsichtlich Polen, Baltikum oder Mittel- und Westeuropa. Absichten in diese Richtung werden ihm nur angedichtet, entbehren aber jeder soliden Grundlage. Um aber die maßlose deutsche Aufrüstung und maximale Profite für die Rüstungsindustrie legalisieren zu können, muß ein angeblicher Feind präsentiert werden, und es wird an Russenhaß aus der Vergangenheit alles wieder zum Kochen gebracht, damit die Bevölkerung diesem Wahnsinn ihren Segen gibt. Alle US-Truppen sollten raus aus Deutschland, keine Mitgliedschaft in der NATO, keine militärische Zusammenarbeit mit den USA und absolute politische Neutralität (keine Paktgebundenheit!), das sind die Notwendigkeiten, die Deutschland, Europa und der Welt guttun würden. Mit allem, was Deutschland in der derzeitigen Paktgebundenheit unternimmt, macht es sich mitschuldig an internationalen Verbrechen. Und das heißt, daß die Regierenden leider nichts aus der Geschichte gelernt haben und sich von Leuten bevormunden lassen, denen das Schicksal Deutschlands absolut egal ist.

**Wolfgang Mengel, Stralsund**

### **Gewerkschaften und der Antikommunismus**

Was Antikommunismus bedeutet, was und warum ihn diese Gesellschaft braucht, seine Namen und Adressen haben uns schon Marx und Engels mit dem Kommunistischen Manifest auf unseren Weg gegeben. Sie wußten um die revolutionäre Veränderung der Welt, um die Kraft, die sie vollbringen muß, und darum, wie erbittert sich die Klasse des Kapitals und der Ausbeutung dagegen wehren wird. Das haben wir nicht zu beklagen und das muß uns nicht wundern. Schmerzen muß uns aber, wenn Gewerkschaften, die Massenorganisation der arbeitenden Klasse, das Massenbewußtsein gegen Ausbeutung und Krieg, gegen die Macht des Kapitals, gegen radikalen Sozialabbau und gegen die Spaltung der Lohnabhängigen, sich staatstragend geben, ihr Bündnis und Solidarität mit dem Kapital in jetziger Zeit weiterleben und demonstrieren wollen. Wie können Gewerkschaften in dieser Zeit noch übersehen und -hören, nicht wahrnehmen wollen, gegen wen, gegen welche Klasse sich auf der ganzen Linie die Politik der Regierenden richtet, gegen wen und was seit Jahrzehnten „reformiert“ wird, zu wessen Lasten und Zukunft gerüstet wird, Kriege unterstützt werden und längst an der Zündschnur für einen großen Krieg gezündelt wird? Haben wir in unseren Gewerkschaften tatsächlich keine fähigen Köpfe mehr, die sich bewußt sind, wozu allein Gewerkschaften Sinn und Zweck haben?

Wo finden sich heute noch politische Interessenvertreter der arbeitenden Klasse, der Lohnabhängigen, die in klarer Sprache und Begründung, den objektiven Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, Reichtum und Armut noch anzusprechen wagen, ihn beim Namen nennen und dafür auch kämpferisch bereit sind zu streiten? Wenn das Gewerkschaften wie die des DGB Leipzig störend empfinden, davon nichts hören wollen und ihr Feindbild auf der falschen Seite suchen, wer braucht sie außer als in der Versöhnlerrolle mit dem Kapital? Wozu überhaupt ein 1. Mai als sogenannter Tag der Arbeit, der nur noch den Hohn und Spott der herrschenden Klasse demonstriert und den Arbeitenden den freien Arbeitstag bei Bier und Bratwurst gönnt? Gewerkschaften, die sich heute dem siegreichen Kapital bereits auf ganzer Linie ergeben, sich verzichtsbereit und dienstbar für jeden faulen Kompromiß geben, die nicht einmal mehr wissen, wie Solidarität geschrieben wird, auf die kann jeder Noch-Gewerkschafter verzichten. Die herrschende Klasse muß heute nicht einmal mehr mit geringstem Widerstand rechnen, niemand muß mehr Gewerkschaften zerschlagen, ihre Häuser stürmen. Der Verrat der Interessen wird sich nicht auszahlen. Wenn Gewerkschaften schon befürchten, von Radikalen oder Kommunisten, von denen gestört zu werden, die noch wissen, was einzige Aufgabe der Gewerkschaften immer war, dann wäre eine ganz andere Haltung zu erwarten: Auf jene zugehen, das Bündnis mit denen eingehen, die noch wissen, was der 1. Mai war und ist, mit ihnen gemeinsam solidarisch dem Kapital gegenüberzutreten. Dann braucht niemand Störungen befürchten, wenn die Klasse machtvoll sichtbar und hörbar wird, auf den Tribünen im ganzen Lande Mai-Reden gehalten werden, die vom Kapital „Einsichten“ fordern und es das Fürchten lehren. Bleiben wir aber bei Realitäten im Wissen darum, daß Gewerkschaften nicht schon reichlich genug Ausschlußklauseln gegen alle geschrieben und erlassen haben, die Gewerkschaften noch als das sehen, was sie zu sein haben.

**Roland Winkler, Aue**

### **Der 1. Mai – Tradition der internationalen Arbeiterbewegung**

Am 1. Mai 1886 fanden in weiten Teilen der USA Streiks zur Einführung des Acht-Stunden-Arbeitstages statt. Das war der Ausgangspunkt, diesen Tag ab dem Jahr 1890 auf Beschluss der II. Internationale als internationalen Kampftag für bessere Arbeitsbedingungen im Rahmen des kapitalistischen Ausbeutungssystems zu begehen. Im genannten Jahr fanden dann auch in Deutschland Massendemonstrationen und Streiks statt, um den Acht-Stunden-Arbeitstag zu erkämpfen. Erst im Zuge der Novemberrevolution wurde er ab 1919 in

Deutschland Realität und der 1. Mai in der Weimarer Republik einmalig in diesem Jahr auch gesetzlicher Feiertag. Die deutschen Faschisten mißbrauchten diesen Tag ab 1933 als Feiertag, „Tag der nationalen Arbeit“, zur Befriedung der Arbeiterbewegung. Zugleich wurden aber dann am 2. Mai desselben Jahres durch SA und SS Gewerkschaftshäuser gestürmt, anschließend die Gewerkschaften zerschlagen und ihr Vermögen geraubt. Ab 1946 wurde mit Beschluß des Alliierten Kontrollrates der „Tag der Arbeit“ wieder Feiertag.

In den sozialistischen Ländern, in denen der Kampf der Arbeiterklasse mit dem sozialistischen Eigentum an Produktionsmitteln und damit der Beendigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gekrönt wurde, war der 1. Mai nunmehr Kampf- und Feiertag der Werktätigen für Frieden und Sozialismus.

Heute müssen wir wieder im Kapitalismus leben. In der Hansestadt Rostock, in dessen Landkreis ich seit fast sieben Jahren lebe, hatte zum 1. Mai ein Jugendbündnis des DGB zum Marsch durch Rostock aufgerufen. Vertreter antifaschistischer und linker Bewegungen, Parteien und Jugendorganisationen nahmen an der Kundgebung teil, thematisierten auf Flugblättern und Zeitungen den Zusammenhang zwischen Hochrüstung und Sozialabbau, Faschismus und Krieg. Ich war mit einem kleinen Transparent „Unser Geld NICHT für Rüstung“ beim Marsch mit dabei. Am meisten beeindruckte mich, daß die Masse, mindestens zwei Drittel, der ca. 400 Teilnehmenden junge Menschen waren. Die am meisten skandierende Losung war dann auch: „Jugend – Zukunft – Sozialismus“. Mir ging das Herz auf und ich rief mit, denn ich habe ja auch Kinder und Enkelkinder, und für sie wünsche ich mir sehr, daß sie eines Tages im Sozialismus leben können, ohne Ausbeutung und Krieg. Deshalb war ich am 1. Mai auch wieder mit von der Partie.

**Bernd Gnant, Kühlungsborn**

### **Merz empfiehlt kapitalgedeckte Altersvorsorge**

Der Zorn ist verständlich und wird noch zunehmen, denn dem Bundeskanzler scheint es egal zu sein, wie die Menschen mit niedrigen oder mittleren Einkommen die Beträge aufbringen sollen, um eine zusätzliche kapitalgedeckte Altersvorsorge abzuschließen. In den ostdeutschen Bundesländern ist der Verdienst immer noch 17 Prozent unter Westniveau.

Passend zu dem Vorschlag von Merz will die Gesundheitsministerin mit ihrer Pflegereform den älteren Menschen und ihren Familien noch tiefer in die Taschen greifen. Alle diese Probleme, einschließlich der maroden Infrastruktur, haben ihre Ursachen in einer völlig aus dem Ruder gelaufenen miserablen Wirtschafts- und Außenpolitik. Was jetzt auf uns zukommt, ist die vom Verteidigungsminister vorgelegte neue

Militärstrategie. Damit soll die Steigerung der Wirtschaftsleistung um 0,3 Prozent erreicht werden, vor allem durch massive Aufrüstung, womit der Frieden in weite Ferne gerückt, aber der Profit der Rüstungsindustrie enorm zulegen wird.

Diese Strategie beruht auf der irrigen Annahme, daß Deutschland nach zwei verlorenen Kriegen erneut eine militärische Überlegenheit erreichen kann. Wer das glaubt, hat aus der Vergangenheit nichts gelernt. Denn der angenommene Gegner wird ja zwangsläufig alles genau betrachten und entsprechend handeln.

Was man ganz offensichtlich erkennen kann, ist, daß die Entwicklung nach 1990, die eine Annäherung Europas und Rußlands ermöglichte, einflußreichen und mächtigen Kreisen in Europa und in Übersee nicht in die Strategie paßte.

Man fühlte sich als Sieger der Geschichte und wollte unter keinen Umständen zulassen, daß Rußland je wieder eine Weltmacht wird.

Noch 2001 hat man Putin für sein Auftreten im Deutschen Bundestag überschwänglich gefeiert. Aber schon da begann man, die abgegebenen Versprechen - keine Erweiterung der NATO an die Grenzen Rußlands - zu brechen, und der Zwei-plus-Vier-Vertrag war in Teilen auch nur noch Makulatur. Als Begründung für die Ablehnung aller von Putin vorgebrachten Vorschläge zur Entspannung und Friedenssicherung, wie die Schaffung einer gemeinsamen Sicherheitszone von Lissabon bis Wladiwostok, wurden mit der Lüge abgeschmettert, man könne Rußland nicht trauen.

Dabei hätte gerade Rußland allen Grund, Deutschland zu mißtrauen, bereits 1941 wurde ein Vertrag von deutscher Seite aus gebrochen.

Diese verheerende Entwicklung für Deutschland und die Welt hat einen weiteren Höhepunkt mit der massiven Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine 2014, mit dem Putsch auf dem Maidan erfahren. Damit ist ein Regime an die Macht gekommen, das mit militärischer Unterstützung des Westens alles Russische aus seiner Geschichte tilgen wollte. Ein Bürgerkrieg gegen die Bewohner des Donbass sollte dafür ein legitimes Recht sein. Daß die Einwohner des Donbass, auch nach 14 000 Toten, Rußland um Hilfe baten, sollte verständlich sein. Nicht so dem vereinten Westen. Von beiden Kriegsparteien einvernehmlich ausgehandelte Verträge wurden vom Tisch gefegt und damit ein bisher über vier Jahre andauernder Krieg befeuert. Trotz massiver militärischer und finanzieller Unterstützung seitens der NATO, allen voran Deutschlands, ist das Ziel, Rußland in die Knie zu zwingen, nicht erreicht worden. Die gegenwärtigen Attacken mit Drohnen, Raketen und Marschflugkörpern auf das Hinterland Rußland haben eine Dimension erreicht, die dieses große Land nicht viel länger dulden wird.

**Ralf Kaestner, Bützow**



23. Juni 1941: Rekruten der Roten Armee am zweiten Kriegstag auf dem Marsch an die Front.  
 Inschrift auf dem Schild links: „Unsere Sache ist gerecht. Der Feind wird zerschlagen. Der Sieg wird unser sein!“

## IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

### Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.  
 Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

### Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),  
 Bruni Steiniger

### Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“  
 Postfach 02 12 19, 10123 Berlin  
 Tel. 0157 - 524 461 43  
 E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

**Layout:** Hinkelsteindruck, soz. GmbH  
**Herstellung:** Evertz Berlin Papier GmbH

**Internet:** www.rotfuchs.net

**Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.**

ISSN (Print) 2628-7900  
 ISSN (Online) 2628-7897

### Autorenkreis:

Joachim Augustin  
 Dr. Matin Baraki  
 Ralph Dobrawa  
 Dr. Peter Elz  
 Peter Franz  
 Dr. h.c. Gerhard Giese  
 Georges Hallermayer  
 Dr. Ralf Hohmann  
 Lutz Jahoda  
 Rico Jalowietzki  
 Uli Jeschke

Dr. Hans-Jürgen Joseph  
 Prof. Dr. Anton Latzo  
 Dr. Holger Michael  
 Reiner Neubert  
 Horst Neumann  
 Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)  
 Hans Schoenefeldt  
 Dr. Joachim Seider  
 Johann Weber  
 Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)

### Künstlerische Mitarbeit:

Renate Aulfes  
 Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

### Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,  
 12504 Berlin, Tel. 030 - 983 898 30  
 vertrieb@rotfuchs.net

### Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,  
 10123 Berlin, Tel. 030 - 241 26 73  
 WDockhorn@t-online.de

### Finanzen:

Gabriele Parakeninks  
 Postfach 02 12 19, 10123 Berlin  
 Mail: parakeninks@rotfuchs.net  
 Tel. 0151/68 51 51 56

### Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein  
 IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00  
 Berliner Sparkasse

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.